

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pro Nummer: 1.10 RM, monatlich 3.30 RM, vierteljährlich 9.90 RM, halbjährlich 18.00 RM, jährlich 33.00 RM. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 10 Pf. (ausföhrlich 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Homerule-Frage.

London, 10. April.

Zwischen dem Ende des gewaltigen Bergarbeiterstreiks und dem Ausbruch eines zweiten Eisenbahnerstreiks, der sich zu sehens vorbereitet, wird der englische Liberalismus Zeit finden, sich zum dritten Male mit der Frage der Selbstverwaltung Irlands zu beschäftigen. Die erste Homerulevorlage brachte die Abspaltung der liberalen Unionisten, die jetzt ganz in der konservativen Partei aufgegangen sind. Die zweite führte zu der zerschmetternden Niederlage vom Jahre 1895 und zum zehnjährigen Aufenthalt in der Wüste der Opposition. Gerne wären die Liberalen einem dritten Experiment aus dem Wege gegangen, aber die Wahlen des Jahres 1910, die die irischen Nationalisten zum Fingelein an der Wage im Parlament machten, zwangen die Regierung, sich unmittelbar nach der Erledigung der Parlamentsvorlage mit den Forderungen der Iren zu befassen. Seit ihrem Regierungsantritt haben die Liberalen versucht, das irische Volk durch die von Balfour im Anfang des Jahrhunderts eingeleitete Politik der Zugeständnisse zu versöhnen, um die Notwendigkeit, eine neue Selbstverwaltungsvorlage einzubringen, abzuwenden. Aber weit davon entfernt, ihr Ziel zu erreichen, härtete die Politik nur den Appetit und das Selbstbewußtsein der Nationalisten, die in jedem neuen Zugeständnis nur die Einnahme eines Forts sehen, die nur die Uebergabe der Festung näher rückt. Die Folgen einer jahrhundertelangen Unterdrückung lassen sich nicht durch einige gut gemeinte Reformen in einigen Jahren verwischen. Die Liberalen des Kontinents, die uns England als das Land der Freiheit schildern, und die englischen Chauvinisten, die uns versichern, England sei der Freund der Freiheit der kleinen Nationen, vergessen, daß die herrschenden Klassen Englands in Irland die schlimmsten Despoten gewesen sind. Zu ihrem Ruhm ist die Scherweninsel wiederholt ausgeplündert und gebrandschatzt worden, ist das irische Volk seines Landes beraubt worden, um für eine fremde Junkerkasse zu fronen. Um die Händler und Fabrikanten Englands von einem lästigen Konkurrenten zu befreien, wurden die Industrien und der Handel Irlands zerstört. Millionen Irländer mußten aus ihrer verarmten Heimat auswandern, um jenseits des Ozeans ein neues Heim zu gründen. Aber nicht allein die Geschicknisse der Vergangenheit, für die man die lebende Generation der herrschenden Klasse Englands kaum verantwortlich machen kann, sondern auch die Ereignisse der letzten 30 Jahre und die Zustände der Gegenwart erinnern das irische Volk an das Ruinrecht, das ihrem Lande zugesetzt worden ist und noch zugesetzt wird. Die meisten Bewohner der immergrünen Insel werden sich noch der Zeit erinnern, als konservative wie liberale Regierungen Englands versuchten, die Unzufriedenheit des irischen Volkes mit Gewalt zu ersticken, als Vollstreckung der Michael Davitt jahrelang in englischen Kerkeren schmachten mußten. Und auch heute noch fühlen die Irländer, daß sie ein unterjochtes Volk sind, noch heute muß das wirtschaftlich schwache Land die schwere Last einer zahlreichen, militärisch organisierten Polizei tragen, deren Dasein nur durch die Niederhaltung des Volkes erklärt werden kann. Wer die Geschichte Irlands liest, wird sich nicht wundern, daß das irische Volk verlangt, seine eigenen Angelegenheiten zu verwalten, daß es selbst heute noch, da der Druck von England nachgelassen, da sich die wirtschaftliche Lage des Landes von Jahr zu Jahr bessert und da das Land aus der Union manche finanzielle Vorteile zieht, energisch daranz besteht. Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß die Unterdrückung eines Volkes der Mißwirtschaft Tür und Tor öffnet. Die am despotischsten regierten Länder sind auch immer die korruptesten. Die Mißwirtschaft braucht nicht gerade niedrigster Ordnung zu sein, um von einem Volke hart empfunden zu werden. Die Leute, die bei der Wirtschaft ihr Auskommen finden, mögen im privaten Leben ganz achtenswerte Personen sein — wie in Irland. Am deutlichsten tritt die irische Mißwirtschaft wohl zutage, wenn man die Verwaltungskosten Irlands mit denen anderer Teile des britischen Inselreichs vergleicht. Auf den Kopf der Bevölkerung betragen die Kosten der Zivilverwaltung in England 18 Schilling 2 Pence, in Schottland 22 Schilling und 8 Pence, in Irland aber 44 Schilling und 1 Pence! Einen weiteren lehrreichen Vergleich bietet das Polizeiwesen. In Schottland, das an Flächenraum und Bevölkerungsdichtigkeit Irland ungefähr gleichkommt, kostet die Polizei jährlich 600 000 Pfd. Sterl.; in dem viel ärmeren Irland kostet sie 1 464 500 Pfd. Sterl. Kann man sich da wundern, daß es mit dem irischen Schulwesen so traurig bestellt ist, daß Irland nicht einmal die Hälfte für sein Volksschulwesen ausgibt als Schottland? Man mag die Frage anstellen, wo man will, immer wieder findet man die Lösung in der Selbstverwaltung, auf die das irische Volk auch nach den Anschauungen der zivilisierten Welt ein moralisches Recht hat. Die dritte Selbstverwaltungsvorlage bewegt sich im Rahmen der Idee des Föderalismus. Um bei der nationalpolitisch angehauchten, vorwiegend liberalen Wählerklasse Schottlands und Wales Unterstützung zu finden, haben die Vertreter der Regierung den Gedanken propagiert, daß die Selbstverwaltungsvorlage für Irland nur der Vorläufer einer größeren Vorlage zur

Dezentralisierung der Reichsverwaltung sei. Später sollten auch Wales, England und Schottland dieselben Rechte erhalten wie Irland. Auf diese Weise soll das Reichsparlament von Arbeiten entlastet werden, die viel besser und schneller in untergeordneten Landesparlamenten erledigt werden können. Man sieht also, daß die Selbstverwaltung Irlands, die anfänglich als eine Art kolonialer Selbstverwaltung gedacht war, eine ganz andere Gestalt angenommen hat. Zweifelslos ist es der Regierung gelungen, durch diesen Plan das Interesse an der Frage bei ihrer Gefolgschaft wieder neu zu beleben. Ob sie aber durch diese Flankenbewegung den Widerstand der protestantischen Bevölkerung der nordöstlichen Provinz Irlands, Ulsters, brechen oder auch nur schwächen wird, ist eine andere Frage. Die Protestanten Ulsters, die Drangemänner, wie sie sich nach Wilhelm von Dranien, der im Jahre 1690 Jakob II. mit seinem katholischen Heere an der Bogue besiegte, nennen, sind die Nachkommen der englischen und schottischen Kolonisten, die im 16. und 17. Jahrhundert nach Nordirland verpflanzt wurden und dort das Rückgrat der Fremdherrschaft bildeten. Die „Garnison“, wie die Bevölkerung noch heute von den Irändern genannt wird, ist der unverwundliche Gegner der irischen Selbstverwaltung in irgend einer Form und wird in ihrem Widerstand gegen die Loslösung vom Reiche, als die sie die Selbstverwaltung Irlands hinstellt, von den Konservativen Englands aufs nachdrücklichste unterstützt. In den letzten Monaten ist dieser Widerstand in Reden von maßloser Erbitterung zum Ausdruck gekommen. Die Führer der nord-irischen Protestanten erklärten öffentlich, daß sich die Bevölkerung Ulsters den Befehlen eines von der katholischen Mehrheit des irischen Volkes beherrschten Parlaments wenn nötig mit Waffengewalt widersetzen würde. In den zahlreichen Klubs der Drangemänner fing man sogar an, die Mitglieder einzuzerzieren und sprach von Waffenankäufen und ähnlichen Dingen. Die Protestanten befürchten, daß ein vorwiegend katholisches Parlament in Dublin das reichere industrielle Ulster als eine Nischke benützen werde. Nicht aber noch als dies fürchten sie die Herrschaft der katholischen Priester. Sonie Aule bedeutet keine Aule ist ihr Schlagwort, mit dem sie die protestantische Bevölkerung Englands und Schottlands auf ihre Seite zu bringen suchen. Demgegenüber versichern die Nationalisten, daß die Kurat unbegrenzt sei; der Einfluß, den die katholischen Priester heute ausüben, beruhe gerade darauf, daß ihnen die ungelöste nationale Frage Gelegenheit gebe, sich politisch zu betätigen; gebe man dem Volke die Selbstverwaltung, so werde der hierauf Einfluß bald verschwinden; übrigens hätten die Drangemänner Ursache vor der eigenen Tür zu klopfen; in Ulster, wo die Katholiken in einigen Teilen die Mehrheit, in anderen die starke Minderheit der Bevölkerung bildeten, würden sie von den fanatischen Protestanten weit mehr unterdrückt als die protestantischen Minderheiten in den anderen Teilen Irlands von den Katholiken. Wer hier recht hat, ist schwer zu entscheiden, wie die Prinzessin in dem Heineschen Gedicht von dem Rabbi und dem Mönch erdachte. Von den englischen Genossen ist die Frage der irischen Selbstverwaltung bisher mehr von der tatsächlichen als von der moralisch-rechtlichen Seite betrachtet worden. In England und Schottland gibt es in fast allen Industriegebieten große irische Arbeiterkolonien, die bei den Wahlen von der nationalpolitischen Parteileitung nach dem liberalen Lager abkommandiert werden. Mag ein Arbeiterkandidat in einem dreifachen Wahlkampf auch noch so sehr beteuern, daß er für die Homerule stimmen werde, es hilft ihm nichts, die liberale Kandidatur darf unter keinen Umständen gefährdet werden. Auf der anderen Seite wiederum stimmen die protestantischen irischen Arbeiter, von denen es im Westen Englands und Schottlands viele Tausende gibt, stets für den konservativen Kandidaten. Wie sehr die Gemüter der irischen Arbeiter von der Homerulefrage beherrscht werden, geht aus folgender Geschichte hervor. Ein bekannter Genosse kandidierte bei den letzten Wahlen in einem schottischen Kreise. In einem von Drangemännern bewohnten Dorfe hielt er eine Rede, in der er seine Anschauungen entwickelte. Als er geendet, stand ein alter Mann, der Vorsitzende des Drangeklubs, auf und sagte: „Meine Freunde! Wir haben die Ausführungen des Redners gehört. Ich glaube, wir könnten keinen besseren Arbeitervertreter im ganzen Land finden. Aber daß er dem Papst in den Sattel helfen will — das geht doch über die Unterneher!“ Sprach's und verließ mit der ganzen Versammlung das Lokal. Wer in die Wohnungen dieser Arbeiter kommt, wird meist nur ein Bild bemerken: König Wilhelm III. auf einem feurigen Rosse. Von der Lösung der irischen Frage wird es abhängen, ob diese mißlichen Verhältnisse aus der Welt geschafft werden. Hoffentlich gelingt es der Regierung, eine Lösung herbeizuführen, die in Bälde zu einer Versöhnung zwischen dem katholischen und protestantischen Teile des irischen Volkes führt; denn dadurch, daß man Ulster vor den Kopf stößt, wäre nichts gewonnen. Aber eine derartige Lösung der Frage bildet gerade die Schwierigkeit.

Bild soll verhindern, daß das irische Parlament direkt oder indirekt ein Gesetz erläßt, um irgend ein religiöses Bekenntnis einzuführen oder zu begünstigen oder seine freie Ausübung zu verhindern oder irgend einen religiösen Glauben oder eine kirchliche Zeremonie zur Bedingung der Rechtsgültigkeit einer Ehefchließung zu machen. Diese Bestimmung ist getroffen, um jeden Versuch, den päpstlichen Erlassen und dem Notuproprio Ke lemerer durch die Gesetzgebung des irischen Parlaments Rechtskraft zu verleihen unmöglich zu machen. Mit Bezug auf die Beschränkungen, denen das irische Parlament bei Änderungen der Steuern und Zölle unterliegen soll, äußerte sich Asquith folgendermaßen: Das irische Parlament wird nur auf solche Artikel Steuern legen können, die in Britannien einer Steuer unterliegen, und es wird bei keiner Steuer einen höheren Zuschlag machen können, als nötig ist, um eine zehnprozentige Steigerung des Ertrages zu erzielen. Dem Parlament wird die volle Kontrolle über die Verbrauchssteuern zustecken und damit auch über die Steuern und Zölle auf Bier und Spirituosen. Gegen Ende der Rede Asquiths kam es zu einem erregten Zwischenfall. Als Asquith die Behauptung Bonar Lawss zurückwies, die dieser in einer Ansprache in Belfast aufgestellt hatte, daß nämlich die Regierung sich und die Verfassung verkauft hätte, gab die Opposition ihrem Einverständnis mit der Anschuldigung Bonar Lawss durch laute Beifallrufe unter den Zwischenrufen der achtzig nationalpolitischen Abgeordneten Ausdruck, während die Ministeriellen die Rechtfertigung Asquiths mit lebhaftem Beifall unterstützten.

Die Bergarbeiterbewegung.

Neue Kämpfe in England in Aussicht.

In einer in Westeg abgehaltenen Versammlung erklärte der Leiter der Bergarbeiter von Wales, S. Hartshorn: In naher Zukunft werde ein Kampf ausbrechen, neben dem der letzte Streik unbedeutend erscheinen werde. Schon seien Vorbereitungen im Gange auf eine Bewegung von bisher ungelannter Ausdehnung getroffen. Jedenfalls werde nun auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden, durch ein Gesetz die Arbeiter an der Rahmlegung der gesamten Volkswirtschaft zu hindern. Diese Erwartung habe eine Verständigung zwischen den Transportarbeitern, Eisenbahnern und Bergleuten nötig gemacht. Haben doch in der letzten Zeit des Bergarbeiterstreiks die Vertreter der Transportarbeiter bei Fortdauer des Kampfes einen Sympathiestreik versprochen. In Zukunft würden die Kämpfe kurz, scharf und gewalttätig sein. Für den Sommer stelle Hartshorn einen Generalfreil der Transportarbeiter in Aussicht.

Denunziantenzucht.

In den Tagen der Bismarcks- und Raffestrichbeleidigungsklagen war es förmlich zur Gewohnheit schlechter Menschen geworden, ihren lieben „Freund“ durch eine Denunziation bei der Staatsanwaltschaft auf einige Monate hinter Schloß und Riegel zu bringen. Mancher arme Arbeiter ist durch dieses System, das in sich selbst zusammenbrechen mußte, ins Gefängnis gewandert. Was sich damals überlebt hat, erfährt im Arbeitswilligenschutz jetzt im Ruhrrevier seine Auferstehung. Hier ein Beispiel. Eine Familie mit Namen Katschka aus Herne, die mit den Nachbarn in beständigem Unfrieden lebt, hat nicht weniger wie zwölf Streifenanzeigen zur Anzeige gebracht. Diese Anzeigen wurden auf der Polizei zum größten Teil von der zwölfjährigen Tochter gemacht.

Ein typischer Fall.

Eine Bergmannsrau aus dem Kreise Recklinghausen soll die im Eisenbahnzuge vorbeifahrenden Arbeitswilligen als Streikbrecher tituliert haben. Die „Willigen“ wollen die Frau wiedererkennen. Der Staatsanwalt beantragt vier Wochen, das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis.

Um die Wahlfreiheit der Beamten.

Die schon gestern kurz berichtet, fand am Donnerstag vor der 1. Breslauer Strafkammer ein Prozeß gegen den Verantwortlichen der Breslauer „Volkswacht“, Genossen Olanst, statt, der mit dessen Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis endete. Ursache zu dem Prozeß gab ein Artikel der „Volkswacht“, der sich mit der Rede des Polizeiministers im Abgeordnetenhaus über die Wahlfreiheit der Beamten, die dem Könige den Treueid geleistet haben, beschäftigte. In dieser Rede bezeichnete der Minister v. Dallwitz, als Antwort auf eine Rede des Genossen Pirsch vom vorhergehenden Tage, bei Gelegenheit der Staatsberatung und Erwählung der preussischen Wahlrechtsreform, diejenigen Beamten, die bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt haben, als Lügner, Heuchler und Verräter. Ferner sagte der Minister ganz bestimmt, daß unter den jetzigen Verhältnissen an eine Änderung der preussischen Wahlreform nicht gedacht werden kann. Die „Volkswacht“ beschäftigte sich mit dieser Rede des Ministers in einem Leitartikel: „Keine Wahlreform in Preußen“, in welchem sie die Beamten gegen die Angriffe des Ministers in Schutz nahm und die Regierung an die Erfüllung ihres Versprechens in der Frage der preussischen Wahlrechtsreform erinnerte. Ganz energisch betonte die „Volkswacht“ die Wahlfreiheit der Beamten. Durch einige angeblich gegen die Form verstoßene Wendungen des Artikels fühlte sich der zarbesessene Minister v. Dallwitz, der selber die Beamten, die von ihrem Staatsbürgerrecht Gebrauch gemacht hatten und wählten, wie sie es für notwendig hielten, mit nicht gerade sehr garten Ausdrücken belegte, beleidigt und ließ durch

Dem gestrigen Bericht über die Donnerstagsitzung des Unterhauses ist noch folgendes nachzutragen: Ueber die besonderen Bestimmungen, die in der Homerule-Bill zum Schutze der religiösen Gleichberechtigung getroffen sind, machte Asquith folgende Ausführungen: § 8 der

seinen Kollegen, den Justizminister, also dem höchsten Vor-
geschickten der Richter und Staatsanwälte, den
Strafantrag direkt bei der Breslauer Staats-
anwaltschaft stellen. Ausdrücklich ersuchte der Justizminister
um nachdrückliche Beschleunigung des Prozesses und um
Benachrichtigung über den Ausgang desselben. Staats-
anwaltschaft und Richter lösten selbstverständlich ihrem höchsten
Vorgesetzten den Gefallen, und die Vorbereitungen zu dem Prozeß
wurden mit einer außerordentlichen nachdrücklichen Beschleunigung
betrieben. Die geschickten Prüfen mußten zwar eingehalten wer-
den, aber darüber hinaus wurde keine Zeit vergeudet. Alle Schrift-
stücke in dieser Angelegenheit zeichnen sich durch die rotunter-
strichenen Stellen: „Eilt sehr“, „Durch Eilboten zu beschleunigen“ und
„Dringend“ aus.

Wegen der in dem Artikel erhobenen Vorwürfe, daß die Re-
gierung ihr Versprechen, eine Wahlreform des preu-
sischen Wahlrechts vorzunehmen, stellte Herr v. Dall-
witz keinen Strafantrag.

Die Verteidigung des Genossen Mondy hatten die Rechts-
anwälte Genosse Dr. Frank-Mannheim und Wandmann
Breslau übernommen. In seinem etwa 45stündigen Plaidoyer be-
schäftigte sich der Genosse Frank in der Hauptsache mit der
Frage, ob ein Beamter, der den Treueid geleistet hat, sozialdemo-
kratisch wählen darf. Er führte etwa folgendes aus:

Der politische Minister, Herr v. Dallwitz, hat einen seltsam
unpolitischen Strafantrag gestellt. Der Artikel, mit dem wir
uns heute beschäftigen, enthält die schwere Anschuldigung, daß die
Regierung das feierliche Versprechen der Thronrede, das preu-
sische Wahlrecht zu reformieren, schuldhafterweise nicht erfüllt.
Hier wird also eine Behauptung aufgestellt, die geeignet ist, das
politische Ansehen des Ministers schwer zu schädigen; — aber
dagegen läßt Herr von Dallwitz keine Anklage er-
heben. Die Strafverfolgung verlangt er vielmehr nur wegen
der Artikel, die in dem Artikel an dem schlechten Ton der
Ministerrede geübt wird.

Der Artikel gebraucht gegen die Ministerrede die Wendun-
gen „Schimpfen“, „Schimpfkanonade“, und vergleicht die Kraft-
worte des Herrn Ministers mit den bei den bayerischen Zen-
trumsplänen und auf Polizeiwachposten üblichen. Ich kann
dabei eine strafbare Übertreibung der durch Geschmack und
Geseß gezogenen Grenzen nicht erblicken. Herr von Dallwitz
nannte die Beamten, die sozialdemokratisch wählen, „eidbrüchig“,
„Heuchler und Lügner“, und sprach ihnen das Gefühl für „An-
stand und Ehre“ ab. Er tat es nicht unüberlegt. Die
Rede des Abgeordneten Hirsch, auf die er antwortete, war schon
am Tage vorher gehalten worden. Er sprach mit so auf-
fallender Schärfe, um einen politischen Zweck zu
erreichen. Wenn Herr von Dallwitz als Zeuge hier stünde, würde
er sicherlich erklären: „Ich habe absichtlich diese Beschimpfungen
gebraucht. Ich wollte, um abzuschrecken, den Beamten meine tiefe
Verachtung zeigen und dadurch auf die Öffentlichkeit wirken.“
Es hieße dem Geist der Sprache Gewalt antun, wenn man ver-
bieten wollte, auf so kräftige Worte die Bezeichnung „Schimpfen“
anzuwenden.

Nun sind noch einige andere Vorwürfe in dem Artikel, wie
„Vortbruch“, „doppelte Moral“. Ob darin Beleidigungen ent-
halten sind, lasse ich dahingestellt. Aber diese Bemerkungen be-
ziehen sich alle auf das angeführte Verhalten der preu-
sischen Regierung in der Wahlrechtsfrage, und der Strafantrag
hat ausdrücklich diesen Teil des Artikels
von der Verfolgung ausgeschlossen. Sie dürfen also
diese Ausdrücke nicht dem Urteil zugrunde legen.

Der Herr Staatsanwalt scheint ja nicht ganz abweisen zu
wollen, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen
gehandelt habe, aber er folgt der Strafbarkeit aus der Ab-
sicht des Angeklagten, den Minister herabzuwürdigen. Ich be-
weitere das Vorhandensein dieser Absicht. Der Artikel ist deut-
lich gekennzeichnet als Schmähartikel. Die Partei des
Angeklagten war von dem Minister angegriffen. Ist es
nicht kränkend, wenn der Minister der Sozialdemokratie vor-
wirft, die Beamten zu einer Handlungsweise verlocken zu wollen,
die sich nicht mit Anstand und Ehre verträgt? Und der Artikel
sollte auch die Beamten beleidigen, die so schwer von
ihrem Vorgesetzten angegriffen und gekränkt
wurden, zugleich aber die bedrohten Staatsbürger-
rechte aller Beamten in Schutz nehmen. Der Mini-
ster nennt jeden Beamten, der einem Sozialdemokraten die
Stimme gibt, ehrlos, eidbrüchig und Heuchler, gleichgültig aus
welchen Motiven gewählt wurde, auch wenn der Beamte
gar nicht Sozialdemokrat ist. Diese unbillige Anklage verleiht
die Ehre vieler Tausender von achtbaren Beamten. Ich will
einige Beispiele anführen:

In Eilsch-Verträgen haben bei den letzten Wahlen zahl-
reiche aldenkliche Beamte, untere, mittlere und hohe Beamte,
sozialdemokratisch gewählt, um den Sieg der kleri-
kalen Nationalisten zu verhindern. Ein Unter-
beamter begründete sein Verhalten in folgender Weise: Die Na-
tionalisten wollten den Anfall an die französische Republik.
Man sagt, die Sozialdemokraten wollten die deutsche Republik —
da wähle ich doch lieber für die deutsche Republik. Der Staats-
sekretär Jörn von Busch und der Unterstaatssekretär Wandel
erklärten im elsässischen Landtag, daß sie diese Beamten verstan-
den und das Wahlgeheimnis achten wollten. In Baden und
Bayern haben schon wiederholt zahlreiche Beamte sozialdemo-
kratisch gewählt, um die Nationalisten zu schwächen. Nicht um die So-
zialdemokratie zu unterstützen, sondern um eine kulturell unheil-
volle Zentrumshegemonie zu verhindern, stimmten diese Männer
sozialdemokratisch. Will man diese Beamten, will man zum Bei-
spiel den Rektor der Technischen Hochschule in München, Professor
Günther als ehrlos erklären, weil er aus taktischen Grün-
den die Sozialdemokratie unterstützte. Nach der Rede des Herrn
Ministers, die keine Ausnahme zuläßt, mußte man diesen un-
geheuerlichen Schluß ziehen. Ja, Sie müßten sogar nachträglich
noch den Kanzler Wisniewski unter die pflichtvergessenen, eid-
brüchigen Beamten einreihen — er ließ bekanntlich nach Frank-
furt telegraphieren: „Fürst wünscht Sabor“ — er for-
derte also „unmittelbar die Wahl des sozialdemo-
kratischen Kandidaten Sabor.“

Ich selbst gehe natürlich weiter. Der Beamte muß
das Recht haben, nach seiner Überzeugung
zu wählen, wie er will, auch sozialdemo-
kratisch. Das geschwindige Verbot, für den Sozial-
demokraten zu stimmen, wird mit dem Treueid begründet.
Es ist so leicht, so einfach, unbequeme politische Nachfragen
auf das Gebiet der Ethik hinüberzuspielen. Wenn man einen
Gegner nicht widerlegen kann, beweist man, daß er ein schlechter
Sack ist. Die Mechanik ist dabei kindlich einfach: Der staats-
rechtliche Eid wird dem gerichtlichen Eide
gleichgesetzt — und der Bruch dieses staatsrechtlichen Eides
wird dann als Meineid bezeichnet. Was hier von der Re-
gierung getan wird, geschieht auch schon gegen die Regierung.
In der Konfliktzeit tief der Abgeordnete v. Gneist
dem Kriegsminister v. Roon zu, die Regierung trage
den Stempel des Eidbruchs an der Stirn,
weil sie unter Verletzung der beschworenen Verfassung ohne
Budget Ausgaben macht. Kein juristisch betrachtet war
Gneists Vorwurf begründet. Die Regierung aber glaubte, auf
ihrer Seite sei das Härtere, das historische Recht, das über dem
formalen Rechte stehe. Heute aber vertritt die Regierung den
engen, formalen, juristischen Standpunkt selber, der auf
jedem Blatt der Geschichte widerlegt wird.
Nun soll aber für den Beamten durch den Treueid eine be-
sondere persönliche Treupflicht geschaffen sein. Wie so oft,
wurde hier aus einem früheren Zeitalter eine Form über-
nommen, die aber mit neuem Geist erfüllt werden muß. Was

im Zeitalter des Feudalismus und Absolutismus
der Treueid eine besondere Pflicht be-
gründet haben, heute bindet der Eid den Be-
amten nur im Rahmen der Verfassungsgesetze,
zu denen auch die Wahlgesetze gehören. Heute wird nicht
mehr dem Fürsten als Persönlichkeit Treue geschworen, sondern
nur in seiner Eigenschaft als Vertreter der Staats-
gewalt. Und die Treue gegen den Staat, gegen die Verfassung,
kann sehr oft den Beamten zwingen, Opposition zu
machen gegen den Monarchen, ja gegen die
Monarchie. Damit bricht er nicht den Treueid, damit er-
füllt er ihn. Die andere Auffassung, die einen Eidschwören-
gehoram verlangt, ist ungeschichtlich und paßt in die Zeit hinein,
wo es Untertanenpflicht war, die gleiche religiöse Überzeugung
des Fürsten zu haben. Derselbe Stand wie früherzeit die Reli-
gion hat heute die politische Überzeugung für Hunderttausende.
Es widerspricht den Grundsätzen der Gewissensfreiheit und des
Wahlgeheimnisses, den Beamten mit Vorwürfen zu belegen,
wenn sie sozialdemokratisch wählen.

Der Angeklagte wollte nichts weiter, als schwere Angriffe
gegen die Ehre seiner Partei abwehren. Ich verlange nicht vom
Gericht, und noch weniger von einem preussischen Minister, daß
sie sich die Auffassung des Artikelschreibers zu eigen machen; aber
ich kann erwarten, daß Sie anerkennen, hier stehen sich zwei
Weltanschauungen und Staatsauffassungen gegenüber. Wenn
man verlangen kann, daß jede christliche Überzeugung anerkannt
wird, dann ist auch zu fordern, daß dies hier beachtet wird.
Der Angeklagte war berechtigt, hier zur Notwehr zu greifen.
Bestehen hätte ich den Artikel nicht für strafbar; er wendet
keine unzulässigen Ausdrücke an. Wenn das Gericht trotzdem
zu einer Verurteilung kommt, dann hoffe ich, es wird ohne
Rücksicht darauf entscheiden, daß es sich um einen Minister han-
delt. Das Gericht wird berücksichtigen müssen, daß der An-
geklagte, der ein unbescholtener Mann ist, für seine Rechte ein-
trat. Und wenn jemand im politischen Leben wie der Minister
scharfe Reden hält, dann darf er sich nicht beklagen, wenn ihm
scharf geantwortet wird. Daß sie dem Angeklagten eine Frei-
heitsstrafe auferlegen, halte ich für ganz ausgeschlossen. Was
der Herr Staatsanwalt über die gefährlichen Absichten des Arti-
kelschreibers spricht, das heißt doch etwas in den Artikel hin-
einlegen, was nicht darin steht. Mein Antrag geht also auf
Freisprechung.

Nach dem Plaidoyer des Rechtsanwalts Wandmann-
Breslau und den Repliken des Staatsanwalts und des Genossen
Frank zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach ein-
stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor
Mundry, das auf 3 Monate Gefängnis lautende Urteil
mit folgender Begründung:

Es ist eine der obersten Forderungen, die man
an ein Gericht stellen muß, sich fernzuhalten von der
Tagespolitik. Das Gericht ist nicht dazu berufen, in die
Politik einzugreifen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen
und über sie zu entscheiden. Es hat nicht zu entscheiden, ob die
Staatsmänner recht oder unrecht haben, die da sagen, es könnte
Häufige geben, wo auch ein künftiger Beamter für einen Sozial-
demokraten stimmen kann. Das Gericht hat nicht politische
Fragen, sondern lediglich Fragen des Rechts zu
entscheiden. Und von diesem Standpunkte ausgehend ist die
Strafkammer nicht in der Lage, auf die geistvollen Erörterungen
einzugehen, die hier von der Verteidigung gepflogen wurden, so
sehr das auch der Widerlegung wertvoll erscheinen konnte.

Die Rede des Ministers enthält zweifellos scharfe
Ausdrücke. Wenn man aber diese Rede nicht mit der Partei-
brille betrachtet, muß man annehmen, der Minister will nicht
andere, als Stellung nehmen gegen die Beamten, die äußerlich
etwas anderes scheinen wollen, was sie im Innern des Herzens
sind. Freig ist es, wenn der Angeklagte glaubt, der Minister hat
die Sozialdemokraten beleidigt. Beleidigungen des Ministers sind
in dem Artikel in großer Zahl vorhanden. Ausgeschlossen sind aber
alle die Beleidigungen, die in irgendeiner Beziehung zur Wahl-
rechtsreform stehen, weil der Minister sich darauf beschränkt hat,
nur wegen der Beleidigungen Strafantrag zu stellen, die sich auf
seine Worte über die Beamten und ihren Eid beziehen. Die
schweren Vorwürfe, wie „doppelte Moral“, die sich gegen den
Minister mit Bezug auf die Wahlrechtsreform richten, mußten
daher ausgeschaltet werden. Bei der Höhe des Strafmaßes war
zu berücksichtigen, daß es, wenn auch gegen zwei verschiedene Per-
sonen dieselbe Handlung unternommen wird, doch nicht die
selbe Handlung ist. Es ist ein Unterschied zwischen
der Beleidigung eines Nachtwächters und der eines Staats-
ministers. Die menschliche Ehre ist bei ihnen gleich; aber es
ist doch ein Unterschied in den Folgen der Beleidigungen. Der
Schaden, der dadurch entsteht, wenn ein hoher Staatsbeamter, ein
Mann, der neben dem Reichskanzler im Range und der Macht-
vollkommenheit steht, herabgesetzt wird ist ungleich
größer, als wenn ich einen Dorfnachtwächter beleidige.
Der Schaden tritt in diesem Falle besonders hervor, wo der Artikel
in die Hände vieler kritischer Leser gelangt, die von jedem ge-
druckten Worte sagen, das muß doch wahr sein. Bei solchen
Beuten wird das Vertrauen zum Staate er-
schüttert. Gegen eine solche Untergrabung der Autorität kann
mit Rücksicht auf die unabsehbaren Folgen nicht eine kleine Strafe
ausgesprochen werden. Es handelt sich hier keineswegs nur um
ein scharfes Wort, das in der Hitze des Kampfes in die Feder floss.
Darum hat das Gericht trotz der Unbescholtenheit des An-
geklagten eine Freiheitsstrafe gewählt. Wir sind aber
herabgegangen im Strafmaß gegenüber dem Herrn Staatsanwalt
und haben auf drei Monate Gefängnis erkannt. Wegen
dieser Strafe und weil der Angeklagte dem Gericht auch sonst nicht
fluchtverdächtig erscheint, ist von einer Verhaftung abgesehen
worden.

Und all das von Rechts wegen, im Rechtsaal Preußen!

Der Krieg.

Italienische Ruhredigkeit.

Rom, 12. April. (Meldung der Agenzia Stefani.) In einem
ausführlichen telegraphischen Bericht des Generals
Canova heißt es: Gestern 11 Uhr 20 Minuten ist auf Fort
Buhamez nahe der Grenze von Tripolis und Tunis die ita-
lienische Flagge gehißt worden. Während sich eine demonstrative
und imposante Aktion (!) in den Gewässern von Juara,
wo sich auch gestern noch unsere Streitkräfte zur See mit
Truppen zur Ausschiffung an Bord befanden, abspielte, hatte man
in der Frühe des 10. April mit Kühnheit und Energie (!) die nati-
onalen und technischen Schwierigkeiten — Schwierigkeiten, denen
sicher noch niemand bei ähnlichen Unternehmungen und mit so be-
trächtlichen Streitkräften gegenübergestanden — überwunden und der
erste Teil unserer Truppen wurde bei der kleinen Halbinsel Macabez,
die eine sichere Garantie für die Operation bietet, als Basis diente,
ausgeschifft. Mittags hatte man das Gros der Truppen ebenfalls
gelandet und man ging an die Ausschiffung des Materials. Die
Besetzung war damit gegen etwaige Vorkommnisse voll-
kommen gesichert. Hierdurch wurde auf alle Fälle das
erste und wesentlichste Ziel erreicht, die Beförderung von
Kriegsmaterial auf dem Seewege völlig zu unterbinden. Der
Befehlshaber der Expedition wünschte noch in derselben Nacht
den Golf von Macabez zu durchqueren und über das Festland bis
zu dem türkischen Fort Buhamez vorzudringen; aber das betrugte

Meer hinderte ihn daran. Am 11. April 11 Uhr vormittags gelang
es einer Kompanie christlicher Askaris und Matrosen-
abteilungen, die keine Meerzunge, die zwischen der kleinen
Halbinsel und der Küste liegt, zu überqueren. Sie
besetzten das Fort Buhamez, ohne auf Widerstand zu
stoßen, und pflanzten dort die italienische Flagge auf. Während
man Verbindungen zwischen der Halbinsel und der Küste zur Über-
schreitung der Meerzunge einrichtete, wurde der Feind durch die
italienische Kundgebung vor Juara festgehalten.

Wie ein nachfolgendes Telegramm aus den Gewässern von
Macabez besagt, ist die Ausschiffung von Material gestern Abend bei
frischem Winde fortgesetzt worden. Eine Gruppe von Feinden griff
das Fort Buhamez an, wurde aber durch Askaris und Schiffs-
artillerie unerbittlich zurückgeworfen. Die Nacht verlief darauf
ruhig.

Die Revolution in China.

Kämpfe in der Mongolei in Aussicht.

Kuldja, 11. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-
Agentur.) Die Mongolen haben sich von den Republi-
kanern abgetrennt und ihre Truppen an dem Tefes konzentriert.
Der größte Teil der von den Chinesen ausgesandten Kundschafter
wurde getötet. Die Regierung beschloß zu versuchen, die Mongolen
auf friedlichem Wege zu veranlassen, ihrem Vorhaben, eine eigene
Republik zu gründen, zu entsagen, widrigenfalls gegen sie mili-
tärlich vorgegangen werden soll.

Ein neuer Vorschlag.

Peking, 12. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein
Vertreter Englands und das belgische Syndikat haben gestern in
Schanghai den Vertrag für eine weitere vorläufige An-
leihe von 2 Millionen Pfund Sterling unterzeichnet,
die ebenso wie die im vergangenen Monat vereinbarte Anleihe von
einer Million Pfund Sterling als Voranschlag auf die in Aussicht ge-
nommene große Anleihe gedacht ist. Es wurden für den neuen
Voranschlag dieselben Bedingungen wie für den vorherigen, von dem
bereits eine Million Taels in Schanghai bezahlt worden sind, fest-
gesetzt. Die russisch-asiatische Bank nimmt an der Anleihe nicht teil,
so lange die Frage des Eintritts Rußlands in die internationale
Gruppe noch in der Schwebe ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April 1912.

Zur Krisis im nationalliberalen Lager.

Der Streit zwischen den Jung- und Altliberalen in der
nationalliberalen Partei gestaltet sich immer heftiger. Bisher ge-
hörten dem nationalliberalen Zentralvorstand nur die Vorkände der
beiden nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des
preussischen Abgeordnetenhauses an. Nachdem nun jüngst die
Reichstagsfraktion den Antrag gestellt hat, daß sämtliche national-
liberale Reichstagsabgeordnete ohne weiteres zugleich Mit-
glieder des Zentralvorstandes sein sollen, kommt jetzt die
preussische nationalliberale Landtagsfraktion und verlangt für ihre
Mitglieder daselbst das Recht wie für die Reichstagsabgeordneten.

Zugleich legen die Führer in der eigenen wie in der links-
liberalen Presse ihre gegenseitige Bekämpfung ohne Rücksicht auf die
Parteilage fort. Dabei stellt sich die interessante Tatsache heraus,
daß nicht nur die Jungliberalen, sondern auch die rechtsliberalen
Elemente sich Sonderorganisationen in der eigenen Partei geschaffen
haben. In der „Frankf. Jtg.“ berichtet ein süddeutscher National-
liberaler darüber:

Schon vor dem Parteitag in Rassel hatte Generalsekretär
Jabel in Dortmund die Absicht kundgegeben, die Westfalen
von der Partei loszutrennen. Damals scheiterte der
Plan an der Ablehnung des Herrn Hartmann, der die Zeit für
solche Trennung nicht für gekommen hielt und sich in Rassel von
der überwiegenden Stimmung für Wassermann überzeugete. Seit dieser
Zeit ist systematisch daran gearbeitet worden, diesen Staat im
Staate zu fundieren und weiter auszubauen. Jüngst
bekamen die Westfalen Sulkurs aus der Wormser Ecke des Freibergs
v. Hehl. In Westfalen und Worms traten zwei neue Provinzen
hinzu: Schleswig-Holstein und die Provinz Sachsen. Erstere
unter dem Einfluß des sehr strebsamen und als unabhängiger
Mann über seine Zeit frei verfügbaren Landtagsabgeordneten
Schiffner, der, wie mehr als einmal deutlich zu erkennen war,
nach der Führerrolle in der nationalliberalen Partei strebt.

In der Provinz Sachsen ist Herr Schiffer, der Landtags-
abgeordnete für Magdeburg, die tatsächlich maßgebende Persön-
lichkeit, die diese Provinz in gouvernementalem Sinne beeinflusst.
In diesen Gruppen traten neuerdings noch Hamburg und Braun-
schweig hinzu, nachdem die frühere Wassermannsche Richtung in
Hamburg seit Fortgang des Generalsekretärs Zimmermann nicht
mehr in dem ehemaligen Fahrwasser segelt. Diese Gruppen
haben sich nun zu einer festen Vereinigung zu-
sammengeschlossen.

Es findet fortwährend ein reger Schriftwechsel zwischen den
Einzelorganisationen statt, und von Zeit zu Zeit treten diese
„Altliberalen“ in Berlin zu eigenen Versammlungen zusammen.
Man wird sich noch erinnern, daß 24 Stunden nach der Präsidenten-
wahl im Reichstage plötzlich eine anonyme Kundgebung von Ver-
trauensmännern der nationalliberalen Partei errichtet. Diese
Vertrauensmänner waren die gerade wieder
einmal in Berlin unter Teilnahme von Haar-
mann und Schiffner versammelten „Altlibe-
ralen“.

Bei der Stimmabgabe für den Sozialdemokraten Scheidemann
als Vizepräsidenten stand, nachdem Spahn gewählt gewählt war,
Herr Schiffer im Vordergrund, obwohl er später durch eine Erklärung
in der „Nationalliberalen Correspondenz“ es so hinzustellen suchte,
als ob er diese Stimmabgabe nur zugelassen habe, während man
in den Wandlungen des Reichstages es von jedem hören konnte,
daß Herr Schiffer von Platz zu Platz im Reichstag gegangen sei,
um seine Fraktionskollegen zu dieser Stimmabgabe zu ver-
anlassen.

Bei der Preßbeeinflussung gegen Wassermann kamen den
„Altliberalen“ auch ihre guten und oft ausgenutzten Beziehungen
zum Preßbureau des Amtes zugute, das sich, wie schon vor Rassel
bemüht, der altliberalen Richtung zum Siege zu verhelfen, da mit
diesem ja die Sehnsucht des Herrn v. Bethmann Hollweg erfüllt
sein würde.

Es geht also um die Zukunft der nationalliberalen Partei.
Die Entscheidung auf dem Delegiertentag wird wesentlich, oder
man kann sagen ganz allein, von Wassermann abhängen. Koch
hat er auf dem Tage die Mehrheit, zumal seinen Gegnern, trotz
allen Eifers und einer glänzend geschickt durchgeführten Organi-
sation, das wesentlichste fehlt: nämlich der Kandidat für den Führer-
posten.

Ein Schwabenstreich.

Der wenig beschäftigte Rechtsanwalt, Dr. Walter Schwabe
in Berlin suchte die Aufmerksamkeit weiterer und zahlungsfähiger
Streite auf sich zu lenken, durch eine Verurteilung, die er im
September 1911 über den Genossen Rechtsanwalt Karl Liebmann bei
der Berliner Anwaltskammer einreichte. Die Verurteilung hat folgen-
den Wortlaut:
„In der „Berliner Zeitung am Mittag“ habe ich am 10. Sep-
tember des Jahres folgendes gelesen:

Aus Jena telegraphisch: Der Parteitag hat seine Arbeiten beendet usw. Dr. Nieblich beantragte heute wie alljährlich eine Resolution gegen den Parlamentarismus und gedachte dabei auch des Attentats auf Stolypin, das er als Zeichen des Wiedererwachens revolutionärer Kräfte in Russland begriffte.

Ich bitte ergebenst, in eine Unterredung darüber eintreten zu wollen, was über dieses schmachvolle Attentat auf dem Parteitage von Herrn Nieblich gesagt worden ist. Steht es sich heraus, daß eine Verherrlichung des Attentats von seiner Seite ausgesprochen worden ist, so stelle ich den Antrag, gegen Herrn Rechtsanwalt Nieblich sofort einzuschreiten. Ferner beantrage ich auch ein Einschreiten gegen diejenigen Rechtsanwälte der Anwaltskammer, welche der Resolution zugestimmt haben. Wer an der Verherrlichung eines Mordes teilnimmt, ist ebenso zu verurteilen wie derjenige, der den Mord selbst verherrlicht.

Eine schleunige Auffklärung scheint schon deswegen erforderlich, weil kein Anwalt diesseitigen Erachtens dulden kann, daß wenn eine solche Zeitungsnachricht unrichtig ist, dieselbe ohne Berichtigung bleibt. Es wüßte ja ein unwürdiges Schlaglicht auf die Anwälte, wenn eine Zeitung ohne Widerspruch bringen kann, daß ein Anwalt den feigsten Mordmord als Heldentat preist. Ich bitte jedoch um ärgste Beschränkung.

Die Anwaltskammer ging auf die Denunziation des Herrn Schwabe nicht ein, sie gab die verständige und einzig richtige Antwort in folgender Fassung:

Ihre Eingabe vom 21. September 1911 gibt uns keinen Anlaß einzuschreiten. Der Vorstand hat sich nicht mit dem politischen, religiösen, philosophischen oder künstlerischen Ansichten eines Rechtsanwalts zu befassen.

Damit gab sich nun freilich der Herr Schwabe nicht zufrieden. Sei es, daß er beschränkte, die ganze Episode würde mit dem verdienten Gelächter enden und schnell der Vergessenheit anheimfallen, sei es, daß er durch zähes Festhalten an seiner Denunziation glaubte, die erwünschte Bedeutung als Anwalt zu erlangen. Er beschränkte sich über die Anwaltskammer beim Justizminister, und, als das nicht zog, beim Gesamtministerium. Nachdem er auch dort abgewiesen worden war, wandte er sich an den Oberstaatsanwalt, um ein Verbot gegen die Anwaltskammer zu erwirken. Ueberall ließ man aber den Herrn Schwabe abblitzen. Nun hat er sich entschlossen, Berlin den Rücken zu kehren, wo die Anwaltskammer und alle Justizbehörden so wenig Verständnis für die Strebfähigkeit eines konterrevolutionären Rechtsanwalts haben. Er ließ sich mit dem 1. April als Rechtsanwalt in Berlin lösen und will nunmehr Koblenz mit seiner Person beglücken. In einer langen, in weinerlichem Tone gehaltenen Erklärung, in der er die Geschichte seiner Verurteilung eingehend erzählt, nimmt er in der „Kreuz-Zeitung“ Abschied von Berlin. Als Offizier sei es ihm unmöglich, in einem Anwaltskollegium zu sein, wenn der Vorstand der Anwaltskammer nicht nur sozialdemokratische Ideen dulde, sondern selbst eine Unterredung über einen Fall ablehne, wo es sich um die abgeblühte Verurteilung anarcho-sozialistischer Ideen handle.

Die „Kreuz-Zeitung“ stellt sich natürlich auf die Seite des Herrn Schwabe und fordert kategorisch von der Justizverwaltung nähere Aufklärung über den Fall. Die weitere Öffentlichkeit aber, die schon nicht in der von Herrn Schwabe gewünschten Weise seine Beschwerde einschätzte und ihm nun in Massen zufließt, die wird auch jetzt noch über den in seinen Erwartungen getäuschten Herrn und seine Beschwerden herzlich lachen.

Ueberschuß oder Geldbedarf?

Am 1. Juli d. J. sind 200 Millionen Mark vierprozentiger Reichsschatzanweisungen und 200 Millionen Mark vierprozentiger preussischer Schatzanweisungen fällig. Schatzanweisungen haben den Zweck, vorübergehenden Geldbedarf der Staaten zu decken. Sie werden nur für kürzere Zeit ausgeben, um dann eingelöst zu werden. Schatzscheine dürfen daher vom finanzpolitischen Standpunkt aus nicht zu ständigen Schulden werden. Bei der einzigen Finanznot aller kapitalistischen Staaten werden die Schatzscheine aber nicht nach Ablauf der Umlaufzeit eingelöst, sondern meist durch Umlauf gegen neue verlängert. Auch das Reich und Preußen benutzen in diesem Jahre diese Lösung. Das Reich zahlt von den fälligen 200 Millionen nur 60 Millionen zurück; 140 Millionen Mark bleiben nach Umlauf weiter im Umlauf. Preußen prolongiert seine gesamten 200 Millionen. Das Reich in arger Armut steht, wagt selbst die Regierung nicht recht zu bestreiten. Aber auch das Reich muß durch diese Maßnahme eingestehen, daß es der alten Gelder bedarf, um seine Finanzlöcher zu decken. Wenn wirklich der uns immer wieder vorgerechnete Ueberschuß bestände (den dazu noch die Finanzreform hervorgerufen haben soll), so müßte doch das Reich wenigstens die vorübergehend laufenden Schulden bezahlen können und sie nicht zu ständigen gestalten!

Schneitzstrubel im Abgeordnetenhaus.

Das ist kein Aprilscherz etwa! Tatsächlich gab es am vergangenen Gründonnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus den schändlichen Schneitzstrubel. Der Herr Sohn des zweiten Vizepräsidenten des preussischen Dreiklassenhauses, Geheimrat Justizrats Dr. Krause, feierte dort seine Hochzeit durch prüfendes Wahl. Nebenbei feierte der Herr Papa zugleich seinen 60. Geburtstag und die würdigen Eltern ihre Silberhochzeit. Just keine andere Städte in Groß-Berlin vermochte der Herr Geheimrat zur Feier dieses Familienfestes ausfindig zu machen als die allerdings sehr schöne, prunkvollste Wandelhalle und die Couloirs des preussischen „Volkshauses“! Allerdings hatte diese Wahl des Ortes der Handlung ja den Vorzug der Willkür, zumal Heizung, Beleuchtung und so weiter kulanterweise ja natürlich gratis mitgeliefert worden sind! Seit wann aber hat das preussische Volk zu den Kosten beizusteuern, wenn irgend ein Krause heiratet! Auch der Polterabend soll schon in diesen heiligen Hallen preussischer Gesetzgebung stattgefunden haben. Natürlich wird man nur rechts herum gelangt haben. Jammern aber hat dieses Haus auf diese Weise doch endlich einmal so etwas wie ein freies Wahlrecht gesehen, wenn auch nur für Tanz und Plätz!

Doch Scherz beiseite! Wohin soll es führen, wenn das preussische Abgeordnetenhaus weiter so allen möglichen privaten Zwecken dienlich gemacht wird? Mit dem gleichen Rechte, wie der Abgeordnete Geheimrat Justizrat Dr. Krause, der sich übrigens — er wohnt in Nikolassee — zwei Zimmer im Abgeordnetenhaus häuslich eingerichtet hat, obwohl Dienstwohnung nur der Präsident des Abgeordnetenhauses — mit demselben Rechte also könnte auch jeder der übrigen 412 Abgeordneten die Vereinstellung des Abgeordnetenhauses oder seiner Festräume zu irgend welchen privaten Veranlassungen beanspruchen. Z. B. könnte der sozialdemokratische Abg. Adolf Hoffmann ebenso gut deren Ueberlassung demnachst für eine private Kaffeekette verlangen. Ob mit Erfolg? Schwerlich! Denn wir haben es ja erst neulich erfahren, daß zwar Herr Dr. Diederichs haben seine agrarischen Unterredungen mit doppeltem Boden (vergl. die schöne Geschichte von den Wärsch- und den Heidebauern) dort abhalten durfte, doch ward aber ein ähnlicher Antrag auf Ueberlassung eines Zimmers zu Lehrkursen abgelehnt wurde.

Bei der Statobberatung im Abgeordnetenhaus ist übrigens kürzlich von den verschiedensten Seiten eine derartige Verwendung der Räumlichkeiten des hohen Hauses zu anderen als öffentlichen Zwecken gerügt worden. Umso mehr muß also unmittelbar darauf deren Inanspruchnahme zu Familienfesten durch den zweiten Vizepräsidenten Geheimrat Justizrat Dr. Krause anfallen und diese ist vielleicht noch merkwürdiger als die Ueberlassung durch die Verwaltung des Abgeordnetenhauses. Man sollte die Fest- und anderen Räumlichkeiten fortan ausschließlich allgemeinen Veranstaltungen erschließen, die dem gemeinen Wohle dienen! —

Revolutiongefährde.

In der „Kost“ nimmt ein angeblider Richter das Wort, um die dem Staate drohende schreckliche Gefahr einer Revolution in den schreiendsten Farben zu schildern. Dem Staate macht dieser netzte Richter den Vorwurf, daß er dieser Gefahr tatenlos gegenüberstehe, anstatt vorbeugend kräftig einzugreifen. Dabei schwebt ihm als die einzige Tat, die die Gesellschaft noch retten kann, der Erlaß eines neuen Ausnahmegesetzes vor. Nach Ansicht dieses „unparteiischen Hülers des Rechts“ dienen Streiks zumeist nur der Schürung des Massenhaßes, um die Massen immer mehr in den Geist hineinzutreiben, der die Vorbedingung zur Revolution ist. Schließlich wendet sich der Verfasser mit aller Schärfe gegen die Streikposten, deren bloße Anwesenheit meist zu der gemollten Einschüchterung genüge. Deshalb wünscht er, daß das Streikpostensystem verboten werden müsse. Der Artikel, offenbar das Produkt einer überreizten Phantasie, klingt dann in die Wahnung aus:

„Nicht ist es Zeit, noch sind unzählige gewiß, sich um ein kampfbereites monarchisches Banner zu scharen. Wir wollen siegreich streiten und nicht allmählich der Republik und Revolution entgegen sehen. Man führe uns hierbei mit starker Hand!“ Schade, daß der Verfasser, der sich als Richter bezeichnet, nicht den Mut besitzt, seinen Namen zu nennen, damit man weiß, mit wem man es zu tun hat. Wie mag es einem Sozialdemokraten ergehen, der einem Richter dieses Kalibers in die Hände fällt und dabei wieder immer noch verlangt, daß man an die Unparteilichkeit jedes Richters glauben soll!

Die Oldenburger Lehrer gegen das Volksschulgesetz.

Am zweiten und dritten Osterfesttage hielt der rund tausend Mitglieder zählende oldenburgische Landeslehrerverein in Barel seine Jahrestagung ab. Die sonst verhältnismäßig zahmen Lehrer gebrachten bei dieser Gelegenheit scharfe Worte gegen die Regierung und das neue Schulgesetz. In einem Referat sagte der Vorsitzende, Schulvorsteher Schwede-Oldenburg, u. a.:

„Unsere Volksschule ist unter dem neuen Schulgesetz in Gefahr, mehr und mehr zu einer Armenkammer zu werden. Wir hätten gehofft, das neue Schulgesetz werde neue Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Volksschule schaffen; aber die Entwicklungsmöglichkeiten, die es gebracht hat, liegen, wie Sie ja alle wissen, neben und abseits der Volksschule. Es gibt dazu auf dem Gebiete des Volksschulwesens Vorgänge, die uns beunruhigen müssen. Sie wissen, daß § 35 des Schulgesetzes die Möglichkeit gibt, bei sechs- oder mehrklassigen Schulen von dem altbewährten Grundsatze abzugehen, daß jede Schulklassen ihren eigenen Lehrer haben muß. Wir haben seinerzeit sehr bedauert, daß dieser Paragraph die Zustimmung des Landtages gefunden hat. Nun aber ist, wie Sie wohl gesehen haben, in Delmenhorst der Versuch gemacht worden, die Volksschulen von oben abzubauen. Es ist versucht worden, achtstufige Volksschulen umzuwandeln in siebenstufige. Ein solches Gebahren muß die oldenburgische Lehrerschaft mit großer Sorge erfüllen. Wenn wir Lehrer verlangen, daß der Schulfachunterricht vor den Störungen durch den Konfirmationsunterricht gesichert werde, wenn wir bitten, die Schulfreiheit an den Festenfreitagen zu beseitigen, dann traut man uns nicht zu, daß wir uns sachlichen Motiven heraus urteilen. Wenn wir der Meinung sind, daß keine Gründe vorliegen, die Volksschule in bezug auf Ferien anders zu behandeln als die Mittel-, Bürger- und höheren Schulen, dann macht man uns Vorwürfe. Es ist das soziale Empfinden, das sich gegen diese andere Behandlung der Volksschulen kränkt.“

Auch die oldenburgischen Lehrer scheinen endlich einzusehen, was sie vom heutigen Staate in bezug auf die Volksschule zu erwarten haben. Praktisch erfolgreicher wäre es allerdings, wenn die Lehrer aus ihrer Einsicht die politischen Konsequenzen zogen, anstatt hinter den liberalen Parteien einherzutrotten.

Streitjustiz.

Das Schöffengericht in Köln bestrafte zwei Arbeitswillige, die während des dortigen Elektromonteurstreiks ihrem Arbeitgeber Rabel im Werte von 180 M. gestohlen und sie verkauft hatten, den einen zu acht Tagen, den anderen, der wegen Diebstahls vorbestraft war, zu zwei Wochen Gefängnis; ein Lehrling, den die beiden verleitet hatten, die Rabel zu zerstückeln und die Isolierung abzubrennen, erhielt drei Tage. Trotz des legerwähnten erschwerenden Umstandes die gelinde Strafe. Mit ihr vergleiche man die folgende Verhandlung, die ihren Ursprung gleichfalls in dem Kölner Elektromonteurstreik hat und bei der ebenfalls Material zerstört wurde: Vier Kölner Ausführende fuhren nach V. Neudirchen, um einen Arbeitswilligen zu bewegen, die Arbeit einzustellen und sich dem Streik anzuschließen. Als sie ihn nicht im Vau trafen, ließen sich zwei der Streikenden hinreichend, die von dem Monteur angefertigte Arbeit zu zerstören. Sie wurden zunächst vom Schöffengericht Opladen zu vierzehn Tagen und einem Monat verurteilt, die beiden anderen freigesprochen. In der Berufungsinstanz aber verurteilte die Strafkammer in Düsseldorf alle vier Leute zu je drei Monaten Gefängnis. Daß die Streikenden schon sieben Wochen im Auslande waren und in begreiflicher, wenn auch nicht zu billiger Empörung gehandelt haben, daß sie sämtlich unbescholtene Leute waren, machte auf die Richter keinen Eindruck.

Mit dieser Strafe vergleiche man den eingangs geschilderten Prozeß; dort sind Arbeitswillige, die aus ehrlöcher Gefinnung heraus Eigentum zerstörten und stahlen, in der mildesten Weise bestraft worden; in dem letzteren Falle aber werden Streikende, die aus nicht unlauteren Motiven heraus in der Erregung Eigentum beschädigten, zu der denkbar schwersten Strafe verurteilt. Dort drei Wochen, hier aber ein ganzes Jahr für das weniger schwere Vergehen. Es gibt demnach keine Klassenjustiz.

Marokko.

Jahres gegen das Protektorat.

Paris, 12. April. Aus Anlaß des Kampfes von Mahridja schreibt Jahres in der „Humanité“: Dieser Zwischenfall wird den Widerstand der Marokkaner noch mehr entfachen. Wenn wir zu Zwangsmaßnahmen greifen, wird der Groß dieses bergewaltigen Volkes noch mehr wachsen. Unsere Angriffspolitik ruft solche Fortwärtstriebe hervor, daß man noch nicht gewagt hat, den Marokkanern den Protektoratsvertrag bekannt zu geben. In der ganzen mohammedanischen Welt herrscht Erregung gegen uns, weil es heißt, daß wir durch unsere Marokkopolitik an dem absehbaren Anschlag gegen Tripolis schuld sind. Wir sind nach Ansicht unserer Anwohner genötigt, in Tunis scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Wenn in Marokko der Kriegsbrand lodert, werden wir die Folgen unserer Raubpolitik erkennen. Man wird die jährlichen Kosten des Marokkounternehmens auf 300 Millionen Frank beziffern müssen, und noch viel schlimmer ist die dadurch hervorgerufene Kriegsgefahr und die moralische Einbuße, die wir erleiden. Und wenn morgen eine ernste internationale Schwierigkeit ausbricht, was wird Frankreich dann mit diesem feindseligen Marokko machen? Wieviele Armeekorps wird man hinschicken, um es zu beruhigen?

Neue Kämpfe und Unruhen.

Paris, 12. April. Aus Udscha wird berichtet, daß eine Abteilung Spahis, die die Feldpost von Seiru nach Taurit begleitete, von Marokkanern angegriffen wurde. Ein Spahi wird vermißt.

Udscha, 11. April. Die französischen Truppen unter Oberstleutnant Ferrand sind nach dem Kampfe bei Mahridja am 9. d. M. nach dem Lager bei Fritissa zurückgekehrt, wo sie einseitig verbleiben werden. Auf dem Schlachtfelde wurden etwa 100 tote Marokkaner gefunden, zu welcher Zahl noch die von den Marokkanern mitgenommenen Leichen zuzurechnen sind, um die feindlichen Verluste zu schätzen. Nach Nachrichten aus Eingeborenkreisen haben die Beni Karain und die Alata eine neue Garka gebildet, die zwischen Taza und dem Malaya stehen soll.

Kabat, 12. April. Die Verluste des Feindes bei dem Gefechte in der Umgebung von Madel am 6. April betragen mehr als hundert Tote. Die Marokkaner standen unter der Führung von Said Elambi, dem Sohne des Said Hammon Jazani. Diese Tatsache berechtigt zu der Annahme, daß die Teilnahme dieses Stammes an dem Kampfe allgemein wird.

Amerika.

Die Hatz bei den Präsidentenwahlen.

Bay City (Michigan), 12. April. Die Erbitterung zwischen den Anhänger Tafts und Roosevelt's kam auf dem republikanischen Staatskonvent zu einem heftigen Ausbruch. Die Anhänger Tafts hatten sich frühzeitig in den Besitz des Zeughauses, in dem der Konvent abgehalten wurde, gesetzt und verweigerten den Gegnern den Eintritt. Die Anhänger Roosevelt's stürmten die Eingänge und kletterten zum Fenster hinauf. Als der Vorsitzende versuchte, die Ordnung herzustellen, sprang der Führer der Rooseveltianer auf die Tribüne und begann zu reden, wurde aber durch einen Parteigänger Tafts heruntergezogen. Eine allgemeine Rauferei folgte. Endlich mußten Polizei und Miliz geholt werden. Die Anhänger Roosevelt's zogen sich zurück, nachdem sie Delegierte ihrer Richtung zum Nationalkonvent gewählt hatten. Die Anhänger Tafts nahmen darauf ihrerseits die Wahl noch einmal vor, und der Nationalkonvent wird über die Rechtmäßigkeit dieser beiden Delegiertenwahlen zu entscheiden haben.

Die Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl hatten bis jetzt folgendes Ergebnis: Es erhielten Taft 340, Roosevelt 110, Senator Lafolette 88 und Senator Cummins 4 Stimmen. Im ganzen müssen 1076 Delegierte gewählt werden, die die endgültige Präsidentschaftswahl vornehmen; der Kandidat, der mindestens 539 Stimmen auf sich vereint, gilt als gewählt.

Aus der Partei.

Dr. Kazimir Gorzjki.

Die polnische Sozialdemokratie Westeuropas steht an der Spitze eines ihrer Gründer. Der im 46. Lebensjahr nach langer, schwerer Krankheit, die seinen Namen in Parteikreisen gänzlich vergessen machte, verstorbenen Genosse gehörte zu jener kleinen Schar von Parteiführern, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für die sozialistischen Ideen unter der Arbeitererschaft Agitation zu wirken begannen. Der begabte Journalist und Dichter Włodzisław Czerwinski, der Verfasser der roten Fahne, des Kampfliedes der polnischen Arbeiterchaft, war ihr Führer, Karl Kader, Kazimir Gorzjki und andere die ersten Propagandisten. Was Gorzjki speziell anbetrifft, so verfuhr er als Schüler des Geschichtsprofessors Lisie, den Inhalt der ersten Arbeiterblätter durch populär-wissenschaftliche Artikel zu heben, wie er sich überhaupt von historischen Studien sehr angezogen fühlte. Nach einigen Jahren angelegener Parteiarbeit kam er zur Ansicht, daß der ausbreitende Verfall eines Agitators ihm keine Zeit für die wissenschaftliche Arbeit überlasse, um so mehr als er als Agitator noch für seinen Lebensunterhalt sorgen mußte, da die Partei sich in sehr ärmtlichen Verhältnissen befand. Er entschloß sich also den Posten eines Gymnasiallehrers zu übernehmen, auf dem er auch eine ausgiebige wissenschaftliche Arbeit entfalten, dessen reichstes Resultat die vor 10 Jahren erschienene „Soziale Geschichte Polens“ bildet, die erste Probe einer auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung geschriebenen Geschichte Polens. Gleichzeitig widmete sich Gorzjki der Popularisierung der sozialdemokratischen Presse und Broschürenliteratur. Seine im Jahre 1898 verfaßte „Geschichte der Leibesintelligenzien Polens“, die im Krakauer Parteiverlag erschien, zog ihm ein Disziplinarverfahren der Schulbehörden zu. Gorzjki, dessen Gesundheit schon damals sehr angegriffen war, mußte sich von dem öffentlichen Leben zurückhalten. Einige Jahre später warf ihn seine schwere Krankheit nieder und raubte ihm das Bewußtsein. Nach langem Siechtum ist er dahin und das schmerzlichste, was man an seinem Grab sagen muß, ist, daß ihm die engen Verhältnisse Galiziens, die Not, mit der er sein Lebenlang kämpfen mußte, nicht erlaubt haben, das alles der polnischen Arbeiterbewegung und dadurch der Internationale zu geben, was er seinem Wissen gemäß ihr geben konnte.

Vom amerikanischen Sozialismus.

Es ist merkwürdig, wie mächtig im äußersten Westen, am Gestade des Großen Ozeans, der Sozialismus die Arbeiterchaft erfaßt. In den Unionstaaten Washington, Kalifornien usw. kommt nun weiter nördlich Britisch Kolumbia, im fernsten Westen von Kanada. Dort wird die Konvention des Gewerkschaftsverbandes eine so überwiegende sozialistische Strömung auf, daß sie von der bürgerlichen Presse auf 85 Proz. der Vertreterchaft geschätzt wird. Bei einer Probeabstimmung ergaben sich nur zwei Stimmen gegen den Sozialismus. Von den Provinzialratswahlen erwartet man große Ueberraschungen.

Sozialistische Studentenorganisation. Die Interkollegiale Socialist Society, die Zusammenfassung der sozialistischen Vereine der einzelnen Universitäten, zählt jetzt Ortsvereine an 40 unter den etwa 400 Hochschulen der Vereinigten Staaten. An sieben weiteren sind Vereine in Bildung begriffen. Viele dieser Vereine betätigen sich durch Verbreitung von Literatur. Sechs sind in der Öffentlichkeit tätig.

Ein sozialistisches Wochenblatt in Mexiko ist unter dem Titel „El Socialista“ gegründet worden. Diese unheimliche Tatsache mag für die Geschichte und die Kultur des Landes wichtiger sein als ein weiteres halbes Duzend landesüblicher „Revolutionen“ mit ihrem Jubel von „glänzenden Siegen“ und sonstigen Gredeln.

Vom Wachstum der Parteipresse. Das „Sächs. Volkshaus“ in Zwickau, Parteiorgan für den 18., 22. und 23. sächsischen Reichstagswahlkreis, hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Es verfügt zurzeit über 26 050 Abonnenten. Vor allem ist dem Blatte der letzte Wahlkampf sehr zuzustatten gekommen, denn er brachte ihm nahezu 5000 neue Leser ein. Und auch jetzt noch ist ein fortwährendes Steigen der Abonnentenziffer zu beobachten. Im Verhältnis zur Zahl der Reichstagswahlkreise stellt sich die Abonnentenziffer im 22. und 23. Kreis auf je 30% Proz. und im 18. Kreis auf 40 Proz. Der Verlag sieht sich daher gezwungen, neben seiner 16seitigen Relationsmaschine noch eine 32seitige Maschine aufzustellen. Zu bemerken ist noch, daß das Unternehmen sich aus den ärmlichsten Verhältnissen zu einer gesunden finanziellen Grundlage hinaufgearbeitet hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein neuer Prozeß gegen den „Wahren Jakob“.

Kardinal Kopp, der Fürstbischof von Breslau, hat gegen Genossen Heymann in Stuttgart als Redakteur des „Wahren Jakob“ Strafantrag gestellt wegen des in der Nr. 688, vom 24. Februar 1912, erschienenen Gedichtes „Der Fürstbischof von Breslau“. Dem hohen Herrn will es offenbar nicht gefallen, daß in diesem Gedichte der Tagelohn von achtzig Pfennigen, den seine Forstarbeiter erhielten, entsprechend gewürdigt wurde. Die Einleitung der Strafverfolgung unterbleibt jedoch zunächst. Genosse Heymann als Mitglied des württembergischen Landtags, zu die Dauer der Tagung desselben Immunität genießt.

Gewerkschaftliches.

Leises Grauen.

Angst vor den Folgen ihres traurigen Gehmutes gegen die streifenden Vergleiche scheint bei den Ultramontanen aufzukommen. Die Streikjustiz im Ruhrrevier mit ihren Schreckensurteilen, die den Gedanken aufkommen lassen, die Göttin Justitia fühle sich als Nächsterin des beleidigten Kapitals, löst eine Stimmung aus wie zur Zeit des bekannten Meineidsprozesses gegen Schröder und Genossen. Auch dieser Prozeß mit seinem ja nun reifizierten Tendenzurteil war zu neun Zehnteln ultramontaner Heße zu verdanken. Die tausende Klagen, die Ansummen von Strafen, die nun für meist belanglose Ausschreitungen verhängt werden, halten die Erinnerung an das verräterische Verhalten der christlichen Führer lebendig, reizen schmerzliche Wunden immer wieder von neuem auf, tragen erklärlicherweise bis tief in die Kreise katholischer Arbeiter hinein Mißmut und Empörung über die Urheber der Arbeiterniederlage und Massenanklagen. Jeder hat das Empfinden: das maßlos gehässige, denunziatorische und verlogene Terrorisierungsverfahren reizte Schutzleute zu wilden und sinnlosen Eskapaden und nichtsnutzige Elemente zu Anzeigen. Solchen Eindrucks über die Erfolge der ultramontanen Antistreikheße kann man sich in Zentrumskreisen nicht verschließen und er kommt in der Presse, wenn auch nur verflüchtigt zum Ausdruck. Man möchte vorwegnehmend die Schuld für die aufreizende „Rechtsprechung“ dem Ueberreifer der Beamten in die Schuhe schieben. In einer Zentrumskorrespondenz — wir zitieren nach der ultramontanen „Grenzwaite“ — heißt es mit bezug auf die Streikprozeße unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Gerechtigkeit, verhehle dein Haupt!“

Einem objektiven Beurteiler der Sachlage fällt es nun unwillkürlich auf, daß die Urteile gegen die Verüber dieser Vorgehen äußerst hart ausfallen, und daß es für den Laien manchmal unmöglich ist, Vergehen und Strafe auch nur einigermaßen in Einklang bringen zu können. Manche Leute mögen denken, da der größte Teil der Verhafteten Sozialdemokraten seien, geschehe ihnen recht. Das wäre aber ein ganz und gar verfehlter Grund. Eine gesetzliche Ausnahmegerichtsbildung (soll wohl Rechtsprechung heißen), eine politische Entgeltung, die sich bitter rächen müßte; denn die Zugehörigkeit an einer politischen Partei darf auf die Höhe der Strafe keinen Einfluß ausüben. Dadurch könnten ja geradezu unheimliche Mißverhältnisse geschaffen werden.

Weiter wird dann bemerkt, daß man vielfach zu der Annahme neige, die Gerichte fällten die scharfen Urteile, um dadurch bei eventuell wieder vorkommenden Streiks den kaum zu verhindernden Ausschreitungen entgegenzuwirken. Ob ein solches Verfahren richtig sei, müsse die Zukunft lehren. Schon jetzt könnte festgestellt werden, daß das Beispiel vom 11. zu Straß gespannten Bogen im Ruhrrevier Verderben gebracht habe und auch noch bringen werde. Es sei zum Beispiel nicht abzutreten, daß gerade die Gegenden, in welche das meiste Militär oder die meisten Schutzleute und Genarmen geschickt wurden, die meisten Verhaftungen aufzuweisen hätten. Das liege keineswegs an der Zahl der Ausschreitungen. Die Aufsichtsbekanntmachungen hätten vielmehr häufig Gespenster gesehen, oder, da manche offenbar an ein zahlreiches Publikum nicht gewöhnt gewesen, Ansammlungen und Zusammenrottungen gewittert, wo Streifende sich — unterhielten! „Dann flog der Säbel aus der Scheide oder die Kugel aus dem Lauf, dann konnte unter Umständen, wie dies tatsächlich geschehen ist, dem einen oder anderen Streifenden das Lebenslicht ausgeblasen werden, ohne daß ein Hahn danach krächte. Dann war allerdings ein Aufkauf da, ein Zusammenströmen von Neugierigen zu bezichtigen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und die Streikführer werden nun häufig in einer Weise gestraft, die man nicht zur Nachahmung empfehlen kann.“

Vor Tisch, so lange das ultramontane Ziel auf das Kaputtmachen des Streiks gerichtet war, las man's anders, da mußte der Fernstehende glauben, die Streifenden beständen aus einer Bande von Knippen- und Messerhelden. Nun steigt den Schwarzen Grauen vor den Folgen ihres Tuns auf. Nicht aus Mitleid mit den Opfern, sondern aus politischer Angst. Man verhehlt sich nicht, daß nun doch manchen bisher gutgläubigen Christen die Augen über das Treiben der Führer aufgehen werden und sie dann den schwarzen Kattentängern die Gefolgschaft verjagen! So muß es kommen!

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Café-Angestellten.

Der Streik im Café „Alter Kuhstall“, Invalidenstr. 110, dauert fort. Der Unternehmer Schumann läßt die Plagiativverleier durch den Hotelportier und zwei andere Leute mit Gummitüppel bearbeiten, so daß am vergangenen Sonntag die Gäste fast durchweg das Lokal verließen. Dabei wurden ganz unbeteiligte Personen geschlagen, darunter eine Frau. Die sofort auf dem Platze erschienene Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Für die acht Streifenden haben sich bisher nur drei Arbeitswillige gefunden. Herr Schumann glaubt durch die vorgenommenen Gewaltakte die organisierten Gehilfen herauszufordern, was ihm jedoch bei deren Disziplin niemals gelingen wird. Der Kampf wird solange fortgesetzt, bis sich der Herr bereit erklärt, seinen Angestellten das Koalitionsrecht, das auch den Kellnern gesetzlich zusteht, zu gewährleisten. Der Betrieb ist demnach für organisierte Gehilfen gesperrt.

Die Disziplinarverwaltung.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin. Welche Anstrengungen mitunter gemacht werden, um auf trümmigen Wegen zu dem grünen Plakat zu gelangen, dafür könnte man eine Reihe erbaulicher Beispiele anführen.

Es ist darum notwendig, daß in jedem Hartliegenden Falle der Rache die Schelle umgehängt wird, damit diesen Leuten das Handwerk gelegt werde.

Einen recht bezeichnenden Fall, der wert ist, weiteren Kreisen bekanntgegeben zu werden, stellten Neuen in einer Gastwirtschaft im Norden fest.

Zu dem Gastwirt Max Frenz, Kopenhagener Str. 76, kam ein Zigarrenfabrikant Krumm aus Lobrügge, der hinsichtlich der grünen Plakate sich erst ganz nativ anstellte und von dem Wirtshandeln und Wefen derselben gar keine Ahnung zu haben vorgab.

Gleich darauf jedoch meinte er, wenn er schon keine grünen Plakate habe, so sei es doch möglich, sich das Plakat vielleicht von Fritz Krüger, Finsterwalde (derselbe ist Tariffabrikant), zu beschaffen! Es mochte also dem finstigen Herrn gar nichts, den Namen eines Konkurrenten zu mißbrauchen, um seine untarifierten Zigarren an den Mann zu bringen. Mit welchem Erfolg ihm dies gelang, beweist die heutige Veröffentlichung. Vorsticht ist also am Plage! Allen denjenigen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern aber, die wertig dazu beitragen wollen, die Lage der Zigarrenarbeiter zu heben und zu bessern, sei dringend empfohlen, ihre Zigarren nur dort zu beziehen, wo tarifizierte Waren verkauft werden. Fragt nach den grünen Plakaten, unterzeichneten Alwin Schulze.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Mit einem Urteilsbrief

Schichte der Bädermeister Gabbert in Neudölln seinen Lehrling, der die Gesellenprüfung abzulegen hatte, zum Junungsborstand. Das Schriftstück steht in wort- und buchstabengetreuer Wiedergabe so aus:

Otto Gabbert, Bädermeister,
Bergstraße 27, Neudölln, Bergstraße 27,
Zeugnis.

Bestätige hiermit, daß Bruno Kirshstein vom 1. April 1909 bis 1. zum 1. April 1912 bei mir lernt. Leistungen und Fertigkeiten mangelhaft und Niederlich. Auch gehört Kirshstein schon über 1 Jahr dem Sozialdemokratischen Verband an. Hieraus ergibt sich alles.

Otto Gabbert, Bädermeister.

Dies Zeugnis beweist zunächst, daß der, welcher es ausstellte, mit wenig Nutzen die Schule besucht haben muß, denn seine Leistungen und Fertigkeiten in der Rechtschreibung sind äußerst mangelhaft. Aber auch in der Beurteilung der handwerklichen Kenntnisse des Lehrlings kann der Lehrmeister nicht das Richtige getroffen haben. Der junge Mann, dem Herr Gabbert attestiert: „Leistungen und Fertigkeiten mangelhaft und Niederlich“ hat inzwischen den praktischen Teil seiner Gesellenprüfung bestanden und zwar sehr gut, wie ihm der Prüfungsmesser bescheinigte. Allerdings war der Urteilsbrief dem Prüfungsmesser nicht bekannt. Jedenfalls beweist das Ergebnis der Gesellenprüfung, daß das Zeugnis des Lehrmeisters objektiv mit der Wahrheit in Widerspruch stehen muß und anscheinend mehr aus einer übelwollenden Stimmung, als aus sachlicher Beurteilung hervorgegangen ist. Auf eine übelwollende Stimmung läßt auch die Bemerkung über die angebliche Zugehörigkeit des jungen Mannes zum „Sozialdemokratischen Verband“ schließen. Diese Bemerkung steht einer Denunziation sehr ähnlich, denn sie kann doch keinen anderen Zweck haben als den, den jungen Mann beim Junungsvorstande als einen „Roten“ zu kennzeichnen. Interessant wäre es, zu erfahren, ob der Junungsvorstand derartige Angaben von den Lehrmeistern verlangt oder wünscht, vielleicht um eine schwarze Liste für den Arbeitsnachweis der Junung anzulegen.

Achtung, Fleischergejellen! Die Differenzen mit dem Fleischermeister Wilhelm Fischer, Neudölln, Rietenstraße 51, sind beigelegt. Herr Fischer hat den Tarifvertrag unterschrieben und anerkannt.

Im heutigen Inseratenteil befindet sich die Liste der Fleischermeister, die bewilligt haben. Wir machen besonders darauf aufmerksam.

Deutsches Reich.

Der Verband der Hutmacher und Filzwarenarbeiter im Jahre 1911.

Die Verbandsstätigkeit wurde 1911, besonders im ersten Halbjahr, durch klauen Geschäftsgang und damit verbundene Arbeitslosigkeit gehemmt. Den Umfang der Arbeitslosigkeit zeigen folgende Schlußzahlen der Arbeitslosenstatistik: Arbeitslos waren im Laufe des Jahres 2000 verarbeitete männliche Mitglieder 45 740 Tage und 1045 ledige 23 031 Tage; 2036 verarbeitete weibliche Mitglieder waren 73 184 Tage arbeitslos und 1058 ledige 19 284 Tage. Zusammen wurden 7630 Arbeitslosigkeitsfälle mit 161 245 Tagen Arbeitslosigkeit gezählt. Die höchsten Arbeitslosenziffern weisen die Strohhutarbeiterinnen auf, von denen alljährlich nach Schluß der Saison (zwischen Ostern und Pfingsten) 60 bis 70 Proz. arbeitslos werden und bis zum Beginn der Saison im Herbst feiern müssen. Die durchschnittliche Jahresbeitragsleistung der Strohhutarbeiterinnen beträgt nur 30 Bodenbeiträge. Zu der großen Arbeitslosigkeit gesellt sich noch das häufige und umfangreiche Ausgehen, das in der Arbeitslosenstatistik noch nicht zum Ausdruck kommt. Die Krankheitsziffern, hinter denen sich oft Arbeitslosigkeit verbirgt, waren ebenfalls selten hohe. Arbeitslosigkeit und Krankheit beeinflussten die Kassenverhältnisse ungünstig. Wenn trotzdem im Verband ein Ueberdusch erzielt wurde, so ist das auf die ziemlich ausreichende Beschäftigung während der Periode und auf die geringeren Ausgaben für Lohnbewegungen zurückzuführen.

Die Mitgliederzahl stieg von 9452 auf 10 213. Weibliche Mitglieder zählt der Verband 4800. Der Mitgliederzuwachs entfällt nur auf die weiblichen Mitglieder. Die Einnahmen belaufen sich: Verband 218 510 M., einschließlich 12 504 M. Bestand der Zuschüsse, die nicht mehr lebensfähig war und am 1. Oktober mit dem Verband verschmolzen worden ist; Lokalkassen 29 771 M.; Invaliden-, Zuschuß- und Frauensterbekasse, die mit dem Verband zusammenhängen, 40 993 M.; insgesamt 289 184 M. Einnahmen. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Verband: An Arbeitslose am Orte und auf der Reise 61 621 M., Kranken- und Sterbegeld 41 830 M., Umzugskosten 4281 M., Streifende und Gemahrgeld 12 000 M.; Lokalkassen: An Kollektende 4600 M., für Streiks im eigenen und in anderen Berufen 8832 M.; Zuschuß-, Invaliden- und Frauensterbekasse: Invalidenunterstützung 11 661 M., Kranken- und Sterbegeld 36 126 M. Vermögensbestand hatten am Jahreschluß: Verband 218 028 M., Lokalkassen 9905 M., Invaliden- und Frauensterbekasse 78 056 M., zusammen 306 889 M.

Obwohl die Geschäftslage für Lohnbewegungen ungünstig war, gelang es doch für 1908 Mitglieder 4093 M. Lohnerhöhungen pro Woche durchzusetzen und für 247 Mitglieder Lohnaufzungen im Betrage von 991 M. pro Woche abzuwehren. Außerdem wurden für 1124 Mitglieder sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erreicht, resp. Verschlechterungen verhindert.

Das erfreuliche Ergebnis des Jahres ist die Ausbreitung der Organisation unter den Arbeiterinnen — auch 1200 Heimarbeiterinnen sind organisiert — und der zunehmende Einfluß des Verbandes, auch auf die Arbeitsbedingungen der Hutarbeiterinnen.

Ausland.

Dodarbeiterstreik in Orient.

Die Dodarbeiter des Hafens von Lorient beschloßen gestern, in den Generalstreik zu treten.

Aus Industrie und Handel.

Die Banken der Welt.

Die Heimat des modernen Bankwesens ist bekanntlich Italien. Abgesehen von unbedeutenden privaten Geldinstituten, die sich schon frühzeitig in den italienischen Hafenstädten fanden, sind als die ältesten Girobanken die 1587 gegründete Banco di Niallo in Venedig und die St. Georgsbank in Genua zu betrachten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts entstanden ähnliche Institute in Amsterdam, Rotterdam, Hamburg und Nürnberg. Wenn auch die meisten Banken in jener Zeit nicht gerade besonders florierten, da ihr Gedeihen vor allem von politischen Momenten beeinflusst wurde, so war doch mit der Uebertragung des Giro-, Lombard- und Diskontogeschäfts, wie es in Italien ausgebildet war, nach den deutschen Handelszentren der Anfang der Ausbreitung des Bankwesens über den ganzen Erdball gemacht. Die gewaltigsten Fortschritte machte diese Expansion im 19. Jahrhundert. Heute beträgt die gesamte Bankanzahl nach den Angaben des Handbuchs für den Bankverkehr von A. Schuy bereits jetzt 12 000. Davon entfallen allein auf Europa 7550 Banken. Innerhalb Europas steht Deutschland mit 2118 Banken einschließlich der Reichsbankhauptstellen an der Spitze. Es ist zu berücksichtigen, daß hierbei die Depotbanken, die sich am gleichen Orte wie das Hauptgeschäft befinden, nicht mitgezählt sind. Ueber die Reichsbankhauptstellen und ihre Vororte sind allein weit über 200 Depotbanken der Berliner Großbanken verteilt. Die zweite Stelle unter den europäischen Ländern nimmt Großbritannien und Irland mit 1752 Banken ein.

In weitem Abstände folgen Frankreich mit 652, Italien mit 478 und Rußland mit 459 Banken. Oesterreich besitzt deren 367, Ungarn 360 und die Schweiz 218. An letzter Stelle rangieren Moskau und Luxemburg mit je 2 sowie die Harde-Inseln mit einer Bank. In Nord-, Mittel- und Südamerika finden sich insgesamt 3275 Banken. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten allein 2145 Banken. In Britisch Nordamerika finden sich 492 Geldinstitute. Von den südamerikanischen Republiken besitzen Argentinien 160, Brasilien 55 und Uruguay 31 Banken. Mit deutschem Gelde arbeiten in Zentral- und Südamerika vor allem die Deutsche Ueberseeische und die Deutsche Südamerikanische Bank sowie die Berliner Diskontogesellschaft. In Afrika wurden 405 Banken gezählt. Davon entfallen die meisten auf die Kapkolonie und auf Ägypten. Das Geld- und Kreditwesen in Marokko regeln 9 Bankgesellschaften, die — mit Ausnahme der in Tanger und Casablanca vertretenen Deutschen Orientbank — sämtlich von Franzosen finanziert und geleitet werden. In Deutsch-Ostafrika unterhält die Deutsche Ostafrikanische Gesellschaft 9 Bankfilialen. In Deutsch-Südwestafrika sind neben der Deutsch-Westafrikanischen Genossenschaftsbank, die auch in Kamerun und Togo anlässlich ist, noch die Berliner Diskontogesellschaft und die Deutsche Afrikanische Bank sowie die Berliner Diskontogesellschaft. In Afrika wurden 405 Banken gezählt. Davon entfallen die meisten auf die Kapkolonie und auf Ägypten. Das Geld- und Kreditwesen in Marokko regeln 9 Bankgesellschaften, die — mit Ausnahme der in Tanger und Casablanca vertretenen Deutschen Orientbank — sämtlich von Franzosen finanziert und geleitet werden. In Deutsch-Ostafrika unterhält die Deutsche Ostafrikanische Gesellschaft 9 Bankfilialen. In Deutsch-Südwestafrika sind neben der Deutsch-Westafrikanischen Genossenschaftsbank, die auch in Kamerun und Togo anlässlich ist, noch die Berliner Diskontogesellschaft und die Deutsche Afrikanische Bank sowie die Berliner Diskontogesellschaft. In Afrika wurden 405 Banken gezählt. Davon entfallen die meisten auf die Kapkolonie und auf Ägypten. Das Geld- und Kreditwesen in Marokko regeln 9 Bankgesellschaften, die — mit Ausnahme der in Tanger und Casablanca vertretenen Deutschen Orientbank — sämtlich von Franzosen finanziert und geleitet werden. In Deutsch-Ostafrika unterhält die Deutsche Ostafrikanische Gesellschaft 9 Bankfilialen. In Deutsch-Südwestafrika sind neben der Deutsch-Westafrikanischen Genossenschaftsbank, die auch in Kamerun und Togo anlässlich ist, noch die Berliner Diskontogesellschaft und die Deutsche Afrikanische Bank sowie die Berliner Diskontogesellschaft.

Filmring.

Der geplante deutsche Filmring ist gänzlich gescheitert. Nachdem die großen deutschen Filmfabriken (Messner Projektion G. m. b. H., Deutsche Kinoskop- und Biograph G. m. b. H. und Deutsche Bioskop-Gesellschaft m. b. H.) sich gegen die Gründung der Film-Industrie-Alliengemeinschaft erklärt haben, sind auch die bedeutendsten ausländischen Konzerne (Gaumont-Paris, Itala-Turin, Vitagraph-New York) zurückgetreten.

Aus der Frauenbewegung.

Ihr laßt den Armen schuldig werden . . .

In diesen Tagen wurde in Hirschberg eine Arbeiterfrau, Mutter von sechs Kindern, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frau hatte sich der „schweren Kuppelei“ schuldig gemacht, weil sie dulde, daß ihre siebzehnjährige Tochter mit dem Logisburischen ein intimes Verhältnis unterhielt. Ueber die Umstände des „Verbrechens“ berichtet das Hamburger Parteiorgan:

Die Mutter, die sich vor dem Strafrichter verantworten mußte, ist eine arme Waisin. Sie betonte vor Gericht, daß sie oft des nachts um 11 Uhr erst von der Arbeit nach Hause gekommen und dann tobende hingefunken sei, ohne imstande gewesen zu sein, sich um das zu kümmern, was in ihrer unmittelbaren Nähe unter ihren Angehörigen vorgegangen sei. Die Wohnung der aus acht Köpfen bestehenden Familie bestand nur aus zwei Räumen, Betten standen ihr aber nur vier und später gar nur noch drei zur Verfügung, wozu dann als Schlafgelegenheit noch ein altes Sofa kam. Trotz dieses schier ungläublichen Zusammenpferchens der Familie wurde, um die Existenzmöglichkeit noch etwas zu erhöhen, noch ein Logisburische gehalten, der ebenfalls seine Schlafstätte innerhalb der gemeinsamen Schlafräume angewiesen erhielt. Zwischen dem Logisburischen und der siebzehnjährigen Tochter der Verurteilten entspann sich nun ein intimes Verhältnis, das gebildet zu haben der letzteren die Anklage wegen schwerer Kuppelei und ihre Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis eintrug. Die Verurteilte hat, wie sie vor Gericht auslegte, in dem Verhältnis etwas Böses nicht gesehen, zumal der Logisburische ihrer Tochter die spätere Heirat versprochen und dies auch als Zeuge vor Gericht wiederholte. Der furchtbaren Tragweite des Wortes Kuppelei war sich die Verurteilte überhaupt kaum recht bewußt, wiewohl letzteren Umstand auch die Richter als maßgebend anerkannten, indem im Urteil hervorgehoben wurde, daß die Angeklagte den untersten sozialen Schichten angehöre. In dem Urteil wird ferner darauf hingewiesen, daß durch das vorhandene Wohnungsbedürfnis derartige unästhetische Zustände begünstigt werden.

Mit diesen Hinweisen haben die Richter selbst an ihrem Urteile und noch mehr an unseren gesellschaftlichen Zuständen die denkbar schärfste Kritik geübt. Die Mutter ist sich eines Verbrechens nicht bewußt. Unwürdige Wohnungsverhältnisse begünstigen „unästhetische Zustände“. So sagen die Richter. Und trotzdem muß diese Mutter ins Gefängnis wandern! Sie wird aus der Familie herausgerissen, weil eben der Kapitalismus keinen anderen Ausweg kennt. Wenn wir uns vor der „Sittlichkeit“ einer solchen Gesellschaftsordnung beugen würden, so würden wir uns auch schwerste an unseren Klassenverhältnissen verfühnen.

Verfammlungen — Veranstaltungen.

Der Verein Frauenwohl veranstaltete am Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Tiergartenhof“, Charlottenburg, einen Vortrag über „Der Kampf gegen den Mädchenhandel“ (Referentin Anna Pappritz) mit nachfolgender Diskussion.

Verfammlungen.

Zur Waisefeier nahm die Sektion der Friesenleger des Bauarbeiterverbandes am Donnerstag Stellung. Ohne Widerspruch beschloß die Verfammlung, dem Vorschlage der Sektionsleitung entsprechend, den 1. Mai durch Arbeitruhe zu feiern. Die Friesenleger finden sich aber nicht an einem besonderen Treffpunkt zusammen, sondern sie schließen sich in den Bezirken den übrigen Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes an und gehen mit diesen gemeinsam zur Demonstrationssammlungen.

Letzte Nachrichten.

Schneestürme im Riesengebirge.

Hirschberg, 12. April. (W. Z. B.) Im ganzen Riesengebirge tobten seit 24 Stunden heftige Schneestürme. Weit über einen halben Meter Reuschnee ist gefallen, die Temperatur auf 10 Grad Celsius unter Null gesunken. Die Schlittenbahnen reichen bis in die Täler herab.

Zweihundert Arbeiter durch Feuersbrunst arbeitslos.

Paris, 12. April. (R. G.) Aus Troyes wird gemeldet: Die Webereien der Firma Roehlin, die über 200 Arbeiter beschäftigten, wurden heute mittag durch eine Feuersbrunst bis auf die Grundmauern zerstört. Sämtliche Maschinen und Webstühle sind ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beträgt über 5 Millionen Franz und ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Sämtliche bei der Firma beschäftigten Weber sind arbeitslos geworden.

Drohender Ausstand der amerikanischen Lokomotivführer.

New York, 12. April. (W. Z. B.) Von den 25 000 Lokomotivführern, die im Betriebe der fünfzig städtischen von Chicago verkehrenden Eisenbahnen betätigt sind, haben 23 000 die Führer ermächtigt, den Ausstand zu erklären, wenn die weiteren Verhandlungen eine Lohnaufbesserung nicht zeitigen sollten.

19. Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns.

Zweiter Tag.

8. Punkt der Tagesordnung: Die sozialdemokratische Partei und der Wahlrechtskampf. Referent: Dr. Siegmund Kunfi.

Referent erörtert des längeren die tiefgehende Umwälzung des ungarischen wirtschaftlichen und geistigen Lebens und der Gesellschaft und befaßt sich besonders ausführlich mit der Tatsache, daß die Mehrzahl zum Sozialismus und zur Wahlrechtsdemokratie getrieben wird.

Referent wiederlegt die aufgetauchten Befürchtungen bezüglich des Bündnisses mit der Justipartei; wichtiger als all diese Fragen ist, was wir tun sollen, damit wir im Wahlrechtskampfe siegen. Die politische Lage zeigt, daß die fast gestürzte Regierung und die feudale, wahlrechtsfeindliche Interessengruppe in ihrer größten Verzweiflung selbst das letzte versuchen werde. Ich glaube, daß, bevor diese Woche zu Ende geht, im ungarischen Parlament der erbitterteste und heftigste Kampf ausbrechen wird, damit die Obstruktion gewaltsam niedergeworfen werde. Es steht ganz außer Frage, daß die große Angst, welche als Folge der Regierungskrise die Herren ergriß, das mit dem Gedanken der Gewaltanwendung verbundene va banque-Spiel, das von den kroatischen Ereignissen und dem kroatischen Absolutismus eine starke Stütze und Aufmunterung erhielt, die allgemeine Unsicherheit, die in der ganzen Politik bis hinauf zu den mächtigsten Faktoren Platz griff, diese Herren dazu bringen wird, daß, nachdem sie mit der gewaltsamen Gewalt ihre Ziele nicht durchsetzen können, es zur offenen Gewalt, zum Verfassungsbruch kommen werde. Wir müssen uns auf diese Ereignisse vorbereiten. Man wird die Obstruktion drin im Parlament und die Arbeiterbewegung und die Organisationen im Lande mit vereinter Kraft angreifen. Die Suspension der Organisation der Wärdereiarbeiter ist schon eine kleine Stoffprobe davon. Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist es, zu erklären, daß in dem Moment, wo im Parlament die Gewalt, die Abschaffung der Gesetze Platz greifen will, wir im ganzen Lande überall dort, wo wir dazu imstande sind, aufzutreten werden, daß man die Gesetze nicht einhält. (Vanganzhaltende Eisenrufe!)

Die Gewalt hat in jedem Lande Gewalt zur Folge. Auf die Gewalt der Gegenrevolution ist revolutionäre Gewalt die Antwort. Die zweite Möglichkeit, mit der wir rechnen müssen, ist die, daß diese Herren vielleicht doch zurückschrecken, den Akt, auf welchem sie sitzen, unter sich abzulegen. Und ich glaube, daß diese unsere Demonstration, wenn wir sie dem Volke kundgeben und dort Widerhall finden, eine große, erzieherische Kraft haben wird; man wird vor der Anwendung der Gewalt zurückschrecken. Unsere Pflicht ist in dieser Lage auszusprechen, daß die Partei mit ihrer ganzen Kraft im Wahlrechtskampfe diejenigen Abgeordneten, die für das Wahlrecht und gegen die Wehrvorlagen bisher ehrlich kämpften, schützen wird.

Der Umstand, daß diejenigen Abgeordneten der Justipartei, die für das allgemeine Wahlrecht eintreten, in den Städten gewählt wurden, was auch wir genug Kraft haben und wo Klassenbewußte Arbeiter leben, macht es möglich, daß unsere Agitation auf jeden Fall so viel erreicht, daß die Reaktion in diesen Städten nicht erreichen kann.

Folgende Resolution zur Wahlrechtsfrage wurde den Parteigenossen vorgelegt:

„Der am 8. April 1912 in Budapest tagende Parteitag der ungarischen sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß sich die von dem letzten Parteitage abgeleitete Taktik des Kampfes gegen die Wehrrform und für das allgemeine Wahlrecht als erfolgreich erwies, denn mit ihrer Hilfe haben wir verhindert, daß die die materiellen Kräfte des Volkes belastenden Wehrvorlagen Gesetz werden. Es ist uns gelungen, das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht mit gemeinsamer Abstimmung zur Abstimmung zu bringen, unmittelbar zu verwirklichenden Frage des politischen Lebens zu machen. Um die Wehrvorlagen ganz zu verdrängen und damit die Gesehtveränderung des allgemeinen Wahlrechtes erfolge, ist es nötig, daß die Obstruktion im Abgeordnetenhaus und die Bewegung der Massen im Lande in noch höherem Maße als bisher und mit stärkeren Waffen fortgesetzt werde. Der Parteitag versichert der gegen die Wehrvorlagen und für das allgemeine Wahlrecht geführten Obstruktion die Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse und stellt diese Obstruktion unter den Schutz der Kraft der Massen. Sollten

aber die Wahlrechtsfrage zu den Mitteln der Auflösung des Abgeordnetenhauses greifen, um so mit dem Terror des Geldes, des Schnapies und des Bajonettes die Kampftruppe des Wahlrechtes im Parlament niederzuringen, so wird die sozialdemokratische Partei gegen den Terror mit terroristischen Waffen kämpfen und außerdem mit allen zur Verfügung stehenden agitatorischen Kräften dahin wirken, daß nur solche Abgeordnete siegreich aus den Wahlen hervorgehen, die den Kampf gegen die Wehrvorlagen und für das allgemeine, gleiche, geheime und gemeindefreie Wahlrecht auszuüben und mit ihrer ganzen Kraft zu unterstützen geneigt sind.“

Die Resolution wurde vom Parteitage unverändert einstimmig angenommen. (Stürmische Eisenrufe, minutenlanges Applaus.)

4. Punkt der Tagesordnung: Agitation und Presse. Der Referent Genosse Jakob Wellner wies auf die wichtigsten Gesichtspunkte, die bei den Parteioptionen und der Agitation maßgebend sein müssen, hin. Das Beispiel der ausländischen Parteien trifft für unsere Verhältnisse vielfach nicht zu, denn diese Länder, die in Betracht kommen, so Deutschland und Oesterreich, sind wirtschaftlich weit fortgeschrittener als Ungarn und die industrielle Arbeiterklasse spielt eine viel größere Rolle als bei uns. Er wies auf die Umstände hin, die die Organisation der Bergarbeiter unmöglich machen, und darauf, daß in Ungarn 82 000 Arbeiter außerhalb der Gesetze stehen. In der gewerkschaftlichen Bewegung können wir interessante Symptome beobachten. Der größte Teil der organisierten Arbeiter kommt aus den Klein- und Mittelbetrieben, während in den großen industriellen Betrieben die Organisation der Arbeiterklasse auf große Schwierigkeiten stößt. Wir dürfen also bei der Frage der politischen Organisation nicht die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Organisation außer acht lassen. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter muß auch mit größerem Eifer als bisher betrieben werden. Fast einen ständigen Punkt unserer Parteitage bildet die Frage der Organisation der Landarbeiter. Stets werden Vordarfe und Klagen erhoben, daß die Landarbeiterbewegung vernachlässigt wird, obwohl wir unsere Pflicht erfüllen. Der Fehler ist aber weder bei der Parteileitung noch bei der Leitung der Landarbeiterorganisation zu suchen. Die Landarbeiter sind heute noch nicht in der Lage, für die Organisation größere materielle Opfer zu bringen. Wir benötigen 100 Agitatoren, 100 000 Flugblätter, damit wir die ganze Landarbeiterschaft Ungarns organisieren können. Die elende Lage der Landarbeiterschaft macht es unmöglich, daß sie regelmäßig die wöchentlichen Beiträge bezahle. Die Landarbeiterschaft muß in anderer Weise in die politische Bewegung einbezogen werden, und ich glaube, dies wird nur durch die Massenbewegung möglich, wenn wir die Landarbeiter für unsere Volksversammlungen und Demonstrationen gewinnen könnten. Auch der Mangel geeigneter Kräfte macht sich stark fühlbar. Die Frage der Organisation der Arbeiterinnen wurde auch besprochen; es ist leider wahr, daß die Arbeiterinnenbewegung hauptsächlich deshalb keine größeren Erfolge aufweisen kann, weil die Gewerkschaften sehr indolent gegen diese Bewegung sind. Die Schwäche der Parteioptionen liegt darin, daß man sich zu wenig um sie kümmert seitens der Gewerkschaften. Wird dies in Zukunft anders werden, so werden auch die Parteioptionen erstarken. Referent weist auf die drei Anträge hin, die die Aufstellung von Parteisekretariaten fordern. Sowohl der Umstand, daß es an geeigneten Kräften mangelt, als auch der Mangel an Geld, macht es unmöglich, die Anträge vorläufig zu verwirklichen. Sobald dies möglich wird, wird die Parteileitung ihre Pflicht tun. Ueber die Presse und den Unterricht in der Partei referierte Genosse Ernst Szaranyi. Es schloß sich daran eine sehr ausgedehnte Debatte.

Den Bericht der Agrarprogramm-Kommission erstattete Alexander Eszmadia. Im Verlaufe seines Referats wies er auf das erneute Erstarken des Landarbeiterverbandes hin auf die Umstände, die dies verursachten. Die Agrarprogramm-Kommission hatte große Arbeit zu leisten, eine ganze Anzahl von Berichten mußten präpariert werden und eine sehr tiefgehende Debatte wurde über einzelne Punkte gehalten. Das Komitee hat Genossen Kogoln damit betraut, er möge die auf die ausländischen Verbände bezughabenden Daten sammeln, was viel Zeit kostete. Damals war es dem Komitee schon klar, daß es nicht möglich sei, ein Programm für diesen Parteitag fertigzustellen, aber es konnte mit Genugtuung festgestellt, daß zur Fertigstellung eines Programms soviel Material gesammelt war, wie man nicht einmal in fünfzehn Jahren sammeln kann. Aber auch einen anderen Erfolg hatte diese Arbeit, verschiedene Richtlinien und Leitfäden bezüglich des Programms sind geklärt, die Meinungen der einzelnen Mitglieder des Komitees stehen sich nun viel näher als vorher.

Nach Erledigung verschiedener Anträge wurde der Parteitag unter begeistert aufgenommenem Hinweis auf die kommenden Kämpfe geschlossen.

18. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Leiden, 8. April.

Zu Anfang des zweiten Sitzungstages teilt der Vorsitzende Genosse W. S. Biegen, mit, daß nur 197 (von den 253) Parteiateilnehmern vertreten sind, und zwar durch 223 Abgeordnete, so daß also ein Fünftel der Abteilungen fehlen, was er als einen Mißbrauch qualifiziert, der nicht weiter um sich greifen dürfe.

Beschlossen wird, nunmehr zuerst das neue Parteiprogramm, die Reduktion von „Het Volk“ und die Wahlrechtsaktion in Behandlung zu nehmen.

Das Referat über das

neue Programm

hält Genosse P. J. Troelstra. Aus seiner mehr als zweistündigen Rede heben wir folgendes hervor: Das Mutterprogramm des holländischen sei das Erfurter. Aus der Abänderung des ersten dürfte man aber weder außerhalb noch innerhalb Deutschlands ableiten, daß es der deutschen Partei als ein Verstoß anzurechnen sei, daß sie noch nicht zur Abänderung ihres Programms geschritten sei. Heute das holländische Programm wie das deutsche, dann hätte mancher aus der hiesigen Partei Bemerkungen darauf zu machen; aber dann hätte man auch hier ein so starkes Bedürfnis zur Abänderung nicht gehabt, während sich jetzt die seinerzeit dazu ernannte Kommission einstimmig für die Abänderung ausgesprochen habe. — Das bestehende holländische Programm sei in bezug auf die Katastrophen, die Verelendungstheorie und den Landbau paragrafen viel mehr ansehbar als das deutsche. In ersterem werde gesprochen von „die Richtbefehle, deren Armut zu nimmt mit ihrer wachsenden Anzahl“, von „zunehmender Arbeitslosigkeit“, von „schneller Aufeinanderfolge der Krisen“. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt.

Das bestehende holländische Programm sei in bezug auf die Katastrophen, die Verelendungstheorie und den Landbau paragrafen viel mehr ansehbar als das deutsche. In ersterem werde gesprochen von „die Richtbefehle, deren Armut zu nimmt mit ihrer wachsenden Anzahl“, von „zunehmender Arbeitslosigkeit“, von „schneller Aufeinanderfolge der Krisen“. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt. Dies alles werde nicht als Tendenz, sondern als Tatsache hingestellt. So habe man so deutlich in dem Entwurf ausgesprochen, daß das Programm ein dynamisches sei, das einem statischen gegenüberstehe. So aufgefaßt, komme man zu der Frage, was die Arbeiterklasse durch ihren Widerstand erreichen kann; erwerbe der Kampf der Arbeiterklasse auch seinerseits wieder nicht neue Gegenwehr der Bourgeoisie, wodurch die ökonomische Tendenz zur Wiederdrückung auf politischem Gebiete verschärft wird, und schließlich, was ist der Einfluß des Klassenkampfes auf die Arbeiterklasse selbst? Hierüber spreche das gegenwärtige Programm fast nicht. Redner skizziert den Werdegang des Klassenkampfes, wie dieser aus einem anfänglich negativen Kampfe zum offensiven geworden sei, aus dem Kampfe gegen den Kapitalismus ein solcher für den Sozialismus. Hiermit gebe eine Veränderung des Lebens des Proletariats selbst gepaart, nicht so sehr noch in materieller Hinsicht, sondern in seiner Psyche, in seinem Geiste, seinem Willen und seinem Können. Aus der Klasse der Elenden ist sie die große Macht der Gestaltung geworden. Es sei also bei Abänderung des Programms die Frage gewesen, ob die Veränderung der Psyche der Arbeiterklasse nicht wenigstens ebenso belangreich sei, wie im Programm umschrieben zu werden, als die der Psyche zugrunde liegenden ökonomischen Veränderungen. Das bestehende Programm stelle es so vor, als ob die ökonomische Entwicklung selbst den Sozialismus bringe und das vereinte Proletariat dies nur fördern könne. Das Erfurter Programm sage dies viel besser. Es sei doch nicht die ökonomische Entwicklung allein, die den Sozialismus bringe, sondern der bewußte Wille des Proletariats. Ohne diesen Willen könne man sich denken, daß diese Entwicklung zu einem modernen großkapitalistischen Feudalismus leite. Geschehe dies nicht, sei dies unmöglich, dann komme der Sozialismus durch den Willen des Proletariats. In dieser Hinsicht sei das jetzige Programm unvollständig. — Die große Weisheit der Programmkommission habe gemeint, diesen Punkt im Programm ausarbeiten zu müssen. In

Kleines feuilleton.

Ein moderner Caspist am Jarenhofe. Erst vor kurzem ist wieder ein Spiritist, der sich beim Jaren der größten Weisheit erfreute, verbannt worden und bei dieser Standalaffäre wurde ein Strafen von jenem Schleier gelüftet, der über die Geheimnisse des russischen Hoflebens gebreitet ist. Weitere Aufklärungen gibt die frühere Hofdame der Jarin, Gräfin Wera Branitskaja, die im „American Magazine“ die Laufbahn eines der einflussreichsten Günstlinge des Jaren, des Spiritisten Kaspar Schapiro, schildert. Wie die Jarin selbst der Gräfin erzählte, ist der russische Monarch ein Anhänger des Spiritismus und einer mythischen Religiosität. Dieser Glaube an Geister, deren Willen sich der Sternliche fügen muß, gibt nun allerlei Charakteren die Macht, den Willen des Jaren zu beeinflussen. Französische Spiritisten vom Pariser Boulevard, Fremden aus den sibirischen Steppen, verzauberte Schönheitsfeger und mit mythischen Kräften begabte Hüneraugenoperateure haben so der Reihe nach Denken und Handeln des Jaren bestimmt; keine aber hat eine größere Machtstellung befreiten, als Kaspar Schapiro. Dieser moderne Caspist war ein Mann von guten Manieren und geschmeidigem Benehmen, der spiritistische Kenntnisse besaß. Wie diese Charaktere überhaupt häufig durch die Freundin eines Großfürsten oder den Günstling einer Großfürstin an den Hof kommen, so verdankte auch Schapiro den Zutritt zu den erlauchtesten Kreisen einer Freundin des Großfürsten Alexis. Großfürst Alexis suchte seit langem nach einem Okultisten, durch den er einen Einfluß auf den Jaren ausüben könnte, und glaubte in Schapiro den rechten Mann gefunden zu haben. Um auf den Jaren größeren Eindruck zu machen, ließ er ein kleines Buch drucken, das von Schapiro verfaßt sein sollte, jedoch nur aus einer französischen Spiritistenzeitung übersetzt war. Der Jor veranstaltete daraufhin eine Sitzung, bei der außer Schapiro nur der Großfürst anwesend war. Gedankenlesen, Tischreden und das Nittieren von Weibern spielten dabei die Hauptrolle. Der Jor war nun von der spiritistischen Macht Schapiros überzeugt und gab sich seinem Einfluß ganz hin, durch den Schapiro nach den Schilderungen der Gräfin zu einem mächtigen Diktator hinter den Kulissen geworden sein soll. Mit dem Erscheinen des „Professors“ am Hofe wurde Großfürst Alexis zum Marineminister ernannt und erhielt unbeschränkte Macht über die Flotte. Die „Geister“ befehlen durch Schapiros Vermittlung dem Jaren, nur auf seinen Befehl zu hören. Die Entlassung des Betrügers ging schließlich von dem Großfürsten Wladimir aus, der entdeckte, daß Schapiro in einer Villa bei Petersburg mit zwei Frauen lebte. Der moderne Caspist verschwand dann rasch mit seinen zwei Freundinnen und — mit mehr als einer Million Rubel.

Ein Besuch beim Turm zu Babel. „Den großen Siegelhaufen“ nennen die Engländer ein wenig verächtlich die Säule des alten Babylon, die durch die deutschen Ausgrabungen wichtige Aufschlüsse

über die Anfänge der alten Geschichte und geliefert hat. Eine Würdigung dieser Leistung deutscher Wissenschaft gibt der englische Schriftsteller Percival Landon im „Daily Telegraph“. „Babylon — so schreibt er — stellt große Anforderungen an die Einbildungskraft, denn Geschlecht auf Geschlecht hat die Natur in ihrem Verhörungsweird unterstützt, um die gigantischen Paläste und Tempel Nebuladnegars dem Erdboden gleichzumachen. Jahrhundertlang hat Babylon als der große Steinbruch gedient, aus dem sich die umwohnenden Völker ihr Baumaterial holten. Hauptsächlich aber hat Babylon sich selbst zugebaut. Stadt auf Stadt wurde auf derselben Stelle erbaut. An einer Stelle muß man z. B. 75 Fuß tief hinuntergehen, bevor man auf dem Boden von Nebuladnegars Tempel steht. Babylon ist vielleicht die älteste sicher bekannte Stadt der mesopotamischen Herrschaft, und selbst wenn das Grundwasser erreicht ist und Grabungen unmöglich werden, kann man noch mit der Hand Täfelchen aus dem Wasser fischen, die aus den Tagen Hamurabis stammen, jenes Gesetzgebers, der Geschichte schrieb, die der Verfasser der Genesis viel später übernahm und Geboie gab, die Moses unverändert in seinem berühmteren Delog aufnahm.“

Landon gibt eine lebendige Schilderung jenes Baues, den er den Turm von Babel nennt. Dieser berühmte Turm in der Nähe des Nebul-Tempels ist das himmeltragende Symbol dieses heiligen, vom Rauber uralter Vergangenheit umwobenen Ortes. „Mieshaft, düster, weithin sichtbar auf 25 oder 30 Meilen in der Runde, mühte dieses Bauwerk die natürliche Primat von Legenden und Sagen an 10 Jahrhunderten werden. Man kann sich wohl vorstellen, daß seine hilflose Ruine — denn es wurde zerstört, lange bevor Nebuladnegar einen neuen Turm baute — als der sichtbarste Beweis von Gottes Horn gegen das Heidentum trüb und drohend in die Luft zu ragen schien. Wenn man die Leberlieferung Mesopotamiens beachtet, so darf man die ersten Arbeiten an diesem Turm wohl in die früheste Zeit menschlicher Zivilisation verlegen. Man ist unterhalb des von Nebuladnegar aufgeführten Turmes auf ein viel älteres Bauwerk gestoßen und die so freigelegten Fundamente können mit ziemlicher Sicherheit als Teile seines Gebäudes betrachtet werden, an das nach dem Verfall der Genesis die wunderbare Geschichte vom Turm zu Babel geknüpft ist. Es ist beachtenswert, daß Nebuladnegar in seinem Bericht über die Wiederherstellung des Turmes fast wörtlich den biblischen Text wiederholt, der sich auf die geplante Höhe des Bauwerkes bezieht. Jede Seite des vieredigen Fundamentes aus sonnengedrohten Ziegeln ist noch jetzt etwa 185 Fuß lang und die ganze Basis, die der Turm Nebuladnegars einnahm, läßt sich als doppelt so groß feststellen. Dieser Turm Nebuladnegars wurde auf Befehl Alexanders abgetragen, der an dieser Stelle ein noch größeres Architekturdenkmal aus Gedächtnis an seine Taten aufzurichten wollte. Aber Alexander kam nur nach Babylon, um zu sterben; sein Gedächtnisdenkmal ward nicht erbaut, und so ist die Stätte wüst und leer geblieben bis auf den heutigen Tag.“

Humor und Satire.

Die gute Tante.

Man kann der Charge selbst nichts tun — sie ist immun.

Man hat sich weder ausgepöbelt: „Eibredner — Bügner!“ — ja, der kann's! nie kommt es, daß man ihn verpöbelt dies Vorbild jedes tapfern Manns. Doch Gottseibei! noch ist ja da Justitia.

In ihre weiten Kleiderfalten kriecht unser Kleiner und er weint. Stets fand er Trost bei dieser Aker, sie schenkt ihm Jucker, wenn er greint. „Dein Köschen läuft, dein Aug ist naß? mer tat dir was?“ —

Die Tante hört den Knaben plappern von einem bösen roten Mann, sie hört das große Mundwerk klappern und sieht sich die Bescherung an. Die Tante ruft den Mann herein und speert ihn ein.

Sie ist so treu, die Anbertwante, er kommandiert, die Gute tut's... Wär sie dagegen nicht die Tante und nicht so sanft und milden Mutz, sie hieb dem Knaben ohne Groß den Hintern voll. — Aurt.

Notizen.

— Theaterchronik. In beiden Schiller-Theatern findet jetzt die Erneuerung der Abonnements und die Ausgabe neuer Abonnementshefte statt. Die Hefte sind unpersönlich und enthalten 5 Eintrittskarten für einen beliebigen Wochentag in vierzehntägigem Turnus.

— Die „Wia“ in den Ausstellungshallen am Zoo schließt am nächsten Sonntag. Der Sonnabend wird nicht, wie beabsichtigt, als Elitetag gerednet.

— Schachnachrichten. Am 7. April wurde in einer Delegiertenversammlung zu Nürnberg die Gründung des Allgemeinen Arbeiter-Schachbundes vom 1. Juli 1912 ab beschlossen. Sitz des Bundes ist Berlin, Vorsitzender Robert Dohlschläger. Von der Aufnahme ausgeschlossen sind Vereine und Personen, die den Zielen und Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung feindselig gegenüberstehen. Der Vorstand muß aus gewerkschaftlich und politisch organisierten Personen bestehen.

Voraus aber protestiert Redner schon gegen alle, die hierin eine Abweichung vom Marxismus zu sehen meinen. Aus diesen Gründen habe auch der Aufbau des Programms verändert werden müssen, dessen Gedanken Redner dann ausführlich auseinandersetzt. Zum Schluß teilt er mit, daß die ganze Kommission (die aus Genossen der reformistischen und der in der S. D. A. P. verbliebenen marxistischen Richtung zusammengesetzt war) die Grundzüge des Programms von Herzen unterschreibt. Es seien wohl verschiedene Ansichten zutage getreten, besonders über die „Verordnung“, aber man sei sich doch einig geworden über die Formulierung. Soweit ihr die eingereichten Amendments zum ursprünglichen Entwurf gut schienen, hat sie dieselben übernommen.

Genosse van der Goea (Mitglied des Parteivorstandes) hebt die Ansichten der Parteiminderheit, d. h. der marxistischen Strömung innerhalb derselben, auseinander. Er führte aus, daß das Programm tatsächlich den Namen eines Einheitsprogramms verdiene. Die „marxistische Strömung“ innerhalb der Partei erachte den Entwurf für annehmbar. Das Programm nenne den Kapitalismus als völlig unannehmbar für das Proletariat. Das einzige, wovon daselbe etwas erwarten könne, sei sein Widerstand. Ferner, daß der Kapitalismus nicht langsam zum Sozialismus hinüberwächst. Hätte etwas anderes im Entwurf gestanden, so wäre das Programm für verschiedene Mitglieder der Kommission — viele leicht selbst für alle — unannehmbar gewesen, gewiß aber für Genossen Trotski. Das Programm müsse anweisen, nicht daß alle Verbesserungen im Kapitalismus unmöglich, oder von geringem Werte seien, wohl aber: Wollt ihr Verbesserungen, so müssen die Arbeiter sich auf ihren eigenen Widerstand verlassen. Und hierin befriedige das Programm.

Kongreß der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 9. April. (Eigenbericht.) Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages beschäftigte sich der Kongreß noch mit der Statutenrevision bezüglich des Artikels über die Zusammensetzung und die Wahl des Bureau des Generalkrats. Nach dem früheren Modus wurden die neun Mitglieder des Bureau, inklusive des Sekretärs, jährlich auf dem Kongreß gewählt. Die vom vorigen Kongreß ernannte Kommission unterbreitete folgenden Vorschlag: Das Bureau des Generalkrats setzt sich zusammen: aus acht auf dem Kongreß zu wählenden Mitgliedern, aus zwei Delegierten der Gewerkschaftskommission und zwei Delegierten der Föderation der Genossenschaften. Der Sekretär wird vom Generalkrat ernannt. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Abgelehnt wurde der Kommissionsvorschlag, die Zahl der Deputierten im Bureau auf sechs zu beschränken.

Zweiter Verhandlungstag.

Es wird mehrfach, darunter auch von Vandervelde Klage darüber geführt, daß bei verschiedenen wichtigen Abstimmungen in der Kammer ein Teil der Arbeiterdeputierten gefehlt hat. Nach längerer Debatte stimmt der Kongreß für eine Tagesordnung, die dem Generalkrat Mahregeln an die Hand gibt, um in Zukunft gegen die Deputierten, die ihren Pflichten in diesem Betracht nicht nachkommen, vorzugehen. — Der Bericht über die

Genossenschaften

gibt Anlaß zu einer Debatte über die Produktivgenossenschaften. Da die Zeit knapp ist und noch etliche Punkte zu erledigen sind, wird das Kapitel der Konsum- und Produktivgenossenschaftsfragen, nachdem einige Redner dazu gesprochen, auf einen nächsten Kongreß vertagt, der sich speziell mit dem Gegenstande befassen soll. — Der Bericht der

Gewerkschaftskommission

wird nicht diskutiert, da der am 28. April stattfindende außerordentliche Gewerkschaftskongreß sich ausschließlich mit der Materie beschäftigen wird. — Zum Bericht über die

Jugendorganisationen

wird eine Tagesordnung angenommen, die auf die Bildung einer Kommission abzielt, um durch eine den neuen Verhältnissen entsprechende Methode die Jugendbewegung zu unterstützen, insbesondere auch um Mittel aufzufinden, die der forumpierenden Sportwelt der jungen Arbeiter einen Damm zu setzen. Ein Antrag, der die sozialistischen Gemeinderäte auffordert, in ihren Kommunen für erhöhte Löhne für die Nachfahren einzutreten, wird der Föderation der sozialistischen Gemeinderäte zugewiesen.

Es erfolgt die Diskussion über den Bericht der

Bildungszentrale,

über deren Tätigkeit deren Sekretär, Genosse De Man, ein instruktives Werkchen zusammengestellt hat, über das an anderer Stelle noch ausführlicher gesprochen werden soll.

In der Diskussion kommt neben mancherlei Anregungen von allen Seiten die Befriedigung über Gründung und Wachen der Bildungszentrale zum Ausdruck.

Vandervelde lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die finanzielle Seite der Bildungszentrale. Er erinnert daran, daß die finanzielle Fundierung des neuen Parteiorganismus durch zwei Spenden im Gesamtbetrag von 95 000 Fr. zustande gekommen ist. Die Zentrale hat bisher für ihre Zwecke 20 000 Fr. verbraucht. Eine neuerliche Schenkung Solbays (eines der früheren Spender) im Betrag von 25 000 Fr. hat das Kapital allerdings wieder auf 100 000 Fr. erhöht. In dem Maße, wie die Bildungszentrale für die Zukunft darauf bedacht sein, Einkünfte zu schaffen, um wenigstens für die Hälfte der Jahresausgaben eine Deckung zu haben. Sache der großen Organisationen ist es, die Mittel zu liefern. Der Redner zollt der Tätigkeit des Sekretärs besondere Anerkennung. Dieser und Genosse De Brouckere haben in ihren Kursen jeder an hundert Lektionen gegeben.

Es werden dann noch von einigen Rednern Klagen darüber geführt, daß in den dramatischen Veranstaltungen der sozialistischen „Raïsons du Peuple“ oft unsozialistische, wenn nicht sogar antisozialistische Literatur geplatzt wird. Desgleichen wird Kritik an den kinematographischen Vorstellungen in den Volkshäusern geübt. Statt der sozialistischen Bildung zu dienen, würde der Arbeiterbewegung oft schlimmste Sensation geboten.

De Man erklärt, daß die Bildungszentrale der Angelegenheit bereits ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe. Es werde von ihr die Beschaffung von Filmen, die der sozialistischen Ausbildung dienen sollen, in Erwägung gezogen. Die Vorträge De Brouckere und Van der Goea über die Gewerkschaftsbewegung, bezw. soziale Delinquenz an der sozialistischen Schule werden im Druck erscheinen. Der Kongreß bestimmt auch, daß der Bericht der Bildungszentrale in der sozialistischen Sammlung „Germinal“ erscheint.

Statutenrevision.

Ueber die von der Kommission vorgelegten Abänderungsvorschläge kommt es zu keiner Entscheidung, da die vorgerückte Zeit eine gründliche Beratung nicht mehr ermöglicht. andererseits aber auch verlangt wird, daß den Föderationen Zeit gegeben werde, die schwierige Frage der Revision eingehender zu behandeln. Nachdem die Berichterstatter die verschiedenen Gesichtspunkte für die Kommissionsvorschläge verteidigt hatten, wird die Statutenrevision nach kurzer Diskussion zurückgestellt. Eine neue Kommission wird einem nächsten Kongreß das Material unterbreiten. Ueber dieses soll dann feinerzeit noch gesprochen werden.

Auch beim letzten Punkte der Tagesordnung Beziehungen zwischen den Genossenschaften und Gewerkschaften

spricht sich der Kongreß für die Vertagung aus. In das Bureau des Generalkrats wurden gewählt: De Brouckere, die Deputierten Vandervelde, Banters, Delporte, Debanne, Verbrand, Waes und Senator Defeu (Redakteur des „Peuple“). De Brouckere schließt den Kongreß mit den Worten: Auf zum Wahlkampf! Möge er das Ende der Herrschaft der Herrschaft und der sozialistischen Fraktion eine Verstärkung bringen.

Die Aiyllistenvergiftungen vor Gericht.

Nach Aufruf der Zeugen entläßt der Vorsitzende Landgerichtsrat Verboven einen Teil derselben bis Mittwoch. Vom Montag ab wird die Verhandlung nach dem Schwurgerichtssaal des Landgerichts II im neuen Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße verlegt.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer zeigt an, daß er als Sachverständiger den Universitätsprofessor Geh. Oberregierungsrat und vortretenden Rat im Reichschatam von Buchta geladen habe und zu vernehmen bitte darüber, wie die Anwesenheit von Methyloalkohol durch Reaktion festzustellen ist, wie Methyloalkohol als Gift anzusprechen ist und in den maßgebenden Kreisen angesprochen wird, ferner darüber, wie Aether, insbesondere wenn er in Oelen enthalten ist, giftig wirkt und wie solche Oele zur Schnapsfabrikation verwendet werden, endlich, wie Alkohol durch Oxydation verändert wird.

Rechtsanwalt Dr. Jaffé stellt folgenden Antrag: 1. den Chemiker V. Jost in Duisburg, Inhaber eines Instituts von Königeneinrichtungen und chemischen Geräten aller Art als Zeugen und Sachverständigen zu laden. Dieser werde bekunden, daß er zehn Jahre lang Leiter einer Holzdestillation war, die er erbaut hatte, und daß eine Reihe von Jahren hindurch seine ganze Produktion an rohem Holzgeist der Methyloalkohol- und Genußweiden nach England ging. Eine der größten Düsseldorf Weingroßfirmen halte seine Anlage dann aufgekauft und gab auch ihm gegenüber den Verwendungszweck des Methyloalkohols zu Genußweiden ohne weiteres zu. Es ist damals vor der Verwendung der Methyloalkohol stets nur auf seinen Rauchgeschmack, englisch „smoky“ durch Verreiben einiger Tropfen in der Hand geprüft und als Methyloalkohol festgestellt worden. Es ist niemals trotz der zahlreichen Massenerlieferungen irgendwo auch nur das geringste über eine schädliche Wirkung laut geworden. Es wird bemerkt, daß Herr Jost für die Gerichte in Duisburg als Sachverständiger tätig ist, ein Jahr lang mit dem Leiter des dortigen städtischen Untersuchungsamtes assoziiert war und auch bereits mit Herrn Dr. Jeserich gemeinschaftlich als Gutachter tätig gewesen ist; 2. familiäre im Reichsamt des Innern ausliegenden Vorkläufe einzufordern und aus diesen festzustellen, in welchen Ländern, insbesondere auch in den englischen Kolonien, Methyloalkohol allgemein als Spirituose und trinkbar gilt. Insbesondere überreicht der Verteidiger die Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, zusammengestellt im Reichsamt des Innern, und zwar die Nr. 38 vom 2. April 1912, aus der hervorgeht, daß für Trinidad und Tobago Vorkläufe eingetretet sind, in denen Methyloalkohol ausdrücklich als „Spirituose und durch Reinigen trinkbar gemacht“ bezeichnet ist. — Wenn, so meint der Verteidiger, in zahlreichen Gegenden Methyloalkohol als Genußmittel verwendet und auch als solches angesehen wird, ohne zu schaden, so sei damit die Grundlage der Anklage hinfällig geworden.

Alsdann wird die Beweisaufnahme fortgesetzt. Diese erstreckt sich zunächst auf die Frage, unter welchen Umständen der Angekl. Jaitrow den Methyloalkohol von Scharmach bezogen und an einige Schankwirte weiter verkauft hat. Es kommt in dieser Beziehung zu Differenzen zwischen Jaitrow und Scharmach. Letzterer behauptet, daß er Herrn Jaitrow gesagt habe, es handle sich um Spirit. „Erlay“, während Jaitrow dabei bleibt, daß ihm versichert worden sei, es handle sich um reinen Spirit. Diese Behauptung wird durch die Zeugin Schankwirtin Jänisch bekräftigt, welche bei der Unterredung zugegen war, als Scharmach dem Jaitrow billigeren Spirit anbot. Auch sie bleibt dabei, daß von Spiritus „Erlay“ nicht die Rede gewesen sei, sie hat auch in diesem Sinne feinerzeit Herrn Jaitrow eine von dessen Sohn niedergeschriebene eidesstattliche Versicherung abgegeben. Die Schankwirte, die von Jaitrow den Spirit bezogen, bekunden übereinstimmend, daß schädliche Folgen nach dem Genuß weder bei ihnen selbst noch bei ihren Gästen, die davon getrunken, sich nicht gezeigt haben. Praktisch ist die Befragung des Jungen Beau, der den Jaitrow in der Silberstraße besucht und mit ihm eine Bowle getrunken hat, die Jaitrow aus zwei Flaschen Rotwein, zwei Flaschen Rum und 2-3 Liter Scharmachschen Spirit getrankt hatte. Der Zeuge hat im Laufe mehrerer Stunden 12 Gläser Bowle, 12 Cognacs und 6 Liter getrunken und versichert, daß ihm die Sache sehr gut bekommen sei. Auch seiner Tochter, die von der Bowle mitgetrunken, habe der Genuß nichts geschadet.

Ein Gastwirt hat den Scharmachschen Spirit von dem Angekl. Mehen bezogen. Er hat davon 24 Tage lang Schnäpse aller Art ausgeschänkt und in dieser Zeit haben täglich etwa 100 Menschen solche Schnäpse getrunken. Der Zeuge hat nicht gehört, daß irgend einem Gaste Schaden dadurch zugefügt worden sei. Andererseits wird behauptet, daß doch auch eine Person, die zu den Gästen des Zeugen gehört hatte, angeblich an Methyloalkoholvergiftung gestorben sei. Dieser Fall ist aber noch ziemlich unauflöslich.

Rechtsanwalt Bredered verweist darauf, daß nunmehr folgendes feststehe: Bei diesem Zeugen haben mehrere Wochen hindurch etwa 2000-3000 Personen die Schnäpse getrunken und da nur ein einziger, noch dazu zweifelhafter Fall vorliegt, in welchem jemand, der vorher einen Rausch genossen und darauf von dem aus Scharmachschen Spirit hergestellten Schnaps getrunken, erkrankt und gestorben ist, so deutet dies darauf hin, daß der Schnaps an sich nicht die schädliche Wirkung hervorgerufen haben kann. Rechtsanwalt Bredered behauptet nochmals, daß erst durch Zutritt von Säuren eine Oxydation eintrete, die verhängnisvoll werde. Er kommt nochmals auf seinen früheren Antrag zurück, den Ingenieur Böschel zu vernehmen, der in dieser Beziehung überzeugende Versuche angestellt habe.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer erklärt bei der Erörterung anderer Fälle, daß er Gewicht darauf legen müsse, den in einem dieser Fälle interessierten, als Nebenkläger auftretenden Zeugen Lehmann zu hören. Dieser sei bisher nur durch Rechtsanwalt Bahn vertreten und es müsse festgestellt werden, ob dieser Lehmann noch immer unauffindbar ist. Der Vorsitzende erwidert, daß der Gerichtsbeschluss, wonach Lehmann als Nebenkläger zugelassen werde, diesem zugestellt werden sollte, aber zurückgekommen sei, weil Lehmann nicht zu ermitteln sei. Rechtsanwalt Dr. Werthauer erbittet die Vorlegung der Akten, woraus hervorgehe, daß er nicht zu ermitteln ist, ferner um erneute Befragung, ob er noch als Nebenkläger zugelassen sei. Rechtsanwalt Dr. Werthauer stellt die Erörterung dieser Fragen schließlich zurück, bis der augenblicklich nichtanwesende Rechtsanwalt Bahn zugegen ist.

Mehrere Zeugen, die für Mehen den von diesem bezogenen Spirit verteidigen haben, bekunden, daß es noch der Auskunft des Mehen 50prozentiger Spirit sein soll. Unter diesen Zeugen befindet sich auch der Bruder des Angekl. Mehen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Jaffé bestritt dieser, daß sein Bruder nach seiner ersten Freilassung aus der Haft jemals sich dahin geäußert habe, daß er an Fluß denke. Ebenso sei es eine nur von der Kriminalpolizei aufgetragene Behauptung, daß sein Vater gesagt haben soll, der Angekl. Mehen habe sich mit ihm überworfene. Sein Vater habe lediglich gesagt, der Sohn wohne schon lange nicht mehr bei ihm. — Rechtsanwalt Bredered: Nach der Anklage sind gegen den Angekl. Dahle zwei Belastungsgründe geltend gemacht worden: es wird behauptet 1. er hätte Nebenkläger hinsichtlich des Preises haben müssen und 2. hätte er an dem Geschma des Spirits erkennen müssen, daß es sich nicht um reinen Spirit handeln könne. Demgegenüber behauptet er, daß der Spirit, selbst von den erstklägenden Firmen geliefert, verpackt und schmeckt, so daß der Angekl. auch dem Geschma gar keinen Verdacht herleiten konnte. — Sachverständiger Arthur Wolff-Charlottenburg äußert sich eingehender zu dieser Frage. Was den Geschma betrifft, so soll eigentlich ein ganz reiner Spirit weder schmecken noch riechen; es komme dabei natürlich immer der Grad der Reinigung in Betracht. Die Firma Maßbaum ließe in dem Ruf, ganz reinen Spirit zu liefern, aber es wird doch auch anderweitig Spirit geliefert, der nicht so absolut rein ist. Was den Preis betrifft, so hätte der Angekl. Dahle allerdings annehmen müssen, daß der Spirit auf reelle Weise nicht erlangt sein konnte, aber es seien doch schon Fälle vorgekommen, wo auf Grund von Goldbestäubung Spirit zu billigen Preisen auf

den Markt geworfen worden ist. — Rechtsanwalt Bredered wiederholt den schon von Rechtsanwalt Dr. Werthauer gestellten Antrag auf Freigabe der Kautions für Dahle, da dieser nicht im mindesten belasteter erscheine wie Jaitrow. Hingewiesen sei doch auch auf die Tatsache, daß feinerzeit der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Mohr, durch dessen Margarine 150 Menschen gestorben waren, ohne Kautions auf freiem Fuß belassen und schließlich zu 500 M. Geldbuße verurteilt worden ist. — Rechtsanwalt Dr. Jaffé beantragt auch für den Angekl. Mehen die Haftentlassung, da durch die Beweisaufnahme doch festgestellt sei, daß ein Tatverdacht nicht vorliegt, ebensowenig ein Flußverdacht. Auch Lehmann sei in keiner Weise mehr belastet wie Jaitrow. Eventuell könnte ein Flußverdacht durch Stellung einer Kautions beseitigt werden. — Vors.: Ich möchte inzwischen einmal hören, welche von den entlassenen Zeugen etwa noch einmal geladen werden sollen. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Ich muß alle Zeugen noch einmal geladen haben, ebenso die Sachverständigen. — Rechtsanwalt Bredered: Auf alle Fälle wird doch der Nebenkläger noch einmal vorgeladen werden müssen. Vors.: Das wird ja schon alles geschehen. Wollen Sie mir, bitte, noch nicht immer alles vorzeichnen, was ich machen soll. Ich werde das ja schon alles im Auge behalten. — Rechtsanwalt Bredered: Dem Herrn Vorsitzenden etwas vorzuschreiben, steht mir nicht zu; ich stelle nur Anträge. — Staatsanwalt Dr. Gutjahr widerspricht jeder Haftentlassung. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Bei Dahle liegt doch nichts anderes vor, wie bei anderen Gastwirten, die hier als Zeugen aufgetreten sind. Nochmals muß auf den Fall des früheren Reichstagsabgeordneten Mohr hingewiesen werden. Der vorliegende Fall liegt durchaus ähnlich und deshalb ist die Haftentlassung auch hier gerechtfertigt. Was Scharmach betrifft, so wäre doch zu erwägen, daß er genau so wie Mohr von der Schädlichkeit des Stoffes, den er verwandte, keinerlei Kenntnis hatte und das Gericht sollte von Amts wegen prüfen, ob er nicht aus der Haft zu entlassen sei. Fliehen würde er auf keinen Fall. Von Amts wegen sollte auch das Gericht den Scharmach schämen gegen die gegen ihn ins Werk gesetzte Beschlagnahme seines Geldes; entsprechend einem Restrikt des Ministers vom Jahre 1885. Danach ist es undenkbar, daß jemand, der noch nicht verurteilt ist, schon im voraus als Kostenschuldner behandelt wird. Die Kammer muß von Amts wegen zu dieser Frage Stellung nehmen, weil Scharmach ein vitales Interesse daran hat, in den Besitz seines Geldes zu kommen. Scharmach hat, wie doch zweifellos ist, schlammstills nicht gewußt, daß der Methyloalkohol giftig ist, denn sonst würde er ihn nicht verwendet haben. Es läge also höchstens Fahrlässigkeit vor; die Untersuchungsfrist ist aber ein so schwerer Eingriff, daß er nur bei schweren Verbrechen gerechtfertigt erscheint. — Staatsanwalt Dr. Gutjahr: Bei Mohr lag die Sache doch etwas anders. Das Öl, welches Mohr für seine Margarine verwandte, war bis dahin noch unbekannt, der Methyloalkohol aber war wohl vom Standpunkt der Angekl. neu, aber aus der Literatur und aus Spezialfällen war schon bekannt, daß Methyloalkohol giftig sei. Es wäre daher Pflicht des Angekl. gewesen, sich darüber zu orientieren. Im übrigen ist nur ein Restrikt des Ministers aus dem Jahre 1885 nicht gegenwärtig. Wir besitzen aber selbst Verfügungen, die gestatten, in bestimmten Fällen Gelder zur Deckung von Kosten mit Beschlag zu belegen. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Die ganze Frage der Giftigkeit des Methyloalkohols und des Zusammenhanges der hier verhandelten Todesfälle mit dem Genuß von Methyloalkohol ist doch noch nicht genügend geklärt. Es können vielleicht noch einige Fälle vorgebracht werden, in denen sich das ganz gleiche Krankheitsbild gezeigt hat, ohne daß Methyloalkohol dabei in Frage stand. — Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Beratung die Haftentlassungsanträge ab, da die Sachlage durch die Beweisaufnahme in keiner Weise geändert worden sei. Was den Arrest des Geldes betrifft, so sei die Strafkammer nicht befugt, in irgendeiner Weise dabei einzugreifen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr verlegt.

Polizei ohne Glacéhandschuhe.

Polizisten fassen in der Regel nicht mit Glacéhandschuhen zu. Wer das etwa noch nicht gewußt hatte, der konnte es in einem Prozeß erfahren, den gestern das Amtsgericht Berlin-Schöneberg verhandelte. Ein zweifelslos sachkundiger Beurteiler war es, aus dessen Mund diese Charakterisierung der Polizei kam: der als Zeuge benannte Polizeipräsident von Schöneberg.

Angeklagt war ein Herr Hermann, der in Schöneberg gegenüber einem Kriminalschutzmann sich des Widerstandes und der Körperverletzung schuldig gemacht haben soll. Hermann hatte im Juni v. J. auf Bahnhof Oberspree einen Zug verpaßt und war darüber in Streit mit einem Schaffner und dem Vorsteher geraten, so daß der Vorsteher, als er den Bahnhof wieder verließ, einen anderen Schaffner nachschickte, um ihn feststellen zu lassen. Auf der Straße entfiel, weil H. den ihn verfolgenden Schaffner abwich, eine Anjammlung von Reueigenen, die in ihm nichts Beringeres als einen Bahnhofsräuber vermuteten und durch ihr lautes Hallo ihn in große Erregung versetzten. Nachdem der Lahnbeamte durch einen dazukommenden Kriminalschutzmann den Hebeläter von einem Straßenbahnwagen hatte herunterholen lassen, soll H. bei dem Transport zum Polizeipräsidenten dem Schutzmann, von dem er sich zu verb angefaßt fühlte, Widerstand geleistet und ihn gar vor die Brust geschlagen haben. Hinterher beschwerte H. sich beim Polizeipräsidenten in persönlicher Unterredung, aber das Ende vom Liede war, daß nicht, wie er gemeint hatte, gegen den Schutzmann eingeschritten wurde, sondern er selber auf die Anklagebank kam.

Zu der Verhandlung vor dem Amtsgericht war eine runde Wandel Zeugen aufgetreten worden. Der Angekl. behauptete, der Kriminalschutzmann habe sich nicht als solcher legitimiert, er dagegen habe sofort Legitimation angeboten und das später noch ein zweites Mal getan, sei aber dennoch fixiert worden. Die Beweiserhebung brachte gegen den Angekl. nicht viel Belastendes. Selbst der Kriminalschutzmann Rodig, der ihn von dem Straßenbahnwagen heruntergeholt und unter Mitwirkung eines zweiten Beamten fixiert hatte, konnte nur bekunden, H. habe sich gegen den Boden gestemmt, um die Wegführung zu hindern, und habe, unberücksichtigt, ihm (dem Zeugen) einen Schlag gegeben, der wohl nicht beabsichtigt gewesen sei. Rodig versicherte, er selber habe sich sofort legitimiert. Hermann aber habe die Legitimation zunächst verweigert und sie dann erst kurz vor dem Polizeipräsidenten plötzlich angeboten, doch habe man jetzt angesichts der zusammengeströmten Menschenmenge sich nicht mehr darauf einlassen können. Da H. bei seinem „Widerstand“ nicht besondere Gewalt angewendet habe, bekundeten auch andere Zeugen, die aus herkömmlichen Häusern zugehört hatten. Bei einigen dieser Zeugen ergab sich, daß sie vor Gericht nicht die schwereren belastenden Angaben bestätigten, die in dem Protokoll ihrer Vernehmung vor der Polizei zu lesen standen.

Das Beachtenswerte an der ganzen Verhandlung war die Aussage des Polizeipräsidenten Freiherrn v. Lüdinghausen, der sogleich zu Beginn der Beweiserhebung vernommen wurde. Er sollte dem Angekl. in jener Unterredung erklärt haben, daß die Polizeibeamten bei Feststellungen schroff auftreten und sich zu Gewalttätigkeiten hinreichend lassen. Die Vernehmung des Herrn Polizeipräsidenten machte einige Schwierigkeiten, weil ihm zunächst nur wenig noch erinnerlich war. Erst als dann der Verteidiger des Angekl. die Befragung dieses Zeugen fortsetzte, kam mehr heraus. Polizeipräsident v. Lüdinghausen bekundete, Hermann habe nach jener Ertüftung in einer überaus großen Erregung, wie er sie selten bei jemand gesehen, ihm vorgegetragen, was ihm passiert sei. Gefragt habe H. über zu harte Behandlung, und schließlich habe er den Kopf ausgezogen und „einen blauen Fleck oder so was“ gezeigt. — Verteidiger: Zeigte er nicht auch eine zerrissene Hose? — Zeuge: Das mag wohl sein, ich kann es aber nicht mehr genau sagen. — Verteidiger: Sie sollen ihm auch erklärt haben, daß Ihre Beamten, die meist vom Militär kämen, bei Feststellungen zu schroff vorgehen und sich zu Gewalttätig-

feiten hinreichend lassen. — Zeuge: Er tat mir Leid, darum suchte ich ihn zu beruhigen. Was ich im einzelnen gesagt habe, kann ich nicht mehr angeben. Aber derartige Sachen habe ich jedenfalls nicht gesagt, das ist vollkommen ausgeschlossen. Ich könnte höchstens einige Worte gesagt haben, um ihn zu beruhigen. — Verteidiger: Haben Sie nicht über Erfahrungen gesprochen, die Sie mit Beamten gemacht haben? — Zeuge: Ich weiß nicht, ob ich diese Frage beantworten soll. Da müßte ich erst die Genehmigung meiner vorgelegten Behörde nachsuchen. — Auf wiederholte Fragen des Verteidigers, was er denn gesagt habe, antwortete schließlich der Zeuge: In dieser allgemeinen Form habe ich mich auch nicht geäußert. Auf den Wortlaut besinne ich mich nicht mehr. Ich habe etwa gesagt: „Bereuen Sie sich mal als gebildeter Mann in einem solchen Beamten hinein, der eine Feststellung vornehmen sollte und nicht wußte, aus welchem Grunde. Er müßte annehmen, es handle sich um einen Verbrecher. Bereuen Sie sich mal in die Lage des Beamten hinein. Das Publikum verlangt doch von einem Beamten schneidiges Vorgehen!“ — Verteidiger: Schneidiges Vorgehen verlangt das Publikum? — Zeuge: Nun, es verlangt doch Schutz! — Erläuternd fügt Zeuge hinzu: Ich mag ihm gesagt haben, daß wenn ein Beamter zu scharf vorgeht, das nicht zu schlimm aufgefaßt werden dürfte, da ja auch er in gleicher Lage fordert, daß er geschützt wird. — Angeklagter: Ist dem Herrn Polizeipräsidenten bekannt, daß ich, abseits von seinem Pult sitzend, mir Notizen machte? Ich notierte mir seine Worte: „Es ist mir bekannt, daß die Beamten, die zumeist vom Militär kommen, bei Feststellungen gegenüber dem Publikum schroff vorgehen und sich zu Gewalttätigkeiten hinreichend lassen.“ Als Zeuge würde ich das auf meinen Eid nehmen. — Zeuge antwortet, er habe nicht bemerkt, daß H. Notizen machte. Ausgeschlossen sei, daß er von Gewalttätigkeiten gesprochen habe. Als ihm die Notizen überreicht werden, erklärt er mißbilligend: Es ist sehr merkwürdig, daß man auf solche Äußerungen festgelegt werden soll. — Er meint dann, das sei jedenfalls nicht wörtlich nachgeschrieben, und sagt schließlich: Ich weiß nur, daß ich von Militär gesprochen habe, etwa: Ein Mann, der vom Militär kommt, pflegt die Leute nicht mit Glacehandschuhen anzufassen. — Verteidiger: Haben Sie damals nicht zu einem Vergleich geraten? — Zeuge: Nein. Ich sagte etwa, er möchte sich beruhigen, wir werden die Sache schon in Ordnung bringen. — Angeklagter: Ist es richtig, daß ich Ihnen zwei Blende zeigte? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr so genau. Ich erinnere mich nur, daß ich Wahrnehmungen von einem sehr scharfen Zugriff machte, wie es bei Leuten ist, die vom Militär kommen. — Angeklagter: Hat der Herr Polizeipräsident nicht seinem Mißgefühl Ausdruck gegeben? — Zeuge: Ich hatte ja die Sache noch nicht geprüft, daher hatte ich noch keine Meinung. Ich wollte ihn als gebildeten Mann nur in freundlicher Weise beruhigen. — Angeklagter: Der Herr Polizeipräsident war ja schon durch den Kommissar Sandner informiert, der den Schuhmann Rodig vernommen hatte. — Zeuge: Allerdings, ich hatte zunächst Herrmann gehört, dann wurde Sandner raufgeführt, und dann sprach ich wieder mit Herrmann. — Zeuge schließt, er wolle nochmals die Behauptung zurück, daß er von Gewalttätigkeiten gesprochen habe.

Wegen den Angeklagten beantragte der Rechtsanwalt, der den Widerstand und auch die vorsätzliche Körperverletzung als erwiesen ansah, 150 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, beantragte Freisprechung. Die Absicht einer Körperverletzung sei durch Rodigs eigene Aussage widerlegt. Aber auch Widerstand liege nicht vor. H. habe nicht gewußt, daß Rodig, der sich nicht legitimiert habe, Kriminalschußmann war. Im übrigen seien die Beamten nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gewesen, da sie zunächst die angebotene Legitimation hätten annehmen müssen.

Das Gericht fällt das Urteil: Wegen Widerstand 50 M. Geldstrafe. H. habe gewußt, daß Rodig Kriminalschußmann war; denn er sei ihm ja zur Wade gefolgt. Sein Sträuben sei Widerstand, der Strafe verdiene.

Ueber das Verhalten der Polizei sagte die Urteilsbegründung nichts.

Jugendbewegung.

Der Sozialdemokratische Jugendverband Dänemarks, der am Gründonnerstag und Karfreitag zu Kopenhagen seinen Verbandstag abhielt, hat in den letzten Jahren außerordentlich stark Fortschritt gemacht, was schon daraus hervorgeht, daß nicht weniger als 125 Delegierte von 46 Verbandsabteilungen erschienen waren. Das Verbandsorgan „Fremad“ („Vorwärts“) erscheint jetzt in Auflagen von 6000 bis 7000 Exemplaren, und außerdem hat der Verband verschiedene Flugblätter und Broschüren herausgegeben, unter an-

derem auch eine Uebersetzung der bekannten Schrift unseres Genossen Axel Liebknecht. Die Verbandsmitglieder haben mit großem Eifer die Agitation für die Partei, für die Wahlen sowohl wie auch für die Parteipresse unterstützt. Zur Verbreitung von Aufklärung und Bildung besitzt der Verband auch eine Wanderbibliothek, aus der die Bücher auf Wunsch an die Ortsabteilungen im Lande verandt werden, die nicht in der Lage sind, sich aus eigenen Mitteln wertvolle Werke anzuschaffen. Diese Bibliothek ist in den letzten Jahren immer stärker benutzt worden, und demgemäß hat man auch dafür gesorgt, daß der Bücherbestand immer mehr vergrößert wurde.

Nach Erledigung des Vorstandsberichtes beschäftigte der Verbandstag sich mit dem Militarismus, wozu der Vorsitzende Harald Jensen den einleitenden Vortrag hielt. Es wurde dann eine Resolution angenommen, die die Forderung allgemeiner Abrüstung enthält. Ebenso wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, in der Lehrlingschutz und gründliche Beförderung in den Lehrverhältnissen gefordert wird. Eine weitere wichtige Frage war die des Jugendunterrichts, worüber Genosse A. M. Klausen referierte. Bei diesem Punkt wurden folgende Forderungen aufgestellt: Einführung des allgemeinen obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts und eines wirklichen Fachschulunterrichtes für alle in Industrie und Handwerk, im Handelsgewerbe wie in der Landwirtschaft beschäftigten Personen unter 18 Jahren, sowie Verlegung des bestehenden technischen Abendschulunterrichtes auf die Tagesstunden. — Der Kongress wurde mit Hochrufen auf den Sozialismus und mit dem Gesang des Sozialistenmarsches geschlossen.

Soziales.

Wie die A. E. O. Kranke Arbeiter benachteiligt.

Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich das System der Betriebskrankenkassen bestehen lassen. In diesen Kassen haben die Unternehmer den maßgebenden Einfluß, der denn auch häufig zur Benachteiligung der Versicherten angewendet wird.

Die Betriebskrankenkasse der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hat in ihrem Statut die nach dem Gesetz zulässige Bestimmung, daß diejenigen, die nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis innerhalb der dreiwöchigen Frist, während welcher die Kasse noch haftbar bleibt, erkranken, nur die Mindestleistungen erhalten. Als Mindestleistung wird Krankengeld in Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes bis zur Dauer von 26 Wochen gewährt, während die Versicherten, die vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses erkranken, Anspruch auf fünf Viertel des durchschnittlichen Tageslohnes bis zur Dauer von 52 Wochen haben.

Es sind nun wiederholt Fälle mitgeteilt, in denen die Gesellschaft auf eigenartige Weise ein Aufhören des Arbeitsverhältnisses vor der Erkrankung konstruiert. Wie das gemacht wird, mag folgender Fall darthun:

Am 29. März früh, vor Beginn der Arbeitszeit, erkrankte ein Arbeiter, der bis zum 28. März seine Arbeit bei der Firma geleistet hat. Er erhält auf sein Verlangen am selben Vormittag den Krankenschein; der Arzt schreibt ihn für erwerbsunfähig krank. Durch eingeschriebenen Brief, der am 2. April zur Post gegeben ist, erhält der Mann seine Papiere zugesandt mit einem Zeugnis, in dem ihm attestiert wird, daß er bis zum 27. März bei der Firma beschäftigt gewesen ist. Die Firma läßt also das Arbeitsverhältnis rückwirkend zu einem Zeitpunkt aufhören, zu dem der Arbeiter noch nicht krank war und über welchen Zeitpunkt hinaus er noch gesund war und bei der Firma gearbeitet hat.

Die Folgeerscheinung ist, daß die Kasse sich darauf beruft und dem Arbeiter nur die Mindestleistungen, also zunächst statt 250 M. pro Tag nur 2 M. pro Tag als Krankenunterstützung gewährt, also 50 Pf. pro Tag dem kranken Arbeiter entzieht und sich in Höhe dieses Betrages gesekundiert bereichert.

Derartige Manipulationen übt eine Firma, die einen Belustigungsort und deren Aktionäre aus der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten fette Dividenden beziehen. Die Aufsichtsbehörde, die angerufen ist, wird hoffentlich die Betriebskrankenkasse und damit die Gesellschaft belehren, daß derartige Praktiken auf Kosten kranker Arbeiter unzulässig sind.

Vom Berliner Gewerbegericht.

Der Dank vom Hause Lichtenstein.

Die Arbeiter der Schirmfabrik von Lichtenstein befanden sich zu Anfang dieses Jahres im Streik. Zu den Arbeitswilligen, die sich ihren Kollegen nicht angeschlossen, gehörten auch die Schirmmacher Franz Baume und dessen Sohn Robert Baume. Am 10. Februar schien der Firma die weitere Tätigkeit der beiden wohl entbehrlich, und sie kündigte ihnen das Arbeitsverhältnis. Am darauffolgenden Montag gingen Vater und Sohn nicht zur gewöhnlichen Stunde ins Geschäft, sondern zunächst kam Baume jun. drei-

vierzig Stunden zu spät und erhielt keine sofortige Entlassung. Beim Verlassen des Geschäftshauses traf er seinen Vater, dem er das Geschehene mitteilte mit dem Bemerkten, er solle nicht erst hinaufgehen, da auch sein Entlassungsschreiben unterwegs sei. Baume junior, lehnte daraufhin auch wieder um, ging aber am Nachmittag wieder nach dem Kontor, um seine Papiere zu holen. Von hier aus wollte ihn der Chef der Firma durch einen herbeigerufenen Schuhmann entfernen lassen, B. zog es aber vor, selbst zu gehen, da auch der erschienene Schuhmann einfach, daß zu einem Eingreifen sein Grund vorlag.

B. und Sohn klagten nun vor dem Gewerbegericht auf Zahlung des Lohnes für die nicht innegehaltene Kündigungsfrist. Während B. jun. nur den Lohn für 14 Tage einlegte, verlangte B. sen. den Lohn bis zum 31. März, da er als Werkmeister tätig gewesen sei und als solcher Anspruch auf sechswochenhellige Kündigung zum Quartalsanfang habe.

Die Kammer 4 unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth gelangte nicht erst zur Erörterung der durch die Beweisaufnahme stark erschütterten Behauptung, ob B. sen. Werkmeister war oder nicht, sondern wies denselben mit seiner Klage ab. Der Kläger hätte sich nicht auf den Rat seines Sohnes stützen, sondern ins Geschäft gehen sollen, um dort abzuwarten, was ihm passierte. Dadurch, daß er einfach der Arbeit fernblieb, habe er sich seine Rechte verschert. Dem Kläger B. jun. sprach das Gericht jedoch den Lohn für 14 Tage zu, da das einmalige Zuspätkommen kein Grund zur sofortigen Entlassung war.

Ungebühr vor dem Gewerbegericht.

Wenn zwei Parteien vor Gericht stehen, dann pflegen sie in der Regel nicht die freundschaftlichsten Gefühle füreinander zu besitzen. Auch auf den Gewerbegerichten kann man es täglich beobachten, daß bei einzelnen Parteien sich die durch den Rechtsstreit ausgelöste Erregung in Bornesbliden und heftigen Redensarten äußert. Die Richter tragen dieser Erregung zumeist auch Rechnung und erteilen höchstens einmal einen strengen Verweis. Doch aber auch empfindliche Strafen wegen Ungebühr verhängt werden können, lehrt folgender Fall, der sich am Freitag vor der Kammer 3 des Berliner Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schalhorn abspielte.

Die Zimmerleute B. und S. klagten gegen den Zimmermeister Selener auf Zahlung von je einem Tag Lohn. Die Kläger waren an dem Van der Rennbahn zum letzten Sechstagerennen beschäftigt und behaupteten in ihrer Klage, daß sie am 22. März, als sie morgens 7 Uhr zur Arbeit erschienen, vom Beklagten zurückgewiesen worden seien. Der Beklagte leistete nun aber den ihm zugesprochenen Eid und behauptete, daß er am erwähnten Tage die Dienste der Kläger nicht zurückgewiesen habe. Daraufhin wies das Gericht die Kläger mit ihrer Klage kostenpflichtig ab. Diese quittierten das Urteil in ihrem Unmut damit, daß B. sagte: „Das ist gemein!“, während S. die Anfechtung tat: „Mander schwört schon für fünf Groschen!“. Das Gericht zog sich deshalb nochmals zurück und beschloß die sofortige Verhängung einer Haftstrafe von einem Tage über B. und von zwei Tagen über S.

Dieses Urteil ist hart. Gewiß sind die Anfechtungen der Kläger vor Gericht nicht zulässig und die Kläger hätten geeignete Schritte gegen den Beklagten unternehmen können, wenn sie sich im Rechte glaubten, andererseits ist die Ungebührstrafe angesichts der begreiflichen Erregung der Kläger recht hoch.

Der Kirchenfensterlieferant vor dem Gewerbegericht.

In dem Atelier für Dekorations- und Glasmalerei des Herrn Professors August Oetken ist sehr häufig des Sonntags gearbeitet worden. In diesem Atelier werden zum großen Teil auch Kirchenfenster angefertigt. In einer beim Gewerbegericht anhängig gemachten Klage des Hausdieners F. gegen den Professor Oetken, die sich um die Auslieferung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses drehte, brachte der Kläger zum Vortrag, daß er von dem Herrn Professor indirekt gezwungen worden sei, an 26 Sonntagen im Jahre zu arbeiten, und zwar am Vrennosen in der Glaserie; auch die Glasmaler sollen des Sonntags beschäftigt worden sein. Der klagende Hausdiener hatte wöchentlich eine Arbeitszeit von 80—90 Stunden zu absolvieren, wofür weder ein Extrazuschlag für Überstunden, noch für Sonntagsarbeit gezahlt wurde. Im übrigen wurde der Kläger zu Arbeiten benutzt, die eigentlich von gelehrten Arbeitern zu verrichten waren, wie z. B. Glasbrennen, Verbleien und Einsetzen von Kirchenfenstern. Der Kläger hatte sich im Laufe seiner mehrjährigen Tätigkeit eine gewisse Fertigkeit in verschiedenen Dingen angeeignet, was er in seinem Zeugnis bescheinigt haben wollte. Die Kammer 8 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz sprach ihm diese Berechtigung auch zum Teil zu.

Der Fall lehrt aber wieder einmal zur Genüge, wie es einzelne Arbeitgeber verstehen, dem Gesetz und der Behörde ein Schnippen zu schlagen.

5 billige Schüler-Tage!

Schluß morgen Sonntag. — Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Große Gelegenheitsposten:

Schüler-Anzüge Sport-Fassons, aus sehr haltb. Stoffen, f. 6—8 Jahre	4.50	Schüler-Anzüge Jack.-Fass. in viel. Stoffart. f. 8—12 Jahre durchweg	7.50
Schüler-Anzüge Manchester, Blumenform, in viel. Farben für 6—8 Jahre durchweg	3.50	Schüler-Anzüge Jack.-Fass. aus Rest. gearb. f. 8—12 Jahre durchweg	9.50
Schüler-Anzüge Manch., Qual. I, sehr haltb., schöne Fass., t. 6 bis 8 Jahre	6.50	Schüler-Anzüge Sport-Fassons, in vielen Stoffarten, für 8 Jahre, jedes silber Jahr 50 Pf. mehr	8.50
Schüler-Anzüge plan Kammergarn - Cheviot, hochgeschlossene Blumenform für 6—8 Jahre	6.50	Schüler-Anzüge aus guten Waschstoffen in Blumen-, Kieker- und Prinz-Helarik-Form, für 6-8 Jahre	1.30
Schüler-Anzüge Spor.-Fassons a. gut. Stoffen/en gearb. f. 6—8 Jahre	6.50	Schüler-Anzüge aus glatten und gestreiften Waschstoffen Kieker Form für 9—14 Jahre	3.95
Schüler-Hosen aus blauen oder gemusterten Stoffen für 6—8 Jahre	1.50	Schüler-Hosen aus guten gerwirten Stoffen f. 8—14 Jahre durchweg	2.00

Große Auswahl in Schüler-Ullstern, Paletots, Pyjacks zu enorm bill. Preisen

Pelerinen für Knaben und Mädchen imprägnierte Strichlöden in grüner und grülicher Farbe
100 und 110 cm lang 6.00 70, 80, 90 cm lang 4.50

Schüler-Mützen Neueste Fassons und Muster 60 Pf.

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer „Kleiderwerke“ ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gern gestattet.

Der Haupt Katalog Nr 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Leihhaus Moritzplatz 58a

S. Goldmann.

Extra-Angebot wegen Räumung!

ca. 800 neue elegante Anzüge und Paletots von 15 bis 25 M.
Große Posten wenig getragene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtentheils a. Seide von 9 bis 18 M.
Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, früherer Herstellungspreis bis 100, jetzt 15 bis 30 M.
Ferner vom Varsatz zurückgekauft Betten, Uhren, Ketten, Ringe, Wäsche, Teppiche usw. barer Preise verkauft werden zu jedem annehmbar.



Herren - Oberhemd

farbig, mit festen Manschetten, durchgehend Perkal....

2.45

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.25
Schinkenwurst	Pfund	1.25
Land-Bratwurst	Pfund	1.25
Teewurst	Pfund	1.25
ff. Leberwurst	Pfund	1.00
Rotwurst I	Pfund	80 Pf.
Landleberwurst	Pfund	80 Pf.
Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	50 Pf.
Schinkenspeck	Pfund	1.10
Husschinken	Pfund	1.25
Emmentaler Käse	Pfund	1.15
Schweizer Käse	Pfund	88 Pf.
Brie-Käse	Pfund	55 Pf.
Limburger Käse	Pfund	50 Pf.
Romatour-Käse	Stück	29 Pf.

Obst u. Gemüse

Amerikaner Apfel	Pfund	25 Pf.
Spinat	Pfund	20 Pf.
Salat	Kopf	9 Pf.
Rhabarber	Bund	5 Pf.
Ananas	Pfund	70 Pf.
Frische Gurken	Stück	38 Pf.
Bananen	Pfund	29 Pf.

Schreibhefte 20 Blatt stark, mit Lösblatt	60 Pf.
Kaiser-Diarium 32 Blatt stark	10 Pf.
Wachstuch-Diarien	18, 33 Pf.
Schreib-Etuis Ersatz für Federkasten	33, 45, 65, 95 Pf.

Schulmappen

für Knaben Schaffleder mit imittierter Seebundklappe 2.85 für Mädchen am Arm u. auf dem Rücken zu tragen, Rindleder 3.50 Ledertuch 2.10 Rindleder 3.50

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen Soweit Vorrat

Kolonialwaren

Victoria-Erbsen	Pfund	21 Pf.
Erbsen ohne Hülsen	halbe Pfund	25 Pf.
Erbsen	Pfund	22 Pf.
Linsen	Pfund	18, 23, 28 Pf.
Bohnen weiss	Pfund	22, 25 Pf.
Reis	Pfund	19, 23, 28 Pf.
Apfelsinen Dutzend		30, 40, 50 Pf.
Blut-Apfelsinen ... Dutzend		40, 50 Pf.
Gries	Pfund	20, 22 Pf.
Melange-Marmelade	Pfund	25 Pf.
Zucker-Kunst-Honig ca. 1 Pfund	Paket	29 Pf.
Pudding-Pulver	5 Pack	28 Pf.
Vanillen-Sauce	3 Pack	20 Pf.

Konserven

Kohlrabi	32 Pf.
Spinat	45 Pf.
Junge Schoten	48 Pf.
Feine junge Schoten	58 Pf.
Feinste junge Schoten	78 Pf.
Gemischtes Gemüse III	50 Pf.
Gemischtes Gemüse II	68 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	72 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	1.10
Stangenspargel	1.25, 1.40

Fischkonserven

Sardinen oder Anchovis... Glas	20 Pf.
Kräuter-Heringe ca. 2 Liter-Dose	95 Pf.
Essig-Gewürz-Gurken ca. 2 Liter-Dose	95 Pf.
Bismarck-Heringe ca. 2 Liter-Dose	95 Pf.
Rollmops in Remoulade	Dose 40 Pf.

Bücklinge	5 Stück	18 Pf.
Kieler Sprotten	Pfund	55 Pf.
Aale geräuchert	Pfund	1.10
Lachs in Stücken	Pfund	85 Pf.
Lachsheringe	2 Stück	15 Pf.

Kakao	Pfund	68, 95 Pf.
Kaffee	Pfund	1.30, 1.40
Haushalt-Schokolade	Pfund	68 Pf.
Hühner	St.	1.95, 2.25

Spittelmarkt Belle-Alliancest. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Zum Schulanfang

Tuschkasten 7 Farb. u. Tube	25	12 Farb. 48 Pf.
Löschblätter stark	25 Stück	5 Pf.
Schulheft-Etiketten	100 Stück	8, 10 Pf.
Schulbleistifte	Dtz.	20, 35, 45 Pf.
Federhalter	Stück	2, 5, 10 Pf.
Radiergummi	Stück	5, 10, 15 Pf.
Umschlagpapier	25 Bogen	10 Pf.
Schulfedern, grau	12 Dtz.	45 Pf. 00 Dtz. 68 Pf.

Ordnungsmappen	25, 48, 95 Pf.
Buntstifte	Karton 10, 20, 30 Pf.
Zirkelkästen	45, 95, 1.50, 2.00
Frühstückstaschen zum Umhängen	48, 95 Pf.

Umsonst

kommt das Publikum nicht aus den entferntesten Vororten und den entlegensten Stadtteilen zu uns. Jeder, der nur einmal bei uns gekauft hat, erspart durch die Einführung unseres neuen Verkaufssystems wirklich Geld und bleibt unser treuer Kunde.

Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungsgesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreis zu beziehen. Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten.

Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft an obige Vertriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet.

3000 M.

sichern wir demjenigen zu, der uns den Nachweis erbringt, daß unser Nutzen größer als der oben angegebene ist.

Wir verkaufen z. B.:

Knaben-Anzüge und Herrenhosen

Selbstkostenpreis	2.50	4.25	7.50	9.50
Verkaufspreis	2.75	4.67	8.25	10.45

Herren-Anzüge - Ulster - Paletots

Selbstkostenpreis	14.25	21.00	26.50	33.00
Verkaufspreis	15.67	23.10	29.15	36.30

Sämtliche Berufskleidung □ Anfertigung nach Maß

Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.

Gr. Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstraße) Turmstr. 80 (neben Kleinem Tiergarten)

Auch Teilzahlung!
Nur **Möbel-Misch** mit.
Gr. Frankfurter Str. 45/46



In eleganten **Herren-Moden** fertig und nach Mass erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneidererei** **J. Kurzberg** Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt, Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse, Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz. auf Wunsch Wochenrate



Greift zu! Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M. **Ulster, sehr billig.** Große Abteilung neuer Garderobe. Gr. Frankfurter Str. 98 Moldauer, (Nähe Strausberger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Gänzlicher Ausverkauf

des übernommenen Schuhwarenlagers **Rosenthalerstr. 40-41**

(Hackescher Markt) Bahnhof Bors. **Kinderstiefel**, schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftig in Oberleder u. Sohle 20-24 25-26 27-30 31-35 1.55 2.45 3.25 3.75

Kinderstiefel, braun mit Lackkappe 21-24 25-26 27-30 31-35 2.95 3.25 3.75 4.25 **Kinderstiefel, Roscheveau mit Lackkappe, prima Qual.** 27-30 31-35 3.65 3.95

Damenstiefel braun und schwarz in Cheveau mit Lackkappe breite u. halbbreite Fassons 36-42 Paar 4.95 echt Cheveau mit Lackk. schicke Form, 36-42 5.75 echt Cheveau mit Lackk., Goody-Welt, amer. Formen 36-42 Paar 7.95

Herrenstiefel Rindbox, Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel, kräftiger Straßen-Stiefel, 40-47 ... nur 5.95 Cheveau-Schnürstiefel schwarz u. braun mit Lackkappe wunderbare Fassons nur 6.95 Prima Cheveau Schnürstiefel, Goodyear-Welt, in amer. elegant. Formen, schwarz und braun, sehr schick 8.95

Halbschuhe moderne Form, Lackkappe M. 3.95 schwarz, Derby, Lackkappe M. 4.75 braun, Derby, Lackkappe M. 5.75 schwarz und grau, Samtpumps nur M. 3.95 Cheveau- und Lack-Halb schuhe mit Wildleder nur M. 5.95

So lange Vorrat Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung mußte sich gestern der ehemalige Leutnant von Wolframsdorf in 27 Fällen vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Angeklagte hatte als Offizier in einem feudalen Kavallerieregiment weit über seine Verhältnisse gelebt und war schließlich in Schulden geraten, daß er in Verbindung mit anderen Dingen schließlich gezwungen wurde den bunten Rock auszugeben. Die Anklage legt ihm jetzt zur Last, zahlreiche Wechsel mit den Namen früherer Kameraden gefälscht und sich damit Geld verschafft zu haben. Als er schließlich die Entdeckung fürchten mußte,

schüttelte er den Staub Deutschlands von seinen Fühen und flüchtete in Begleitung seiner Geliebten nach San Sebastian, wo er längere Zeit herrlich und in Freuden lebte, bis er eines schönen Tages auf Grund des hinter ihm erlassenen Steckbriefes verhaftet wurde. Während er sich in dem Gefängnis in San Sebastian befand, versuchte seine Geliebte den Gefängniswärter zu bestechen, um dem Verhafteten Gelegenheit zu geben, zu flüchten. — Vor Gericht gab der Angeklagte in einigen Fällen die Fälschungen zu, während er in anderen Fällen die Behauptung aufstellte, daß er die gefälschten Wechsel selbst von einem gewissen Lengenmann erhalten habe, der inzwischen flüchtig geworden ist. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den ehemaligen Offizier 3 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Witterungsübericht vom 12. April 1912.

Table with columns for Stations, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, and other weather-related data for various locations like Eimünde, Hamburg, Berlin, etc.

Wetterprognose für Sonnabend, den 13. April 1912.

Nachts leichter Frost, am Tage etwas wärmer, vielfach heiter, aber noch nebelartig mit geringeren Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Preiswürdig im Einkauf! Kräftig im Geschmack! Sparsam im Gebrauch! Das sind die Haupteigenschaften des „Kornfranck“.

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Sommerpreise.

Gegr. 1893. A. B. KOCH Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.

Telephon: Amt Königstadt, 3040 und 3006.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).

Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Table listing prices for various types of coal and briquettes, such as Vulkan-Salon-Briketts, Krone-Halbsteine, etc.

Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.

Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.

Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.

Neuheit: Vom 1. Juni cr. an findet die Anlieferung der Briketts auf Wunsch in meinen patentamtlich geschützten verschließbaren, staubfreien Kohlentransportkästen statt, welche den Konsumenten teilweise überlassen werden. Bestellungen darauf werden von allen besseren Kohlenhandlungen sowie durch meine Firma direkt ausgeführt.

Advertisement for Martin Katz, featuring an illustration of a man in a suit and text describing his clothing services and prices for jackets, suits, and trousers.

Advertisement for Waldorf Astoria Cigarettes, featuring a large logo and prices for 'Hockey' and 'Clío' brands.

Advertisement for 85 Küchen-Einrichtungen and 60 Sofas, listing prices and features.

Advertisement for Magenleiden (Stomach ailments) and Magenbeschwerden (Stomach disorders), mentioning Dr. Reichel's medicine.

Advertisement for Magentropfen (Stomach drops) and their benefits for various ailments.

Advertisement for Abessinier-Pumpen (Abessinier pumps) and their use in agriculture and industry.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Advertisement for Monats-Garderobe (Monthly wardrobe) and clothing services.

Large advertisement for 'Der große Glogau' featuring an illustration of a man in a top hat and a list of clothing items for men and women.

Advertisement for Herrenmoden (Men's fashion) and clothing items.

Advertisement for Schoops Huthaus (Schoops hat shop) and various types of hats and caps.

Large advertisement for FALSCHES GELD (False money) and clothing services, featuring several medals and a list of prices for suits and jackets.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbüro: **Sof. III.**
 Amt Norden, Nr. 1239. **Charitéstraße 3.** Amt Norden, Nr. 1987.

Montag, den 15. April 1912, abends 6 Uhr:
Versammlung der Metalldrucker

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Wissell** über: „Kinderrot und Kinderelend“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Montag, den 15. April 1912, abends 7 Uhr:
Versammlung

aller in der
Schraubenbranche
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 in **Graumanns Festsälen**, Rauninstr. 27.
 Tagesordnung:
 1. „Sind die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Schraubendrieben nach der Vereinbarung von 1910 geregelt?“ Referent: **Kollege Handke**. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 Zahlreiches Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin I.
Herrenmaßschneider!
 Heute Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, **Romanbudenstr. 57/59:**

Oeffentliche Versammlung
 für alle Kollegen, welche für Geschäfte arbeiten, die noch keinen Tarif anerkannt haben.
 Tagesordnung:
 1. Welche Pflichten erwarten uns in diesem Frühjahr? Referent: **Kollege Faustmann**. 2. Freie Aussprache.
 Zahlreiches Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Gruppe der Staker.
 Sonntag, den 14. April 1912, vormittags 10 Uhr, im „**Englischen Garten**“, **Alexanderstr. 7c:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Die Gruppenleitung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Zahlstelle Berlin.
 C. 54: **Rudolfstr. 10, I.** Fernsprecher: **Amt Norden, Nr. 4518**
Sonntag, den 14. April:
Delegiertenwahl z. diesjähr. Verbandstag.
Wahllokale in Berlin: Wahlzeit nachm. 2-6 Uhr.
Norden: Obiglos Zille, Schwedter Str. 23/24.
Osten, Nordosten: Larfe, Proffauer Str. 27.
Maschenheide: Franke, Gräfelstr. 41.
Neukölln: Radtke, Seehower Str. 15/16.
Moabit: Wittner, Stephanstr. 31.
Vororte: Wahlzeit nachmittags 2-5 Uhr.
Nieder-Schönevide: Gruber, Berliner Str. 134.
Friedrichshagen: Kermann, Schornweidestr. 111.
Spandau: Schubert, Aurltr. 21.
Kreuzberg: Arnold, Kreuzbergstr. 2.
Charlottenburg-Westend: Eckert, Am Bahnhof Westend 4.
Gesundbrunnen: Günther, Brunnenstr. 96.
Schöneberg u. Westen: Jürgens, Barbarossastr. 5a.
Tegel: Ralfes, Berliner Str. 22.
Groß-Lichterfelde: Kallert, Am Kranoldplatz.
Köpenick, Grünau, Königs-Wusterhausen: Zschmann, Köpenick, Luisenstr. 10.
Die Abstimmung kann nur unter Vorlegung des Mitgliedsbuches stattfinden.
Ohne Mitgliedsbuch kein Wahlrecht.
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, seine Stimme abzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
 der
Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger chirurg. Instrumente zu Berlin.
Sonnabend, den 20. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12:
Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Bericht über die Abnahme der Jahresrechnung 1911.
 2. Besprechung über die Zentralisierung der Berliner Ortskrankenkassen.
 3. Verschiedenes.
 Vorfälle, welche Eintrag in die Kassenbücher erfordern, sind vier Tage vorher bei der Kasse schriftlich einzureichen.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Herren Arbeitgeber sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
 der **Buchbinder**
 und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Dienstag, den 23. April 1912, abends 8 Uhr:
Ordentl. General-Versammlung
 im **Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:**

Tagesordnung:
 1. Berichten des Protokolls der Generalversammlung vom 28. November 1911.
 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1911.
 3. Ergänzungswahl zum Vorstand: 1. Arbeitgeber und 1. Arbeitnehmer.
 4. Bericht über die Vorarbeiten zur Zentralisation der Ortskrankenkassen Berlins.
 Verschiedenes. 273/5
H. Gottsmann, Vorsitzender.
Fr. Keefe, Schriftführer.
 NB. Der Jahresbericht 1911 ist erschienen und kann im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden.

Orts-Krankenkasse
 der **Handschuhmacher**
 und verwandten Gewerbe.
Außerordentliche General-Versammlung
 der Mitglieder
 am **Sonnabend, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr,**
 im **Zwaele von Hummel, Sophienstr. 5.**

Tagesordnung:
 1. Wie stellen sich die Mitglieder zu einer Zentralisation in Berufsgruppen?
 2. Besprechung über Einführung einer höheren Beitragsskala.
 3. Verschiedenes.
 Hieran anschließend:
General-Versammlung
 der Delegierten.
Rassen-Bericht:
 1. Bericht des Rentanten.
 2. Bericht der Revisorin. (Dechargierung).
 3. Verschiedenes. 273/9
Der Vorstand.
Gustav Schmidt, Vorsitzender.

Firma
Gardinenhaus
Bernhard Schwartz
 hat keine Rivalen!
 Lager und Verkauf der
Gardinen u. Teppiche
 groß und detail:
nur Spindlerhof
 Berlin
Wallstraße 13
 (Dreizehn).

Von der Mode Ulster bevorzugt

Gegründet 1879



1- u. 2-reihige Formen aus nur modernen Stoffen

54 ⁰⁰	49 ⁰⁰	43 ⁰⁰
37 ⁰⁰	33 ⁰⁰	29 ⁵⁰
27 ⁰⁰	24 ⁰⁰	21 ⁰⁰
18 ⁵⁰	15 ⁰⁰	

Anzüge

1- u. 2-reihige Formen, für jede Körpergröße fertig am Lager, aus nur modernen Stoffen

65 ⁰⁰	54 ⁰⁰	49 ⁰⁰
43 ⁰⁰	38 ⁰⁰	33 ⁵⁰
29 ⁵⁰	23 ⁵⁰	21 ⁵⁰
18 ⁰⁰	16 ⁵⁰	

Dieser Ulster kostet **23⁵⁰**

Abteilung
Mass-Anfertigung im I. Stock
 Grosse Bestände in neuesten Stoffen. — Die Anfertigung geschieht schnellstens unter Garantie für tadellosen Sitz.

Julius Lindenbaum
 Berlin O, Grosse Frankfurter Str. 141
 Ecke Fruchtsstrasse.

Achtung! Laubenkolonisten!
Samenhandlung Karl Peter
 Landsberger Allee 123
 empfiehlt:
 Vorzügliche und bestkennende
Gemüse- u. Blumensamen.
Gartengeräte: Spaten m. Stiel von 80 Pf. an. Gartenrechen, per Zinke 5 Pf. Gießkannen von 60 Pf. an. Vogel- und Geflügelfutter. Rosen, Obstbäume und Sträucher, Wilden Wein und sortenechte Saatkartoffeln.

Michel-Brikett-Kohlenhandlung
 G. m. b. H.
Neukölln
 Bergstraße 110
 Telefon 1610.
Kohlenplatz: Knesebeckstr. 148
 Verkaufsstellen in S. und SO:
 Pöcklerstr. 5, Manteuffelstr. 77, Lübbener Str. 29, Kottbuser Ufer 56, Cuvrystr. 29, Falckensteinstr. 24, Oppelner Str. 14, Manteuffelstr. 94, Reichenberger Str. 73, Skalitzer Str. 29, Sorauer Str. 24.
Ringfrei!
 Pa. Steinkohlen 1,60 M., pa. gebr. Gaskoks 1,45 M., feingespaltenes Brennholz pro Raummeter 12,50 M., kleine Körbe 30 Pf., große Körbe 50 Pf. frei Gelaß. Aus Sammeladungen Salonbriketts 1000 Stck. 7,75 M. frei Gelaß. Industriebriketts per Ztr. 9,77 M. frei Gelaß.

Auf Credit

Möbel

Kompl. Wohnungseinrichtung.

Auf Credit! Betten, Teppiche, Uhren, Bilder, M. 1⁰⁰ wöchl. an Anzahlung gering

Bitte! besichtigen Sie meine Läger! Überzeugen Sie sich von der Güte der Ware, sowie von meinem überaus **kulantem - Bedingungen** Ich vergüte sofort nach erfolgtem Einkauf Fahrgehalt im Stadt- und Vorortverkehr.

Ohne einen Pfennig Anzahlung erhalten meine alten Kunden **sofort Credit**

Rich. Krumbeck
 Berlin O.
 Frankfurter Allee 154

Heideschloß Hohenbinde
 Station Erkner „Zum Gutenberg“ Fernruf Erkner 293
 romantisch an Spree und Wald gelegen. Schöner Ausblick für Vereine. Gr. Tanzsaal u. Musikhalle. Herrliche Speiseterassen. 3 verbedete Regelm. Kabinen. Spielplätze. Sommerwohnungen u. möblierte Zimmer. Eigene Motorbootverbindung mit Erkner erküher. Abf. Brücke in Erkner 8.50, 10.20, 11.20, 12.20, 1.20, 2.20, 3.20, 4.20 ufo. Die Motorboote „Hohenbinde“ (ca. 70 Personen) und „Gutenberg“ (ca. 80 Personen) stehen den vereinigten Vereinen wochentags zu sehr kulantem Bedingungen zur Verfügung.

Hackepeter
 106 Gr. Frankfurter Straße 106
 bedeutend vergrößert.
 3 Gänge 60 Pf. Reichhalt. Frühstücks- u. Abendkarte zu soliden Preisen. Angenehmer Familienaufenthalt bei sehr gutem Abendsonnensert. Täglich frische Hausmacherwürst auch außer dem Hause zu billigen Preisen.

Möbel-Lechner
 Brunnenstr. 7. Am Rosenthaler Tor.
Spezial-Möbel-Haus
 auf Credit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche: Anzahlung schon von M. 15.— an. Liefere auch nach auswärts.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5.— Mark gutgeschrieben.
 Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Reste Konfektion

Damentuche	schw. n. fsg. 3 M. an
Kostümstoffe	neueste engl. Muster per Meter von 2 M. an
Seidenplüsch	Velours Nord, 80 cm breit, per Mtr. 4 M. an
Voile	zu Kleidern 150 cm breit per Meter von 2 M. an
Samt und Seide usw.	zu sehr billigen Preisen!

Paletots	1. d. neuest. Fassung, in 14 M. an
Kostüme	in reichster Auswahl in engl. Stoffen u. Kaneng. v. 25 M. an
Kostüm - Röcke	4 ⁵⁰ in grosser Auswahl von 4 M. an

Staubmäntel
 zu sehr billigen Preisen!

C. PELZ Kottbuser Strasse 5.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus
Kommandantenstr. 67.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk
Berlin O. Hallesk. 4

Arbeiter-Bekleidung
F. Falk!
Hamburger-Laden, Charl. Wallst. 69

J. Kastner
Roter-Laden, Schönbr. Hauptstr. 108

Bäckereien, Konditor.
Blottners Großbäckerei
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf.

Adlershofer Bäckerei, L. Zogwart
Max Backer, Raminstr. 36.
Emil Beyer, Thierstr. 6.

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik
Niederbarnimstr. 23.
R. Zimmer, Reichenhagenstr. 1.

Buehl & Sohn, Spandau.
Willy Debor, Prendenauer Allee 49.

Engel's Landbrot
Heinersdorfer Mühle
Verkauf: Finkenstr. 9, Bismarckstr. 55.

Witt Engel
Verkauf in Milchgeschäften
Berliner, Köpenick, Spandau, Pankow.

Fischer, Göttingerstr. 55.
Falkenberg, Köpenickstr. 172.

Karl Giesmann, Wittstockstr. 7.
H. Glöck, Wilhelmshavenstr. 61.

H. Hesse
Dunkerstr. 78.
August Hübner, Schwedterstr. 52.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Killes-Großbäckerei, Boiestr. 8.
Kroger, Rixdorf, Nansenstr. 33.

Landrot-Großbäckerei
O. Senf, Noh. Krag, Waldstr. 4.

Hermann Lebelt, Husanstr. 28.
Alfred Lier, Wielestr. 2.

Lichtenberger Brotfabrik
Weserstr. 34.
E. Martin, Gletstr. 55.

Gustav Mühlhoff, Rhinowstr. 2.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21.

Hera. Proell, Nonnendamm.
Bäckerei „Nordstern“
Inh. Gust. Müller

Albert Pienitz, Grätzstr. 10.
Paul Rühlmann, Turmstr. 36.

Max Sandes, Dunckerstr. 23.
Otto Szillat, Bräuselestr. 5.

Schütt, G.
Pankow, Köpenick, Rixdorf, Prenzlauer Berg, Spandau, Pankow, Wilmerdorf.

Heinrich Wittler
Dresdenerstr. 11.
Friedrichstr. 11.
Friedrichstr. 11.

Badanstalten
Arkona-Bad, Anhalterstr. 34.
Augusta-Bad, Köpenick-Str. 60/61.

Bad Canitz
Bad, Münzstraße 2.
Kanonienbad, Rixdorf.

Erstes Lohtannin-Bad
Bad, fr. Ackerstr. 10.
Bad, fr. Ackerstr. 10.

Reform-Bad, Wiegstr. 65.
Kuranstalt „M. Schutz“
Elasserstr. 7.

Nömer-Bad
Boysen- u. Rumbg.
Silesia-Bad
Schöneberg, Köpenick, Rixdorf.

Victoria-Bad
Kottbuser Damm 75.
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 97.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bade-Einrichtungen
Das gesündeste und billigste
Bad ist das Ideal-Bad in der Gegend.

Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.

Wende, A., Optiker.
Reiche, A., Seydelstraße 15.

Zaremba
Weinbergsweg 1.
Drog.-hyg. Artikel.

Seordig-Anst. Sargm.
A. Buttl, Zorndorfer Str. 29.

Max Fuchs
Frankfurter-Allee 170.
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37.

Berufskleidung
M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.

Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bottfedern u. Betten
P. Berliner, Rixdorf, Hermannstr. 200.

Max Schöne
Landberger Allee 149.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.
W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Potsdam, Elb. Meier.

Bergbrauerei
Bergstr. 2 III 1412.
Feinst. Caramelbier.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Tivoli, Bier-Brauerei.

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.

Deutsche Bierbrauerei A.G.
Berlin-Fischelstr. 4.

Groterjans
Malzbier, Schick-Allee 150, T. III, 5063.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

F. W. Hildebrand A.-G.
Lagerbier und Malzbier.

Hempel, E., Mollerstr. 138/4.
Kaltenberg, A., Löwenstr. 41.

Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin & Lützenbräuerei Wellhausen.

Münchener Bräuhaus Berlin.
Luisenbräuerei Wellhausen.

Löwen-Brauerei
Aktiengesellschaft
Abt. I. Hohenschönhausen.

Roland
Fischbrennereiverband G. m. b. H.
Grüner Weg 111.

Schade, Herm., Schönebergstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 07.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 97, Tel.-A. VII, 2624.

Simon und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck
Dresdenerstr. 97, Bismarckstr. 11.

Buntrock, W.
Drei Kronen
Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
49 Filialen in Berlin und Vororten.

August Holtz
Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23.

Kosmalla, E., 4 Geschäfte
Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte.

Schröter, R.
Schönefeld, Britz, Chausseestr. 51.

Uhly & Wolfram
Schulz, Arthur, Rixdorf, Hermannstr. 63.

Vereingte Pommersche Meiereien
48 Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle
Invalidenstr. 123.
Georg Wunder, Ecke Nischenbergerstr.

Cacao, Chocolate
Althaus, Arzner-Bau, Lindenstr. 16.

Cyliax, G.,
Ferd. Hahn, Berlin, Pariserstr. 73a.

Die Fabrikate der „Sarotti“
Chokoladen u. Cacao-Industrie.

Bonbonhaus Fr. Schröder
Spendau, Filialen i. all. Stadtteil.

Seiffert, Erich, und Vororten.
C. Senff, Seingsqu. I. Händler.

Stolwerck
Gold Silber Kupfer
Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig.

Forderungen
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen
Fr. Behrend, N. L., Frankfurter Allee 27.

Klein, Wilh., Müllerstr. 104.
Oberbaum I.

Damenkonfektion
Cohn, Goschw., Bergmannstr. 9.

Dombrowsky
L. Frankenstein
Danzigerstr. 24.

Giesenow & Co.
Schöneberg Hauptstr. 20.

Gebr. Neumann
Wagner, P., Rixdorf, Dorgstr. 42.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

Paul Zuteremann
Koselitzplatz - Chausseestr. 68.

Damenkleiderstoffe
Adolf Dannemann
Oranienstr. 130.

Drogen u. Farben
Adler-Drogerie, O., Mägdelstr. 8.

Apoth. Paul Frank, Stralauerstr. 41.
Apoth. Lindenberger, Rixdorf, Str. 74.

Ebert, Max
Edison-Drogerien, O. Schöneberg.

Alfr. Götting
Gäbner, Löwen-Druckerei, Rixdorf.

Rnesebeck-Drog.
Königs-Adler-Drogerie, Rixdorf.

Alfr. Marsch, Culmstr. 27.
Nollé, Felix, Meiereistr. 16a.

Apoth. Meyer, vorm. Lomcke
Prinzenstr. 103.

Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
Ernst Ischer, Wilmersdorferstr. 11.

Janik, C.
Fritz Jentsch, Rixdorf, Hermannstr. 172.

Jul. Kempe,
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.

Linke's Fleischzentrale
Wilhelm Klein, Falckenstr. 9.

Wilhelm Lieberher
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 49.

Luehke, Joh.
Aug. Meier, Schulstr. 109.

M. Hatzker
Markt Fleischh. Rixd., Waldstr. 73.

Merker, P.
G. Müller, R. Müllerstr. 78.

P. Rechel
Oscar Röhre, Friedrichshagen.

Riedel, B.
Rodewald, Prenzl. Allee 23.

Thaleiser
Wagner, Landsbergerstr. 118.

W. Tauche
Fr. Thiel, Frankfurter-Chausse 3.

Flachhandlungen
C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 42.

Köhler
Werner
Winkler & Barthold.

Flöischer u. Wurstw.
Joel Amundowit
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 83.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik, Speck- und Schinkenzerlei.

C. Boite, Neukölln, Hermannstr. 292.
Bragrod, A., Nanteuffelstr. 33.

Anton Buchheim, Altessestr. 12.
A. Bentele, Thaeerstr. 21.

Danziger Fleisch-Centrale
Danziger Straße 14.

Wurst, Speck, Schinken
Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahn-Ecke.

Fleisch-u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 162.

C. Gerlach
H. Gerndt, Spangstr. 17.

Otto Grube
Gesinde, Rich.
Gelschmann's, Wilmersdorferstr. 159.

Georg Heiter
Ernst Brasse, z. Thüringer Wurstw.

Eisen u. Stahlw., Waff.
A. O. R., Kaiser-Friedrichstr. 4.

Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
Ernst Ischer, Wilmersdorferstr. 11.

Janik, C.
Fritz Jentsch, Rixdorf, Hermannstr. 172.

Jul. Kempe,
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.

Linke's Fleischzentrale
Wilhelm Klein, Falckenstr. 9.

Wilhelm Lieberher
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 49.

Luehke, Joh.
Aug. Meier, Schulstr. 109.

M. Hatzker
Markt Fleischh. Rixd., Waldstr. 73.

Merker, P.
G. Müller, R. Müllerstr. 78.

P. Rechel
Oscar Röhre, Friedrichshagen.

Riedel, B.
Rodewald, Prenzl. Allee 23.

Thaleiser
Wagner, Landsbergerstr. 118.

W. Tauche
Fr. Thiel, Frankfurter-Chausse 3.

Flachhandlungen
C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 42.

Köhler
Werner
Winkler & Barthold.

Flöischer u. Wurstw.
Joel Amundowit
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 83.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik, Speck- und Schinkenzerlei.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkauf.

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, ChdG, Wilmersdorferstr. 127.

Hoyer, A., Bergstr. 103 I.
Haar-Artikel
E. Joel

Rob. Kortmann, Schönlagerstr. 28.
F. Milster, Zionskirchstr. 44.

Gomgowski
Sofion Brösten, Spandau, Schönower Str. 95.

Herren-Artikel
Andreasstr. 37, Krawatten-Schleiss.

Torkel, Artilleriestr. 4.
Rich. Jahn, Treptow, Grätzstr. 6.

Emil Jäger
Oranienburger Tor.
E. Klahn, Frankfurter Allee 26.

Ad. Mahnke
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.

Sprengel, A.
Hüte u. Schirme

Amerikan. Verkaufshallen
J. Baer
Besser, Julius, Rixd., Bergstr. 19.

Hamburg-Steglitz
zum Selbstkostenpreis + 10%.

Herren-Moden-Vertrieb
zum Selbstkostenpreis + 10%.

Marcus, S.
Raltag, Ad., Frankl. Allee 107.

Rosner, Max
Lager fertig und nach Maß.

77 Kottbuserdamm 77
August Schega

Huthaus Norden
Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.

M. Grund
Hermann Haase, Invalidenstr. 129.

Hut-Centrale
Hut-Engr.-Lager, Koch, Oststr. 14.

Huthaus Monopol
A. Lemstra, Wilmersdorferstr. 123.

Rieck, Em.
Schoer, Herm., Wilmersdorferstr. 46.

Vereinigte Hutcompagnie
Turmstr. 61, E. Besselstr. 135.

Vester, E.
Wilmersdorferstr. 33.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.
Oskar Krösche

Rauers Mischungen
Otto Goetze, Köthendamm 161/17.

Kaufhäuser
F. Alexander & Co., Badstr. 55.

C. Kurtzahn
Alfr. Kirschner

H. Weib & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Erikotta
Paul Bieger, Kottbuserstr. 113.

W. Pieper
Siemow, A. E., Köpenick, Wedding.

Babel & Hanka, Wilmersdorferstr. 127.
Gustav Behrens, Hauptstr. 150.

Georg Burow, Stromstraße 30.
Joh. Cielcor, Neue Hohestr. 23/24.

Gustav Eigendorf, O. Müggelstr. 29.
Arthur Enke, Amsterdamerstr. 20.

Heinrich R.
Fritz Hehnert, Schleimstr. 11.

Kakao-Würfel „Sarotti“
Überall zu haben

Willy Knoke
Kohle, W., Liebenberg, Kapstr. 54.

Kramer, Rich., O. Köpenickstr. 12/13.
Kühn, Oswald, Müllerstr. 131.

Lips, Chamissoplatz 8.
Herm. Loewig, Tegel, Berlinstr. 12.

Max Moysch, Wilhelmshavenstr. 44.
Paul Nuckel, Mariannenstr. 8.

H. Müller
Tegelstr. 1 II 7002.

Müller, G.
A. Pflaude, Oberdörger Str. 52.

Willy Röhne
Rungstr. 10, H. Hermannstr. 65.

A. Schöberl, Fehlfeldstr. 8/9.
Schneider, F., Rixd., Kaiser-Friedrichstr. 76.

Fritz Schöel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.

Willy Schulze, Schönholzerstr. 22.
Willy Schulze, Rixd., Bergstr. 94.

A. Schmeier
Wöllnerstr. 5.

Joh. Schulze
Rudolf Sprengberg, Wörtherstr. 1.

Fritz Wetzel
Ernst Wilde, Bastianstr. 1.

Korbwar., Kinderwas.
Metzners
Fischer, Wilh., N. Wilmersdorferstr. 118.

Krankenbedarfsartik.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren
Carl Fessel
Spez. Taschen, Kappen, Portemonnaies usw.

Wihl. Langner
Richard Kurtzke
Otto Pahnitz

Taschen-Müller
Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes.

Rudolf Maurer
Friedrichstr. 68a, Ecke Mohrenstr.

Strahlendorffs
Handels-Akademie
Beuthstr. 10 u. 11, T. III, III. Etage.

Linoleum u. Wachs.
Häntsch
Rausch, Rich.

Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M.
Wohlhandlungen

Frese, Ernst
Gaeger, Otto
Paul Gaeger, Spandau.

Jos. Hauke
Heinrich R.
Theodor Anthofer, Solmsstr. 22.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichsfelde. Sonntag vormittag 8 Uhr wollen sich die Parteigenossen zu einer Flugblattverbreitung bei Lubdrink, Berliner Straße 98 einfinden.

Fernsdorf. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in Radlow im Lokal von Rabe: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Der Vorstand.

Rönnigs-Wasserhaußen, Deutsch-Wasserhaußen und Wildau-Hohelshamer. Sonntag, den 14. April, nachmittags 8 Uhr, im Lokale der Witwe Wedhorn (Altes Schützenhaus): Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Niederlehme. Heute Sonntag, den 13. April, im Lokale von Gust. Koch: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Welfensiepe. Am Donnerstag, den 18. April, finden in Heinersdorf Neuwahlen zur Gemeindevertretung statt. Hiermit beschließt sich am morgigen Sonntag nachmittags 4 Uhr eine Gemeindevollversammlung bei Maday, Linienstr. 60. Die Genossen der ersten und zweiten Abteilung müssen sich unbedingt an der morgens um 7 Uhr stattfindenden Handzettverbreitung beteiligen. Treffpunkt beim Genossen Carl Schmidt, Heinersdorf, Kaiser-Wilhelm-Str. 12. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Scheidungskontor.

Die Gerichtskorridore erleben vieles, das unseren Dramatikern und Lustspielbüchern den schönsten Stoff liefern könnte. Brillante Studien aus dem Leben, wie es weint und lacht, lassen sich da machen, wo das Band zwischen zwei Menschen, das auf seine Haltbarkeit nicht vorzüglich genug geprüft worden ist, nach den für unsere Gesellschaftsordnung noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen durch den Nachspruch des Richters gerissen werden soll. Das Wort, daß Ehen im Himmel geschlossen werden, hat längst seine Bedeutung verloren. Die Szenen, die sich in den vom Gesetz ziemlich überflüssigerweise verlangten Sühnterminen und noch drastischer in den Abkammern der Landgerichte abspielen, haben nichts Himmlisches, aber sehr profanes Erdennütziges an sich. In den Wartefallen und auf den Korridoren herrscht zwischen sich begegnenden, sich mit Wutblicken messenden Parteien schon immer Kampfstimmung. Hier im „Scheidungskontor“, wo man es verleugnet, wie die Liebe kam, aber stets zu wissen glaubt, wie sie erloschen ist, Kocht die Feindschaft oft zur Siedehitze auf. Von dem einstigen Zurechtbehängern ist keine Rede mehr. Die Vernünftigen betrachten sich gegenseitig als Lust. Andere können die Zeit nicht abwarten, sind mit Gift und Galle bis oben hin geladen und gehen temperamentvoll, zuweilen mit Hilfe des Regenschirms, zum Angriff über, ehe noch der Gerichtsdienster die Sache aufgerufen hat. Und die Arena sieht als Trophäen zerbeulte Hüte, zerfurchte Fratzen, im holden Angesicht ein paar Blaudelchen... zur Szene wird das Tribunal. Deshalb kommt auch bei den Sühnterminen, die eine leere Form sind, nur selten so etwas wie eine Einigung zustande. Kläger und Klägerin schmettern auf die eintönige Frage, ob man sich wieder vertragen wolle, ein posaunenkräftiges Nein oder drücken sich weniger salonfähig aus, und nun geht's mit heißem Begehrt an das eigentliche Gericht. Ach, was man da alles zu sehen und zu hören bekommt! Frau Justitia höchstselbst mühte erörtern, wäre sie nicht schon so abgestumpft. Es gibt Kriminalstudenten und noch mehr Kriminalstudentinnen, die mit Vorliebe diese Kammer aufsuchen, um in wollüstigem Behagen in den Privatverhältnissen der Parteien zu schnüffeln, obwohl sie mit sich selber gerade genug zu tun hätten. Die Ehescheidungsrichter sind durch die Gewohnheit nicht gerade prübe. Sie haben sich schon so etwas wie ein kleines Fell angeschafft. Dennoch wird an manchen Tagen, wenn die Bogen des Menschlichen gar zu hoch gehen, das kleine Pappschild mit der pikanten Aufschrift „Die Deffentlichkeit ist ausgeschlossen“ beinahe zur Permanenz; sehr zum Bedauern der Spanner da draußen, die nun auf dem Korridor aus Langeweile eine Art fliegenden Gerichtsstandes etablieren. Der dramatische Höhepunkt wird aber doch immer erst bei der richterlichen Gegenüberstellung von klagenden Männlein und Weiblein erreicht. Zuweilen sind es Leute, die sich nicht schnell genug „Krieges“ konnten und nun noch schneller voneinander los möchten. Auch die alten Register, die sich die Ehehörer abgelassen haben könnten und womöglich schon die silberne Fünfundzwanzig hinter sich haben, fehlen nicht. Und wenn dann nach hartem, zähem Kampfe zwei Menschen auseinandergehen, heißt's nicht: auf Wiedersehen! Gelegentlich kommt auch aus „erklaffenen“ Gesellschaftskreisen, wo die Ehe so häufig ein Geschäft ist, eine geminte „Eheerung“ oder eine Scheinhe mit bestem Ehebrum zur Lösung. Bei vielen kommt mit den Jahren die Erkenntnis, daß sie gar nicht zusammengehören und zufällig nebeneinander aber nicht miteinander durchs Leben gehen und nun die oft jahrelang dauernde Aufregung der Scheidungszeremonie durchmachen müssen. Angenehme Situationen sind es jedenfalls nicht, die sich im Scheidungskontor abspielen.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession stehen auch diesmal der Arbeiterschaft zur Verfügung. Der Preis beträgt 25 Pf. statt 1 M. Die Karten können im Bureau der Herberge des Gewerkschaftshauses und im Bigaretengeschäft von Horsch in Empfang genommen werden.

Ein ehrenreicher Nachruf für zwei Selbstmörder wird jetzt im Vorort Groß-Friedrichsfelde veröffentlicht. Hier beging vor zwei Jahren das Geschwisterpaar Schulte gemeinsam Selbstmord, weil es beschuldigt worden war, an Offiziere der Lichterfelder Kadettenanstalt anonyme Schmähschreiben geschrieben zu haben. Im Laufe der polizeilichen Untersuchung kam auch ein Schreibverständiger zu dem Schluss, daß die Briefe von dem besagten Franklein Schulte, das bis dahin sich allgemeinen Ansehens erfreute, geschrieben seien. Da jedoch die gerichtliche Verurteilung bevorstand, schied die Beschuldigte sogleich mit dem Bruder freiwillig aus dem Leben. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß die anonymen Briefe von einer anderen Dame, die nach der Ermittlung natürlich als „geistig nicht normal“ in ein Sanatorium flüchtete, verfaßt worden sind.

Der traurige Fall ist deshalb bemerkenswert, weil er einen neuen Beweis liefert für die Unzuverlässigkeit der Gutachten sogenannter Sachverständiger. Man hat es hier mit einer ähnlichen Täuschung zu tun wie bei der Psychiatrie. Niemals sollte mit absoluter Sicherheit

behauptet werden, daß der oder jener anonyme Brief von einer bestimmten Person geschrieben ist. Es darf da immer nur von Vermutungen gesprochen werden, weil es Menschen gibt, die in der Verstellung der eigenen Handschrift und in der Nachahmung fremder Handschriften eine ungemeine Fertigkeit besitzen. Leider legen auch die Gerichte auf die Gutachten von Schreibverständigen noch viel zu großen Wert. Solche Sachverständige haben sich schon so oft und so gründlich geirrt, daß sie von den Gerichten so wenig wie möglich herangezogen werden sollten. Kurios ist es, daß kürzlich vom Berliner Polizeipräsidenten sogar ein Polizeiarzt beauftragt wurde, ein Gutachten über anonyme Briefe und über die vermutete Verfasserin abzugeben. Es hing an einem feinen Faden, daß der Arzt, wenn nicht zum Schutze eine andere Fassung dazwischen getreten wäre, die Verdächtige ins Irrenhaus spediert hätte. Der Arzt kam beim Handschriftenvergleich immer nur Late sein, wie jeder andere Schriftbewanderte Mensch. Man sollte ihn nicht erst in die Verlegenheit bringen, ein vielleicht verhängnisvolles Urteil abzugeben über Dinge, die seinem eigentlichen Wirkungskreis fernliegen und von ihm sogar vielleicht schief betrachtet werden als von anderen Lebenserfahrenen Leuten.

Eine richtige Winterlandschaft hat uns der Frühling beschert. Wälder und Büsche waren gestern früh zum zweiten Male von einer mehrere Zentimeter hohen Schneedecke, die alles Grün verschwinden ließ, eingehüllt.

Von der Schornsteinreinigung. Herr Schmiedewski bezieht in Berlin gewerbmäßig die Reinigung von solchen Schornsteinen, die mit Dampfheizungsanlagen in Verbindung stehen. Das Landgericht Berlin verurteilte ihn auf Grund einer Polizeiverordnung vom 9. Januar 1888 zu einer Geldstrafe, weil er die Schornsteinreinigung betreibt, ohne als Bezirkschornsteinfegermeister bestellt zu sein. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz sprach ihn jedoch mit der Begründung frei, daß die Verordnung von 1888 auf die Reinigung der Schornsteine von Dampfheizungsanlagen nicht Anwendung finden könne, weil die Verordnung sich nur auf Schornsteine für Herd- und Ofenfeuer beziehe.

Warnung. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Bereits am 20. Juni 1908 habe ich auf das Treiben des Nordsanatoriums „Sibvana“ in Genf hingewiesen, das von Dr. Kümmler begründet, von Dr. med. Mangelmann fortgeführt wurde und zurzeit von Dr. Kaplan geleitet wird. Seit Jahren hat sich das Institut bemüht, durch Anpreisungen und Versprechungen in gelesebenen deutschen Zeitungen unter Hinweis auf ein von Dr. Kümmler verfaßtes Buch „Neurasthenie“ Leidende zu dreifacher Fernbehandlung und zu erheblichen, aber nutzlosen Aufwendungen zu bewegen, durch die zahlreiche Kranke in ihrem Vermögen geschädigt worden sind. Leider ist es trotz der von zahlreichen Behörden ergangenen Warnungen dem Institut gelungen, sein Treiben, zum Teil unter der Deckadresse „Verlag Resculap“ oder „Sanitas“, Genf, mit Erfolg fortzusetzen und selbst angelegene deutsche Tageszeitungen für seine Inserate in Anspruch zu nehmen.

Da das Treiben des genannten Instituts geeignet ist, deutschen Staatsangehörigen Schaden an Gesundheit und Vermögen zuzufügen, so wird vor diesem, auf Ausbeutung leichtgläubiger und ängstlicher Personen berechneten Schwindel hiermit nochmals gewarnt.

Reiche Beute machten in der Nacht zum dritten Feiertag Einbrecher in dem Weinrestaurant „Kosterleber“ in der Mohrenstraße 17/18. Hier wird die Tageslohn über Nacht in einem Kellerraum aufbewahrt, der auch vom Hofe aus zugänglich ist. Der Raum ist durch eine schwere Eisenkammer, die quer über die Tür geht und ein starkes Vorlegeschloß trägt, geschützt. Innerhalb des Vorlegeschloßes ist in der Wand eine Nische ausgewauert und mit einer schweren Eisentür versehen. Trotz dieser doppelten Sicherung gelang es den Eindringern an den Schloß heranzukommen. Sie brachen das Vorlegeschloß ab und öffneten mit Gewalt auch die Tür der eingemauerten Kasse. Mit einer Beute von 2200 M., darunter 600 M. in Papier und das übrige in Gold und Silber, entliefen sie ungehindert. Alle Nachforschungen nach dem Täter blieben bisher erfolglos.

Von einem Schuttmann niedergeschossen wurde gestern nachmittags vor dem Hause Lindowstraße 23 der 19 Jahre alte Rittmeister Gustav Reumann aus der Antwerpener Straße 47. An der Ecke der Wälder- und Lindowstraße spielende Kinder beschwerten sich bei einem Schuttmann über einen jungen Menschen, der sie unangenehm in unflätiger Weise belästigte. Als der Beamte auf diesen hinzutreten wollte, um seine Personalkarte vorzuzeigen, ergriff er die Flucht. Vor dem Hause Nr. 23 in der Lindowstraße gelang es dem Beamten, den flüchtigen festzunehmen. Dieser riß sich aber los und zog dann ein Messer aus seiner Tasche, um sich damit auf den Beamten zu stürzen. Der angegriffene Schuttmann machte jetzt von seiner Waffe Gebrauch und schoß auf den jungen Menschen. Er traf ihn in den Unterleib, so daß er sofort zusammenbrach. Jetzt brachte er ihn zuerst nach der Hülfsstation in der Lindowstraße, wo man ihm einen Rotverband anlegte und dann nach der Charité überführte.

Zu dem Totschlag an dem Tischler Baden in der Irrenanstalt Dersberge, worüber wir gestern berichteten, wird von unterrichteter Seite noch geschrieben: „Wenn im Anstaltsbureau und bei der Lichterberger Polizei erklärt worden ist, der Kranke sei von einem anderen Kranken mit einem Stuhle geschlagen worden, so muß das bei allen, welche die örtlichen Anstaltsverhältnisse genau kennen, Verwunderung erregen. Der Patient fuhr an der Steintreppe des Aufnahmehauses 4 im Krankenwagen vor, kam zunächst in die gleich hinter der Treppe belegene Wadestube und dann, wie alle Neuaufgenommenen, in das Lazarett. In den Lazaretten-Krankenzimmern befindet sich nun überhaupt kein Stuhl. Vielmehr sind diese Räume in guter Vorrichtung nur mit den Bettstellen ausgestattet. Auch auf dem langgestreckten Korridor steht kein Stuhl, ebensowenig in dem Waschoal. Dagegen stehen einige wenige Stühle hauptsächlich zum Gebrauch der Pfleger in dem schmalen eisentragigen Zwischengang zwischen den beiden großen Krankenschlafzimmern. Bei ordnungsmäßiger Aufsicht erscheint es nahezu ausgeschlossen, daß ein älterer Patient sich eines dieser wenigen Stühle bemächtigte, damit in den Bettstall gegangen ist und auf den neueingelieferten Patienten Waden eingeschlagen hat. Wenn das der Fall gewesen wäre, müßten es die stets sehr gut aufpostenden und jede Nachlässigkeit rügenden Alkoholiker, von denen hier ständig mehrere liegen, unbedingt wissen und gesehen haben. Ist wirklich mit einem Stuhle geschlagen worden, so würde das berechtigten, von ungenügender Aufsicht zu sprechen. Gerade in Dersberge kommt es häufig vor, daß selbst das Lazarettpersonal stundenlang vermindert wird behufs Abholung von Geisteskranken aus Berlin.“

Zwei diebische „Geschäftsmänner“ treiben seit einiger Zeit ihr Unwesen. Auf Verkaufszugängen, besonders von Grüntraum- und Seifenhändlern kommt zunächst der eine, erzählt, daß sein Schwager wohl Lust habe, das Geschäft zu kaufen, sieht sich alles an, erkundigt sich auch nach der Wohnung, die zu den Geschäftsräumen gehört und verspricht endlich, bald wiederkommen zu wollen. Nach einigen Tagen bringt er dann seinen Schwager mit. Bei der erneuten Besichtigung rüsten es die Spühdüben dann so ein, daß der eine zeitweilig allein in der Wohnstube bleibt, während der andere mit dem Geschäftsmann die übrigen Räume besichtigt. Der erste benutzte nun die Gelegenheit, an barem Gelde oder an Wertgegenständen einzufassen, was er nur findet, geleitet sich hierauf mit der harmlosesten Miene wieder zu dem anderen und dem Geschäftsmann und beide empfehlen sich endlich mit der Erklärung, demnächst zum Abschluß sich wieder einfinden zu wollen. Wenn der Geschädigte den Diebstahl entdeckt, sind die

Gauner längst verschwunden. Der, der zuerst kommt, ist ein mittelgroßer, schlanker, schmächziger Mann von etwa 37 Jahren. Er hat dunkelblondes, kurzgeschütteltes Haar, einen mittelblonden, kleinen Schnurrbart und einen dunklen Anbart. Der „Schwager“, ebenfalls lang und schmächzig, ist kleiner und jünger, hat hellblondes Haar und einen kleinen blonden Schnurrbart und auf der linken Rückenseite einen Höcker. Wahrscheinlich stellt er sich den jedesmal künstlich her, damit man ihn später nicht wiedererkennen soll.

Ein gefährlicher Unhold tritt im Südosten der Stadt auf. Gestern nachmittags 4 1/2 Uhr spielten zwei Knaben von 10 und 11 Jahren vor dem Hause Kottbuser Str. 21, als ein junger Mensch an sie herantrat und sie bat, ihm zu zeigen, wo Krause wohnt. Die Knaben dachten, Krause sei vielleicht ein neuer Mieter, der im vierten Stock zugezogen war, und gingen mit hinauf, um zu sehen, ob das richtig sei. Auf der Treppe zum vierten Stock sagte der junge Mann zu dem Neunjährigen, er könne wieder hinuntergehen, und schenke ihm 10 Pf. Als er jetzt mit dem anderen allein war, zwang er ihn, durch Drohung mit einem Messer, das er dann neben sich auf die Treppe legte, sich unsittliche Handlungen gefallen zu lassen. Dem jüngeren Knaben fiel es auf, daß die beiden so lange oben blieben. Als er endlich wieder hinaufging, um nachzusehen, begegnete er dem jungen Menschen, der jetzt das Haus verließ. Als ihm der Spielkamerad erzählte, was vorgefallen war, war der Unhold schon verschwunden. Die Mutter des Knaben machte unverzüglich Anzeige auf der Reiterstraße; es gelang aber nicht mehr, den gefährlichen Burken ausfindig zu machen. Der Beschriebene nach ist es derselbe Kerl, der vor einigen Tagen in der Prinzenstraße ähnlich vorgegangen ist. Er ist etwa 18 Jahre alt, mittelgroß und schlank, hat dunkelblondes Haar und trägt einen schwarzen Jacketanzug, schwarze Schnürschuhe, eine schwarze Krawatte und keine Kopfbedeckung.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde gestern nachmittags das 5 Jahre alte Töchterchen Ethel des Wälfersers Jang aus der Belerantenstr. 8. Als die Kleine kurz nach 6 Uhr vor dem Hause Inbauldenstr. 1a den Fahrdamm überschreiten wollte, geriet sie unter eine Kraftdroschke und wurde überfahren. Der Führer brachte sie mit seinem Wagen gleich nach dem Lazarus-Krankenhaus. Die Verletzungen konnten aber nicht mehr helfen. Die Verunglückte starb bald nach der Aufnahme an einem Schädelbruch.

In einer Droschke erschossen hat sich vorgestern Abend vor dem Hause Schiffbauerdamm 23 ein unbekanntes Mädchen, das seinem Neuhären nach den besten Stellen Kreisen angehöret zu haben scheint. Die Lebensmüde war sofort tot. Der Autoführer brachte ihre Leiche nach dem Schanhaus. Es ist noch nicht gelungen, ihre Persönlichkeit festzustellen. Die Tote ist 20 bis 25 Jahre alt und ungefähr 1,50 Meter groß, hat schwarzes Haar und trug ein blaues Kostüm, eine rote gestricelte Mütze, weiße Unterwäsche, schwarze Strümpfe und hohe schwarze Schnürschuhe mit Kadspitzen.

Aus der Savel gelandet wurde vorgestern bei Schildhorn die Leiche eines Mädchens, dessen Persönlichkeit sich bei jetzt noch nicht feststellen ließ. Die Tote ist ungefähr 20 bis 25 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat rotblondes Haar und einen braunen Fleck an der linken Halsseite und trug eine blaue Bluse, einen blauen Rock, einen grauen Mantel, einen blauen Unterrock, weiße Beinkleider, graublau, durchlöchernde Strümpfe, schwarze Halbhuhe, zwei ungezeichnete Taschentücher mit blauem Rand und eine schwarze Ledertasche.

Unter der Firma eines Adressenverlages prellt ein Schwindler seit einiger Zeit Leute, denen es obnein schon am Nötigsten zu fehlen pflegt. Der Gauner geht unter dem Namen „Erwin Herz, Adressenverlag, Postamt 24“ an, daß er Adressenarbeit zu vergeben habe. Allen denen, die sich an seine Deckadresse melden, nimmt er 1 M. „Informationsgebühr“ ab, schickt ihnen dafür als „Anfangsmaterial“ wertlose Adressenzettel, mit denen sie nichts anfangen können und läßt dann nichts mehr von sich hören.

Ein gefährlicher Brand kam gestern mittag in einer Küche in der Finkstraße 22 durch Uebersehen von Petroleumlampen aus dem Ausbruch. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle erschienen, stand das Erdgeschloß im rechten Seitenflügel schon in ziemlich Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehre griff mit zwei Schlauchleitungen wirksam an, und es gelang, den Brand, der schnell reiche Nahrung an den Einrichtungsgegenständen gefunden hatte, auf das Erdgeschloß zu beschränken.

Wegen einer Aetherexplosion wurden gestern früh um 5 Uhr drei Züge der Berliner Feuerwehr nach dem Neubau der „Morgenpost“ in der Charlottenstr. 11/12 alarmiert. Dort waren an der Ecke der Kochstraße Aetherlampen explodiert und dabei ein Dreierkneppen auf dem Hof in Brand geraten. Der Bauwächter Ferdinand Werle hatte schwere Verletzungen im Gesicht und den Händen erlitten; er wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße gefahren und dort verbunden. Die Flammen hatten den Dreierkneppen auf dem Hof, sowie Fenster von dem Fabrikraum der Druckerei, eine Papierwalze auf einer Rotationsmaschine und anderes erfaßt. Die Feuerwehr mußte mit drei Schlauchleitungen vorgehen, um die Gefahr für den Zeitungsbetrieb zu beseitigen.

Um 9 Uhr kam in der Kochstraße 22/23 in einer Neubau Feuer aus, das schnell Nahrung fand, so daß der 21. Löschzug kräftig löschen mußte. Der Brand soll durch einen kleinen Dien erstanden sein. Mehrere Arbeiter beklagen den Verlust ihrer Kleidung. Auch Handwerkzeug soll verbrannt sein.

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg.

Die Etatsände des Magistrats veranlassen das „Amtsblatt“ nochmals zu einem kämpfhaften Versuch, der Deffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Schon Bemissen, der Sache eine heitere Seite abzugewinnen, erinnert an den innerlich totnunden Klowen, der wohl oder übel sein Programm abzuhelfen muß. Herr Schachtel habe als einziger Bürgerlicher mit den Sozialdemokraten gegen die Herabsetzung der Kanalgebühren gestimmt. Diese Tatsache stellt das Amtsprochrode heraus. Es wird damit bewiesen, daß unsere Behauptung, die Hausbesitzer hätten sich mit der Gebührenermäßigung ein Geschenk gemacht, unzutreffend sei. Wunderbare Logik! Sie würde besagen, daß Herr Schachtel ganz selbstverständlich jede Gebührenermäßigung mitmacht. Doch das nur nebenbei! Das „Amtsblatt“ will die Leser in den Jertum verlegen, der Fonds des in Betracht kommenden Kanalisationsverbandes stamme aus wirklich erhobenen Gebühren und der Kanal sei gewissermaßen ein Interessentenunternehmen. Weides ist falsch! Es handelt sich um eine gemeindliche Einrichtung, zu der in früheren Jahren aus dem allgemeinen Säckel Zuschüsse in der Höhe von über 100 000 M. geleistet worden sind, weil die Gebühren die Unterhaltungskosten nicht deckten. Der Ausbau des gesamten Geländes ermäßigte naturgemäß die anteiligen Kosten. Und jetzt wollen die Hausbesitzer durch Ermäßigung der Gebühren den mittlerweile angesammelten Fonds in die eigene Tasche praktizieren. Ja, Herr Kott machte kürzlich gar den Versuch, die Kanalisationsgrundwerte als Eigentum der angeschlossenen Hausbesitzer zu reklamieren, denen die Stadt sie abkaufen sollte. Höher geht's doch wirklich nicht mit der — Raivität und Verschleidenheit! Schließlich meint der Magistratsmoniteur, man könne nun die Behörde darüber entscheiden lassen, ob der Etat rechtmäßig beschlossen worden sei, oder nicht... Das Bedürfnis nach einer reitenden Deklaration der Aufsichtsbehörde nicht konstatieren! Keine Interpellation der Aufsichtsinstanzen rettet die Stadt vor entgegenstehenden richterlichen Entscheidungen, wenn die Zahlung von Gebühren ihm, mit Hinweis auf die Ungültigkeit des Etats verweigert wird. Hio Rhodus, hio salta!

Friedrichshagen.

Durch einen Heiratschwindler ist eine hiesige Dame nicht unerheblich geschädigt worden. Der Kaufmann D., der in der Schornweberstraße ein Kolonialwarengeschäft betreibt, hatte eine junge Dame kennen gelernt, deren Vertrauen er sich bald zu erwerben wußte und mit der er sich nach einigen Wochen der Bekanntschaft verlobte. Kurz vor der Hochzeit sagte D. über schlechten Geschäftsgang und ließ häufig in das Gespräch einfließen, daß er binnen kurzem eine Hypothek von 6000 M. ablösen müsse, aber nicht wisse, woher er das Geld nehmen solle. Das junge Mädchen erbot sich schließlich selbst, da die Hochzeit in wenigen Tagen bevorstand, ihrem Bräutigam die Summe vorzutreten und übergab ihm 6000 M. Der Kaufmann gab an, daß er das Geld in Berlin bezahlen müsse und entfernte sich aus Friedrichshagen, um nicht wieder zurückzukehren. Erst nach einiger Zeit wurde es der jungen Dame klar, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war und bei ihren Nachforschungen entdeckte sie, daß außer ihr noch eine zweite Braut vorhanden war, die der Kolonialwarenhändler gleichfalls unter der Vorpiegelung, sie heiraten zu wollen, erheblich angepöppelt hatte.

Grünau.

Die am Freitag stattgefundene Stichwahl zur Gemeindevertretung zwischen dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Ernst Rigner, und dem Kandidaten des Grundbesitzervereins brachte unserem Genossen den Sieg. Genosse Rigner erhielt 222 Stimmen, während der Kandidat des Grundbesitzervereins nur 206 auf sich vereinigen konnte.

Aus aller Welt.

Ein korrigiertes Unrecht.

In der Ruhr liegt ein hübscher Ausflugsort Plankenstein, das Ziel vieler Städter aus dem Industriebezirk, die einmal frische Luft schöpfen wollen. Am Fuße der Burg steht ein kleines Wäschlein, nur etwa fünf Fuß breit. Es ist mit nicht allzu großer Mühe zu überspringen. Ueber das Wäschlein führt jedoch auch ein kleiner Steg, um es leichter passieren zu können. Das ist schon seit langer Zeit so. Aber das Steglein zu passieren kostet Geld, 2 Pf. Ein Mann ist dort postiert, der von jedem Passanten des Stegs 2 Pf. einfordert. Und das ist auch schon seit langer Zeit so. Denn an einem Baume neben dem Steg hastet eine preussische Regierungsverfügung aus dem Jahre 1852, durch welche die Erhebung der Wassergebühr angeordnet wird. Jeder Passant liest interessiert die Regierungsverfügung von 1852 und sein Interesse wächst, wenn er ganz am Schlusse sieht, daß diese Verfügung im Jahre 1903 eine Ergänzung erfahren hat. Denn aus dem Jahre 1903 datiert die Ergänzung, daß der preussische König und die Mitglieder des königlichen Hauses von der Entrichtung der 2 Pf. -Wassergebühr befreit sind. Das will heißen, daß endlich nach 51 Jahren ein gewisser Regierungsmann das dem König und seinem Hause zugesagte Unrecht entdeckt und wieder gutgemacht hat. Wie konnte man aber auch im Jahre 1852 so leichtfertig sein und die Steuerfreiheit des Königs bei der Einführung eines Stegvolles von 2 Pf. pro Person vergessen? Wenn der preussische König im Verlaufe der Zeit einmal Plankenstein besucht und diesen Poststeg passiert hätte, wären ihm 2 Pf. Wegzoll abgenommen und damit sein verbrieftes Recht der Steuerfreiheit in größtmöglicher Weise verletzt worden. Mierhört, so etwas nur auszusprechen in Preußen!

Mit was sich die patriotische Jugend „amüsiert“.

Bei einem Auszuge der patriotischen Jugendvereinigung in Pleschen machte der Dienstverlehrer Hausmann Schießversuche mit einem scharfgeladenen Revolver. Hierbei traf er den vor ihm stehenden Wärterlehrling Paul Hähnel in den Oberkentel. Es wurde sofort

ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, doch konnte die Kugel noch nicht entfernt werden. — Was für ein Geschrei würde sich erheben, wenn sich dieser Vorfall bei Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ ereignet haben würde. Da wäre man mit den jungen Revolutionären, denen das Gehirn von „gewissenlosen Agitatoren“ mit revolutionären Phrasen vollgepfropft worden ist, natürlich sehr schnell bei der Hand.

Kleine Notizen.

Masernepidemie. In Goerdt in der Rheinpfalz traten Mädeln und Masern mit solcher Heftigkeit auf, daß sämtliche Schulen geschlossen wurden. Im ganzen sind über hundert Kinder erkrankt. Vierzehn Kinder sind bereits gestorben.

Krieg im Frieden. Bei einer Uebung des in Erfurt garnisonierten 19. Artillerieregiments stürzten zwei Reiter von ihren Pferden und wurden vom Geschütz überfahren. Der eine erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Beim Hochzeitsmahl erschossen. In der in Ostfrankreich gelegenen Ortschaft Garçizh — ereignete sich bei einem Hochzeitsmahl ein tragischer Unfall. Einer der Hochzeitsgäste zeigte einen Revolver und wollte dessen Mechanismus erklären, als plötzlich ein Schuß losging und einem der Anwesenden, dem Oberst Drouot vom 104. Infanterieregiment, das Herz durchbohrte.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. April, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17 und Reußstr. „Realschule“: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Kommunikation und Freiheit, Schicksal und Jutast“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Nieder-Schönebeck. Die Turnstunden des hier neugegründeten Arbeiterinnereins „Frei-Weib“ finden Dienstag und Freitag, abends von 8-10 Uhr, im Restaurant Waldhaus, Berliner Straße, statt. Alle Freunde und Gönner dieses Sports sind hierzu, sowie zu der am Samstag, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Turnlokal stattfindenden Vierteljahresversammlung freundlichst eingeladen. Mitglieder werden in jeder Turnstunde aufgenommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingetragene Hilfskasse 29, Hamburg). Hilale Baumjulenweg: Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 13. April, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Reihholzstr. 22, stattfindet wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn die Treppe — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkündigungsbeilage beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

N. R. 88. In der Sache können wir nichts tun. Verlassen Sie, in Ruhe auf Ihre Frau einzuwirken. — **N. J. 100.** 1. Ja. 2. In dessen Bezirk der Beklagte wohnt. 3. Ja, nach Beschaffung eines Armenattest, das beim Armenratsleiter zu beantragen ist. 4. Direkt beim Gericht. — **M. 21.** Sie sind im Irrtum. Die Bestimmung, daß das Einkommen des vorausgehenden Kalenderjahres der Einkommen zugrunde zu legen ist, ist bereits durch die Novelle vom Jahre 1906 geschaffen, während die jetzt geltenden Bestimmungen über das Kinderprivileg in der Novelle vom Jahre 1909 enthalten sind. — **B. S. Adlershof.** Nach dem Gesetz zulässig. Wahrscheinlich ist die dortige Steuerordnung, die wir nicht zur Hand haben. — **G. W. Reußh. 1.** In der Regel nicht. 2. Nein, da eine gesetzliche Unterhaltspflicht Geschwistern gegenüber nicht besteht. 3. Ja. Sie haben Anspruch auf Ermäßigung um eine Stufe. 4. Ja, sofern nicht längere Arbeitslosigkeit vorgelegen hat. — **M. V. 27.** Unfallrenten rechnen ebenfalls zum steuerpflichtigen Einkommen. — **G. E. V. 55.** Nachen Sie der Ortspolizeibehörde Mitteilung. — **M. 100 Steglitz.** Auch gegen das zweite Verwaltungsgericht können Sie innerhalb einer Woche nach Zustellung Einspruch einlegen, falls nach Urtell des Urteils verhandelt ist. Nach Urtell Darstellung sind Sie nicht haltbar. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist nutzlos.

R. E. 7. 1. Nein. 2. Ja. — **G. R. 7.** Ja. — **R. R.** — **En. 44.** 1. Um drei Stufen. 2. In einem Artikel, „Steuerfragen“ besteht, in der Nummer vom 17. März behandelt. — **J. J. 13.** 1. Sie sind verpflichtet, die Muster zur Kasse anzumelden. Für den Krankheitsfall wären Sie der Kasse gegenüber haftbar, außerdem 2. strafbar. Die Einstellung von nicht der Kasse angehörenden Musikern ist zulässig. — **H. W. 83.** Die Trennung ist kein Scheidungsanspruch. Der Unterhaltsanspruch kann seitens der Mutter für die vor der Aufforderung liegende Zeit nicht geltend gemacht werden. Die Söhne sind der Mutter gegenüber, falls diese bedürftig und die Söhne leistungsfähig sind, unterhaltspflichtig. — **G. B. 65.** 1. In der Regel genügen Geburtsurkunden und Ihre Willkür. 2. Die Anmeldung bei dem Standesamt, in dessen Bezirk die Braut wohnt, reicht aus. — **B. J. 99.** Versicherungspflicht besteht nicht. Die Herrschaft ist aber zur Bezahlung der Kosten, auch für Medizin verpflichtet. — **W. M. 21.** 1. Sie als Schwiegermutter sind nicht zahlungspflichtig. Es kommt die Armenbehörde in Frage. 2. Beschwerde beim Oberpräsidenten in Potsdam. — **M. W. 92.** Ja, sofern Sie im Besitz eines Dienst- oder Arbeitsbuchs waren. — **G. B. 111.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. G. 100.** Für den Fall der Pfändung können Sie intervenieren. — **Damms.** 1 und 2. Nein. 3. und 4. Ist abhängig von der Ansicht des leitenden Arztes. — **M. 23.** Vorsicht dürfte geboten sein. In der Regel besteht bei der gleichen Unternehmung die ganze Tätigkeit in der Vereinnahmung der im Voraus zu erhaltenden Gebühren. — **N. V. 100.** Verlassen Sie es in der Akademie, Charlottenburg, Hardenbergstraße. — **N. G. 69.** Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 54. — **H. J. 29.** Genaue Feststellung ist unmöglich. Nach der Statistik werden an Kanalgebühren, Hofenabgaben und Schlepplohn etwa zwei Mark für die Registerkategorie verzeichnet. — **R. B. 1006.** Ihre Fragen werden Ihnen in der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Berlin, Karlshof 9/19, oder im Kontor des Norddeutschen Lloyd, Berlin, Unter den Linden 8, beantwortet werden. — **R. V. 1000.** Es kommt der dritte Definitiventscheid zur Anwendung: Wenn das ergründete? — **N. V. 100.** Die Übergabe an den Gerichtsvollzieher zum Zwecke der Versteigerung ist zulässig, er scheint aber ungewiss. — **100 G. 6.** Der Abzug ist unbedeutend. — **G. W. 6.** 65. Der Mietvertrag ist rechtsverbindlich. — **H. Z. 89.** Sie können beim Amtsgericht Klage erheben. — **Gronau, Reußh. 1.** Bei Leistungsfähigkeit ist der Großvater seinen Enkelkindern gegenüber unterhaltspflichtig. — **H. Z. 2.** 1. Ja. 2. Klage beim Amtsgericht. 3. Nein. — **N. V. 91.** Die Verpfändungen des Vaters erscheinen nicht rechtsverbindlich. — **G. Z. 1870.** 1. Bis 6000 M. einschließlich. 2. Die Rinsen werden dem sonstigen Einkommen zugerechnet. — **N. W. 20.** 1. Nur des Vaters. 2. Nein. 3. Ja. 4. Reicht in der Regel aus, falls die deutsche Reichsangehörigkeit unangewandelt besteht. — **G. 97.** Das wäre möglich, wenn Geschlechtsverkehr stattfindet und die Wirkleute davon Kenntnis haben.

Marktbericht von Berlin am 11. April 1912, nach Veröffentlichung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Steinbengel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Reinhl.) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,50—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,10—2,40. Aale 1,50—3,20. Zander 1,60—3,50. Dorsch 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Blei 0,80—1,50. 60 Stück Röhre 4,00—30,00.

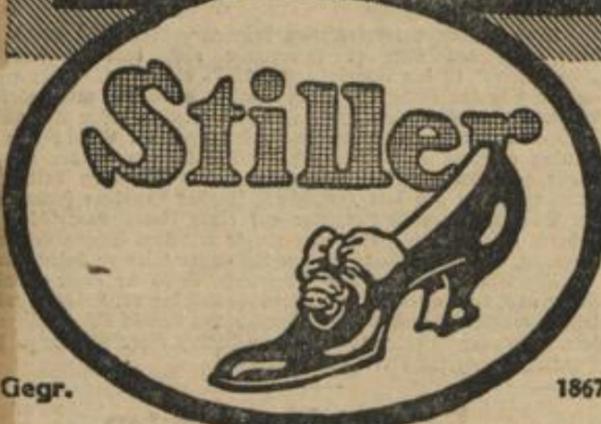
Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	11. 4.	10. 4.	11. 4.	10. 4.		11. 4.	10. 4.	11. 4.	10. 4.
Remel, Müst	423	+2	om	om ¹⁾	Soale, Grodsh	126	-2		
Fregel, Ansterburg	83	-5			Dabel, Spandau	85	-1		
Weichel, Thorn	304	+22			Kathenau	125	+7		
Ober, Ratibor	342	-28			Spree, Spremberg	84	-14		
Krossen	218	-7			Breslaw	83	-3		
Frankfurt	228	+10			Weser, Minden	206	-1		
Barth, Scharum	76	+8			Rhein, Witten	296	+4		
Rebe, Norddamm	69	+5			Rhein, Maximilianham	418	+8		
Elbe, Leimberg	60	-4			Raub	223	+1		
Dresden	78	-8			Röln	342	-6		
Bergh	46	-12			Rear, Hellbrom	89	-1		
Magdeburg	232	+20			Main, Wertheim	181	-5		
	178	+14			Rojet, Trier	107	+8		

¹⁾ + bedeutet Hoch. — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Preiswerte Frühjahr-Neuheiten



Für Damen:

- Eleganter Chevette-Halbschuh zum Schnüren mit Lackkappe und Derby-Schallschnitt **5⁹⁰**
- Chevette-Schnürstiefel mit Lackkappe und amerikanischem Absatz, sehr preiswert .. **7⁵⁰**
- Boxkalf- und Cheveau-Schnürstiefel, auch braun Cheveau, mit u. ohne Lackkappen und Derby-Schallschnitt. Elegante Halbschuhe in Boxkalf und Cheveau, auch braun Cheveau **8⁷⁵**
- Braun und schwarz Cheveau-Schnür- und Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen oder niedrigen Absätzen, Rand doppelt. Halbschuhe in schwarz Boxkalf und Cheveau schwarz und braun, Lack, sowie Lack mit Wildledereinsatz .. **10⁵⁰**

Für Herren:

- Boxkalf- und Roß-Cheveau-Schnürstiefel, in schlanker und breiter Form, mit oder ohne Derby-Schallschnitt, auch mit Lackkappe, Masibox-Zug- u. Schnallen-Stiefel, in bequemer halbbreiter Form .. **8⁷⁵**
- Boxkalf- und Cheveau-Schnürstiefel, in schlanken und breiten Modelformen, Besatz oder Derby-Schallschnitt, mit und ohne Lackkappe, sehr haltbar, Rand gestuppt .. **10⁵⁰**
- Braun und schwarz Boxkalf- und Cheveau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, mit starken Doppelsohlen (Tourenstiefel), erstklassig in Qualität und Ausführung, Goodyear-Welt .. **12⁵⁰**

Preiswerte Halbschuh-Neuheiten für Damen



Haupt-Preislagen für moderne Herren- und Damen-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Rationelle Kinder-Stiefel in vielen Preislagen

Kinder-Schnür-Stiefel, kräftiges Oberleder, in breiter Natur-Form, dauerhafter Schuh- und Strapazier-Stiefel				Kinder-Schnür-Stiefel, Boxkalf und Cheveau, mit und ohne Lackkappe, auch braun Cheveau und Ziegenleder			
25-27	28-30	31-35	36-39	25-27	28-30	31-35	36-39
4 ⁵⁰	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	8 ⁰⁰	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	7 ⁵⁰	9 ⁰⁰

Mal 1912: Chausseestrasse 114/15

Unserem Genossen
Hans Eixnat
und seiner lieben Frau, der
Genossin **Emma Gasse**
zu ihrer heutigen Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Parteinossinnen und
Genossen des 396. Bez. Teil I.

Unserem Genossen und
früheren Bezirksführer
Paul Wagener
zu seiner heutigen Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen 316. Bez., 4. Kreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 10. April verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Edmund Jäckel
Sanftstr. 62.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Bismarck-Krankenhaus aus nach
dem Städtischen Friedhofe in
Friedrichshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
227/16

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Buchbinder
Paul Kubig
Augerstr. 44.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des Bismarck-
Krankenhaus in Nieder-Schönhausen-
Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
227/17

**Deutscher
Buchbinder-Verein.**
Zahlstelle Berlin.
Am 7. April 1912 verstarb
plötzlich unser Mitglied
Paul Kubig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. April, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Gethse-
manne-Kirchhof, Nordend, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
24/4

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Wilhelm Schüler
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. April, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Bismarck-
dorfer Friedhof, Berliner Straße,
statt.
57/11 Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse
der Drechsler u. Berufsgen.
(E. H. 86 Hamburg.)
Verwaltungsstelle Berlin A.
Nachruf.
Den Mitgliedern hierdurch zur
Nachricht, dass unser Mitglied
Albert Schulz
am 8. April verstorben ist.
Die Beerdigung hat bereits am
12. April stattgefunden. 289/8
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch früh 5^{1/2} Uhr verschied
unser lieber Sohn und Bruder
Fritz Wahrendorf
im Alter von 21 Jahren.
Dies zeigen hierdurch an
Fritz Wahrendorf
und Gattin.
Berlin-Niederfelde, 10. April 1912.
Baekestr. 7.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. April, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Part.
Friedhof statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Papier
Max Schneider
am 9. d. Mts. an Halsleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Magareth-Kirch-
hofes in Reinickendorf-West, Rüdgel-
straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
115/9 Die Ortsverwaltung.

**Verband deutscher
Gastwirtsgehilfen**
Ortsverwaltung Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Kellerer
Albert Karthun
am 10. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
13. April, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Rentömler
Gemeinde-Friedhofes am Vorien-
dorfer Weg aus statt. 31/7
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Maschinen-
arbeiter
Hermann Compagnini
Weidenweg 67, im Alter von
19 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 13. April, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des St. Andreas-Kirchhofes aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
81/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten
und Verwandten zeigen wir hier-
mit an, dass unser Sohn
Hermann Compagnini
ferivollig aus dem Leben ge-
schieden ist.
Die trauernden Eltern.
Die Beerdigung findet heute,
Sonntag, am 13. April, von
der Leichenhalle des Marius-Kirch-
hofes in Babelsberg aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau
**Emilie Schleinrich geb.
Ritter**
am Donnerstag, den 11. April,
nachm. 3 Uhr, an Herzschwäche
verstorben ist. **Bertram Schleinrich.**
Die Beerdigung findet Son-
tag, nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedrichshagener
Friedhofes aus statt.

Allen Verwandten und Freunden
zur Nachricht, dass am 9. d. Mts.,
der Bauarbeiter
August Beilke
verstorben ist. Dies zeigen an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
13. d. Mts. nachmittags 4^{1/2} Uhr,
von der Halle des alten Nieder-
Schönhauser Friedhofes, Buch-
holzer Straße, aus statt.

Mittwochnacht entschlief sanft
nach langem, schweren Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Tischlermeister
Albert Faller
im 51. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung findet statt am Mon-
tag, den 15. April, nachm. 4 Uhr,
auf dem Südwest-Friedhof in
Stahnsdorf. 11196

**Sozialdemokratisch Wahlverein
Kreis Nieder-Barnim.**
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Am Montag, den 8. April, ver-
starb unser Mitglied, der Gast-
wirt
Wilhelm Kalz.
Ehre seinem Andenken!

**Damen- und Kinder-
Hüte**
In jedem Genre
zu billigsten Preisen.
Wanda Jahn,
57 Petersburger Str. 57
nahe Landsberger Allee.
Modernerungen werden bestens
berücksichtigt.



„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen.
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

**Großes Lager
fertiger
Anzüge
und
Sommerpaletots,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.**

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrerbundes.

Neufölln. Bitte Neufölln.
Liste derjenigen Fleischermeister,
die den Tarif des Zentralverbandes der Fleischer
unterschriftlich anerkannt haben.

C. Fanara (Buckfabrik), Berliner
Straße 27
P. Lukaschek, Berliner Str. 28
A. Reifland, Berliner Str. 28
W. Fischer, Bietenstr. 51
H. Jochmann, Bietenstr. 41
M. Kaller, Bietenstr. 23
P. Wonneberger, Weisestr. 24
F. Schiele, Weisestr. 51
K. Gerlach, Barthestr. 70
G. Salt, Barthestr. 58
Th. Pahke, Barthestr. 73
W. Friedmann, Barthestr. 7
P. Jünger, Büchnerstr. 5
F. Klein, Rotibuler Damm 12
C. Fiehmig (Wursthof), Thomä-
straße 26
K. Kroll, Emmerstr. 76

F. Kubin, Donaustr. 15
H. Burck, Weiselschlag 4
1. Neuköllner Engros-Schlächterei,
Hermannstr. 114
O. Persoko, Hermannstr. 109
C. Bolte, Hermannstr. 232
B. Riedel, Hermannstr. 45
M. Riess, Falkstr. 20
G. Seidel, Högerstr. 7
M. Meier (Dine.), Bielestr. 168
W. Krager, Herzhofstr. 21
O. Schönbrunn, Richardstr. 61
W. Rademacher, Döberstr. 19
J. Orth, Emmer Str. 26
J. Blümlein, Wareschstr. 14/16
H. König, Rogastr. 40
H. Boierfuß, Reuterstr. 65
Paul Schmol, Steinmehstr. 110.

Rachstehende Fleischermeister, die
zurzeit keine Gesellen beschäftigen,
haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt:
E. Schilde, Herrfurthstr. 23
E. Imrich, Rogastr. 14
M. Falkner, Donaustr. 7
H. Schmidt, Emmer Str. 21.

Zus verschiedene Anfragen diene zur
Antwort, dass diejenigen Fleischer-
meister, die erklären, bei ihnen sei
alles geregelt, ihre Kundschaft nur
täuschen wollen. Auch die Aufrebe,
sie seien durch Innungsbeschluss
gebunden, ist nicht stichhaltig, denn
die Konventionstrafe von 1000 Mark
verstoßt wider die guten Sitten und
ist nicht einbringbar.

Zentralverband der Fleischer.
Berlin NO., Weiselschlagstr. 11.
Teleph. Amt: Königsplatz Nr. 3024.

Zigarren Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen
Heerstraße beim **Alten Freund**.

Gelogenheitspolen für Restaurateure u.
Gändler v. 20 Stk. auswärts. (11-1 Uhr
u. 5-7 Uhr.) **Schreiner & Co.,**
Schillerstraße 5.

Liebe Freundin,
gere sofort zu
Westmann
Mohrenstr. 37 a. Gr. Frankfurterstr. 115.
Ich war
sehr zufrieden

Höchste Leistungsfähigkeit!
Eigene Fabrikation! Kein Messingzeu!
3 Tage Serien-Verkauf
für 3 Artikel

Kostüme 16.- 26.- 36.- 56.-
sonst 4.- 26.- 40.- 58.-
Paletots engl. 12.- 16.- 22.- 28.-
Art. sonst 24.- 28.- 34.- 40.-
Seiden män- 16^{1/2}. 25.- 38.- 48.-
tel sonst 21.- 32.- 46.- 60.-

Kleider! Röcke! Blusen!
Schwarze Francemäntel!
Niedrigste Preise! Moderne Fassons!
Beste Stoffe! Ungeheure Auswahl!
Sonntag geöffnet 12-2.



Beugen gesucht.
Für den Automobilunfall, bei dem
am 18. August 1911 vor dem Hause
Schloßstr. 113 in Steglitz ein Radfahrer
schwer verletzt wurde, werden Beugen,
besonders die damals vorüberfahrenden
Stutinger gesucht. Adressen unter
Schiffre **W. K. 726** an **Rudolf
Wolfe**, Bismarckstr. 98/99,
erbeten. 63/17

Möbelfabrik „Adler“
Eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Bilanz für d. Geschäftsjahr 1911.

A. Aktiva.	
I. Kassabestand	1057,16
II. Baren	24049,88
III. Maschinen 10%, Absch. 3000,-	
IV. Werkzeuge 10%	4400,-
V. Inventar 10%	680,-
VI. Debitoren	8218,29
VII. Bank-Konto	8429,46
VIII. Bankanteil	165,-
IX. Beschl.	500,-
X. Konto Dubio	300,-
XI. Gewinn- und Ver- lust-Konto	98,16
	60988,05
B. Passiva.	
I. Kreditoren	11836,08
II. Hypoth.	1688,60
III. Darlehen	46773,37
IV. Anteil	600,-
	60988,05

Ausgeschlossen ist ein Genosse. Es
sind also am Ende des Geschäftsjahres
10 Genossen mit einer Gesamt-
beitragssumme von 500 M. Diese sowie
auch das Geschäftsguthaben haben sich
um je 50 M. verringert.

Der Vorstand.
Aug. Behndt, George Kuel.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: **Nene Friedrichstr. 35**
neben Zentral-Warftstraße
II.: **Turmstr. 67**
Nestert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für taubellose Sitz
gegen wöchentliche Zeitzahlung
von **1 Mark** an
Aufschieberei u. Werkstatt im Hause.
Aus Wunsch Besuch des Herren-
mit neuesten Stoffmustern.
**Besondere Abteilung
für fertige Garderobe**
67. Turmstraße 67.
Sonntag geöffnet.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Ziehung am 17. April.
**93. Frankfurter Pferde-
Lotterie**
1200 garant. Gewinne, Gesamtwert M.
64000
Hauptgewinn:
7 kompl. bespannte Wagen W.M.
22450
1 Los 1 M. Porto und Liste 20 Pf.
5 Lose nur M. 450 franko Porto u. Liste
empfehlen auch gegen Nachnahme

Carl Heinze,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung

Befers
elegante
**Herren-
Moden**
fertig und
nach Mass.
Garantie für
tadellos. Sitz
und feinste
Verarbeit.

Klein Waren-Kredithaus!
S. Boltuch
Mass-Schneiderei
nur Frankfurter Allee 76,
Eingang Thälter Straße,
Klein Loden! Klein Laden!



Michel-Brikett-Kohlenhandlung

G. m. b. H.

Neukölln
Bergstraße 110
Telephon 1610
Kohlenplatz: **Knesebeckstr. 148**

Verkaufsstellen in Neukölln:
Niemetzstr. 18, Allerstr. 15, Bodestr. 19,
Steinmetzstr. 96, Selkestr. 29, Jägerstr. 41,
Bergstr. 155, Weserstr. 204.

Ringfrei!

Pa. Steinkohlen 1,60 M., pa. gebr. Gaskoks 1,45 M.,
feingespaltenes Brennholz pro Raummeter 12,50 M.,
kleine Körbe 30 Pl., große Körbe 30 Pl. frei Gelaß.
Aus Sammeladungen Salonbriketts 1000 Stck. 7,75 M.
frei Gelaß. Industriebriketts per Ztr. 0,77 M. frei Gelaß.

Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Möbel

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Es ist kein Geheimnis, daß ich weder
einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.

Mädchen- und Knaben- kleider

in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst
zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es
ist somit klar, daß ich bei den geringsten Unkosten
Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern
kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und
Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14825*

Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet.

Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,
Berliner Straße No. 58
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.

Neukölln

M. Schultze

Berlin SO. 26
Dresdener Straße 4



In **24 Größen**
stets fertig am Lager:

Herren-Anzüge

in modernen Farben und neuen Formen

25.-	27.-	29.50	32.-	36.-	38.-	42.-
46.-	48.-	54.-	58.-	60.-	75.-	

Herren-Ulster

24.50	27.50	29.-	32.50	36.50	40.-
42.50	46.-	50.-	56.-	65.-	

Herren-Paletots

25.-	27.-	29.50	32.50	36.50	40.-	45.-
48.-	54.-	58.-	62.-	65.-	68.-	72.-

etc.

Moderne Beinkleider

5.-	7.50	8.50	10.50	12.50	14.50	16.50	18.50	20.50
-----	------	------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft!

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten, ausgetriebenen Stoffen
und Zutaten liefern zu mässigen
Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer

Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß

78 Kottbuser Damm 78

Jackett-Anzug **45** M.
nach Mass von

Rock-Anzug **54** M.
nach Mass von

Ulster nach Mass **44** M.
von

Hose nach Mass **10** M.
von

Um eine tadellose und gute Verarbeitung bewirken zu können,
biten wir, des bestimmt zu erwartenden grossen Andranges
wegen, uns Bestellungen für das Pfingstfest schon jetzt zu
machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoff-Neuheiten
ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigen-
nen grossen Betriebswerken von ersten Arbeitskräften angefertigt

Der reich illustrierte Pracht-Katalog mit Angaben der
neuesten Mode wird auf Wunsch kostenlos zugesandt

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft!

Magenleiden

Bei Verdauungsstörungen, Appetit-
mangel, verdorbenem Magen,
Sodbrennen, Blähungen, Magen-
schwäche, Magenkrampf, Uebel-
keit mit Erbrechen, überhaupt
Magenbeschwerden
jeder Art sind die berühmten
Keichel's
Magentropfen
von überaus wohltuender, heilsamer
Wirkung!
Nur echt nur mit **Medico**
50 Pf. Einzlg. Marke
Wo in den Drogerien nicht erhältlich,
bei Otto Reichel, SO., Eisenbahnstr. 4.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Grösste Aus-
wahl zu den
allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3.
Zöpf- und Perückenfabrik.

Strickwolle

Engros-Preise. Strumpfwaren und
Stoffe, große Auswahl, spottbillig.
Glad, Seilgasse 16, Hol. par.
Vorseiger dieses erhält 10 Proz.

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante
Damen- und Herren-Garderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Lindenstr. 110,
(Billige Preise.) Verläßliche Preisermäßigung.
3. gut. S. Hm. garanti. eigenes Stofflag.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:
**Das Koalitionsrecht
in Deutschland**
und der Vorentwurf zu einem
deutschen Strafgesetzbuch.
Referat, gehalten von
Dr. Heinemann-Berlin
auf dem
S. Kongress der Gewerkschaften
Deutschlands (Juni 1911).
Preis 50 Pf.

Gehörst Du zu uns?
Eine Urrede
an einen jungen Arbeiter.
Von Heinrich Schulz.
Preis 20 Pf. 216/19

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG

**S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.**

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner.

Von
Dr. August Erdmann.
Preis gebd. 2 Mark.

Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die
von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden
sind und zwar Urteile günstiger Art. Ein ausführliches Re-
gistrier erleichtert das Nachschlagen. 247/2

Klassiker

Gelegenheitskäufe. Restauflagen.

Freiligraths sämtliche Werke. 3 Leinenbände.
Preis früher 5.-, jetzt 3.-.

Grillparzers sämtliche Werke. 2 Bände.
Neue illustrierte Ausgabe. Preis 3.50.

Hauffs sämtliche Werke. Mit dem Bild des
Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände.
Preis nur 4.-.

Schillers Werke. Illustriert. In 4 Leinenbänden.
Preis früher 6.-, jetzt 4.50.

Shakespeares sämml. dramatische Werke.
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck.
In 3 Leinenbänden. Preis nur 3.50.

Ferner sind noch vorhanden:
Hackländer Werke. 2 Bände, illustriert 3.50.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Großes Spezial-Geschäft für Damen-Putz

Neukölln, Berliner Str. 51/53. Hermann Sabor. Berliner Str. 51/53, Neukölln.
Größte Auswahl in Damenhüten, Kinderhüten, Trauerhüten
vom feinsten bis zum billigsten Genre. Streng reelle Bedienung.